



ÄRZTEKAMMER HAMBURG

Körperschaft des öffentlichen Rechts

2005 Tätigkeitsbericht

Ärztekammer Hamburg – Humboldtstr. 56, 22083 Hamburg

Tel.: 040 / 22 802 596, Fax: 040 / 220 99 80

Email: post@ekhh.de

www.ekhh.de

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| ALLGEMEINE ÄRZTEVERSAMMLUNG | 3 |
| DIE KAMMERVERSAMMLUNGEN..... | 3 |
| AUS DER ARBEIT DES VORSTANDS..... | 8 |
| ÄRZTESTATISTIK 2004..... | 14 |
| GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG 2005 | 18 |
| ÄRZTLICHE WEITERBILDUNG..... | 20 |
| STATISTIK DER ÄRZTLICHEN WEITERBILDUNG | 26 |
| ÄRZTLICHE FORTBILDUNG..... | 29 |
| ÄRZTEVERZEICHNIS | 33 |
| REFERAT BERUFSORDNUNG UND BESCHWERDESTELLE..... | 34 |
| BERICHT DES OMBUDSMANNES | 36 |
| GEBÜHRENORDNUNG FÜR ÄRZTE..... | 37 |
| ÄRZTLICHE STELLE RÖNTGENVERORDNUNG - GESCHÄFTSBEREICH ÄRZTEKAMMER..... | 37 |
| AUSBILDUNG FÜR ARZTHELFERINNEN | 42 |
| PATIENTENBERATUNG | 46 |
| RECHTSABTEILUNG | 49 |
| SCHLICHTUNGSSTELLE FÜR ARZTHAFTPFLICHTFRAGEN | 49 |
| PRESSESTELLE..... | 51 |
| BIBLIOTHEK DES ÄRZTLICHEN VEREINS | 52 |
| KOMMISSIONEN DER ÄRZTEKAMMER HAMBURG | 55 |
| AUSSCHÜSSE UND ARBEITSKREISE | 60 |
| VERTRETER DER ÄRZTEKAMMER IN GREMIEN DER BUNDESÄRZTEKAMMER..... | 71 |
| LISTE DER FACHBEISITZER / PRÜFER 2005 | 73 |

Allgemeine Ärzteversammlung

Thema der diesjährigen Allgemeinen Ärzteversammlung am 5.12.2005 waren die Vorbereitungen für eine mögliche Grippepandemie. Frau Dr. Clara Schlaich, Behörde für Wissenschaft und Gesundheit, informierte über den aktuellen Stand in Hamburg bezüglich der Bereitstellung antiviraler Medikamente, der Entwicklung eines Impfstoffes sowie der Weiterentwicklung fachlicher Empfehlungen.

Seit vielen Jahren raten WHO-Experten zur Vorbereitung auf eine Pandemie. Das Virus der Hongkong Grippe von 1968 war relativ ungefährlich und hatte nur wenige Todesfälle zur Folge. Doch zwei weitere Pandemien, die Spanische Grippe von 1918 sowie die Asiatische Grippe von 1957, forderten Millionen von Todesopfern. 1918 waren nahezu 30 Prozent der gesamten Weltbevölkerung infiziert, innerhalb eines Jahres starben 20 bis 40 Millionen Menschen. 2004 legte das Robert-Koch-Institut einen nationalen Influenzapandemieplan vor, der auf Bund- und Länderebene umgesetzt werden soll. Er umfasst verschiedene Bereiche wie zum Beispiel die ambulante und stationäre Versorgung im Katastrophenfall, diagnostische Kapazitäten oder auch die Versorgung mit antiviralen Medikamenten. Deutlich wurde im Rahmen der Allgemeinen Ärzteversammlung, dass ein großer Klärungsbedarf bezüglich vieler Bereiche in der medizinischen Versorgung im Katastrophenfall herrscht. Der Wunsch der Gesundheitsbehörde zum Austausch und zur gemeinsamen Erarbeitung von Empfehlungen zur Fortschreibung des Hamburger Pandemieplans mit der Hamburger Ärzteschaft traf daher auf breite Zustimmung.

Die Kammerversammlungen

Sechsmal kamen die Vertreterinnen und Vertreter der Hamburger Ärzteschaft im Jahr 2005 zusammen. Die Kammerversammlung ist nach § 25 des Hamburgischen Ärztegesetzes das Legislativ-Organ der Ärztekammer Hamburg. Sie beschließt Satzungen, Geschäftsordnungen, den Haushalt, die Höhe der Kammerbeiträge und kontrolliert den Vorstand der Kammer, das Exekutiv-Organ.

Berufspolitische Themen – Große Krise im Gesundheitswesen

Über die neuesten Entwicklungen der Gesundheitspolitik informierte der Ärztekammerpräsident in jeder Sitzung. Hierbei erörterten die Kammerversammlungsmitglieder, wie außerordentlich schwierig die Situation in den Kliniken und in den Praxen inzwischen ist. Sie konstatierten, dass sich die wirtschaftliche Situation in vielen Arztpraxen stark verschlechtert hat. Kritisiert wurde unter anderem das neue Arbeitszeitgesetz und die Verlängerung der Übergangsfrist sowie die Feststellung des Europäischen Gerichtshof, dass Bereitschaftsdienste zwar wie Arbeitszeit zu werten sind, aber nicht entsprechend bezahlt werden müssten. Am 22. August gab es in Hamburg einen Aktionstag von Ärzten und Arzthelferinnen, der auf die finanziellen Engpässe in vielen Hamburger Hausarzt- und Facharztpraxen aufmerksam machen wollte. Dieser Tag bot den Auftakt zu weiteren Protestveranstaltungen in Hamburg. Auch auf Bundesebene beteiligten sich viele Hamburger Ärztinnen und Ärzte an den Protestaktionen. Die Kammerversammlung verabschiedete dazu im Oktober einstimmig eine Resolution, in der sie sich

mit den Protestierenden solidarisierte und den Klinikärzten während der Warnstreiks Unterstützung zusagte.

Im Dezember beschloss die Kammerversammlung mit großer Mehrheit eine weitere Resolution zur Gesundheitspolitik. Hierin fordern die Ärzteparlamentarier Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, den Reformplänen von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt Einhalt zu gebieten. Schmidt hatte angekündigt, Arzthonorare für die Behandlung von Kassen- und Privatpatienten anzugleichen, um so die angebliche Ungleichbehandlung beider Patientengruppen beim Arzt zu unterbinden.

Krankenhauslandschaft im Umbruch

Kontrovers diskutiert wurde die schwierige Situation an den Hamburger Krankenhäusern, besonders am Universitätskrankenhaus Hamburg-Eppendorf (UKE). Einige Kammerversammlungsmitglieder hielten die begonnene Umstrukturierung des UKE für dringend erforderlich. Andere hielten angesichts der Amtsniederlegung von Prodekanin Professor Ulrike Beisiegel die Verhältnisse für bedenklich. Zur Versachlichung der Diskussion beschloss das Plenum Professor Dr. Jörg Debatin, Ärztlicher Direktor des UKE, in die Kammerversammlung einzuladen. In der August-Sitzung war er zu Gast und berichtete über den Struktur- und Konzeptwandel im UKE. Die Ausgangslage 2005 bildeten laut Debatin Faktoren wie beispielsweise die zu kleinteiligen Strukturen, ein Wettbewerb, der im Hamburger Krankenhausbereich erheblich intensiver als in anderen Bundesländern sei, sowie eine insgesamt angestregte wirtschaftliche Situation. Mit einem neuen Personalkonzept will das UKE die Einheit von Forschung, Lehre und Krankenversorgung fördern. Vor allem Nachwuchsmediziner sollen von den neuen Entwicklungen im UKE profitieren. Voraussetzung für eine strukturierte Weiterbildung sind laut Debatin feste Rotationspläne und das Denken in Netzwerkstrukturen. Er sieht dafür in der Metropole Hamburg sehr gute Möglichkeiten und warb um die Unterstützung von Seiten der Kammer. Die Augenklinik und die Chirurgie erproben bereits gemeinsam in einem Pilotprojekt neue Netzwerkstrukturen für die Weiterbildung. In der Diskussion zeigten sich die Kammerversammlungsmitglieder beeindruckt von der offenen und transparenten Darstellung Debatins, verwiesen aber auch auf die erhebliche Kritik von UKE-Mitarbeitern. Debatin machte deutlich, dass es zum Wandel keine Alternative gäbe. Er zeigte für die Angst der Mitarbeiter Verständnis, betonte aber auch, dass viele Gespräche nötig seien und der Wandel nicht kurzfristig zu bewerkstelligen sei.

Umstrukturierungen gab es auch im Landesbetrieb Krankenhäuser (LBK), in dem Asklepios zum Jahresbeginn 2005 die Unternehmensführung übernommen hatte. Um sich ein klareres Bild von der Lage zu verschaffen, sollte auch die neue LBK-Spitze in einer der kommenden Versammlungen zu Wort kommen. Hierzu kam es im Berichtsjahr nicht mehr.

Qualitätssicherung

Professor Dr. Martin Carstensen berichtete über die Arbeit des Ausschusses Qualitätssicherung der Ärztekammer Hamburg. Mehr als zwei Jahrzehnte sei Qualitätssicherung von Ärzten für Ärzte im Sinne einer qualitativ hoch stehenden Patientenversorgung durchgeführt worden, so Carstensen. Erst seit kurzem sei die Qualitätssicherung von Politik und Krankenkassen als Thema entdeckt worden und mutiere immer mehr zu einem Steuerungsinstrument, bei der die ärztli-

che Beteiligung in der Öffentlichkeit nicht mehr wahrgenommen werde. Festzustellen sei eine geradezu ausufernde Dokumentationsverpflichtung. Deshalb appellierte Carstensen an die Mitglieder des Plenums, sich dafür einzusetzen, dass Ärzte bei Qualitätssicherungsbemühungen wieder an der Spitze stehen.

Elektronischer Arztausweis

Im Juni gab es eine Informationsveranstaltung zum Elektronischen Arztausweis, auf der sich Ärztinnen und Ärzte zum Stand der Umsetzung informieren konnten. Die Referenten der Informationsveranstaltung warben um Aufgeschlossenheit für das geplante neue System, zugleich aber müsse die Ärzteschaft Einfluss auf die Gestaltung nehmen, damit die elektronische Gesundheitskarte zum Nutzen für Patienten und Ärzte funktioniert.

Gewaltopferhilfe

Die Kammerversammlung kritisierte die unsichere Situation der rechtsmedizinischen Untersuchungsstelle für Opfer von Gewalt in Hamburg, angesiedelt am Institut für Rechtsmedizin im UKE. Der Senat hatte die finanziellen Mittel um ein Viertel gekürzt, wodurch der Fortbestand der Untersuchungsstelle gefährdet war. Die Plenumsmitglieder hielten den Fortbestand der Untersuchungsstelle in vollem Umfang für absolut erforderlich und verabschiedeten eine Resolution, die finanzielle Unterstützung vom Senat fordert. Der Senat stellte in der Folge eine weitere Teilfinanzierung in Aussicht, nicht aber im von der Kammerversammlung gewünschten Umfang.

Hamburgisches Kammergesetz für die Heilberufe (HmbKGGH)

Die Kammerversammlung votierte zustimmend für die Aufnahme einer Regelung in das Hamburgische Kammergesetz für die Heilberufe (HmbKGGH). Hierin soll die Mitgliedschaft der juristischen Personen des Privatrechts zur Wahrung des Patientenschutzes fixiert werden, so dass die Kammer in der Folge auch über die juristischen Personen die Berufsaufsicht führen kann. Die Vertreterin der Behörde stellte eine Prüfung in Aussicht und konstatierte weiteren Klärungsbedarf.

Berufsordnung

Bei der Änderungsnovelle, die im Dezember 2004 vertagt und Anfang des Jahres erneut zur Beschlussfassung vorgelegt wurde, ging es im Wesentlichen darum, die Strukturen ärztlicher Berufsausübung weiter zu entwickeln sowie die Kooperation von Ärztinnen und Ärzten untereinander und mit anderen Gesundheitsberufen zu stärken. Zukünftig ist es laut Berufsordnung gestattet, über den Praxis-sitz hinaus an zwei weiteren Orten ärztlich tätig zu sein. Eine kurzfristige Umsetzung wird allerdings nicht möglich sein, da die Zulassungsordnung für Vertragsärzte dies bislang nicht vorsieht. Auch werden die Gestaltungsmöglichkeiten der beruflichen Zusammenarbeit erheblich ausgeweitet, zukünftig sind auch Teilkoo-perationsgemeinschaften möglich. Die Änderungsnovelle – ausschließlich Paragraph 19 – wurde einstimmig von der Kammerversammlung verabschiedet.

Eine kontroverse Diskussion entspann sich zu Paragraph 19, der vorsieht, dass unter bestimmten Voraussetzungen gebietsfremde Ärzte angestellt werden dürfen. In einer geheimen Abstimmung votierten 33 Mitglieder des Plenums für den

Paragrafen 19 der Berufsordnung bei sieben Gegenstimmen sowie vier Enthaltungen und verabschiedeten damit auch diese Beschlussvorlage mit der erforderlichen zweidrittel Mehrheit.

Ärztliche Weiterbildung

Anlass für die erneute Befassung in der Kammerversammlung bezüglich der neuen Weiterbildungsordnung (WBO) bot die immer noch ausstehende Genehmigung durch die Behörde für Wissenschaft und Gesundheit. Ein durch die EU drohendes Vertragsverletzungsverfahren verhinderte die Genehmigung. Denn einem Arzt, der im EU-Ausland eine Ausbildung zum Allgemeinmediziner absolviert hat, muss in jedem EU-Land die entsprechende Facharztanerkennung zuerkannt werden. Entsprechende Bestimmungen müssen korrespondierend in den Heilberufekammergesetzen einheitlich in allen Bundesländern und in den jeweiligen Weiterbildungsordnungen geregelt sein. Zwischenzeitlich hatte sich jedoch das Weiterbildungsrecht durch Einführung des Facharztes für Allgemeinmedizin und Innere Medizin in der Muster-WBO verändert und stand nun im Konflikt mit der von der EU-Kommission geforderten Umsetzung eines einheitlichen Facharztes für Allgemeinmedizin. Die Kammerversammlung beschloss die notwendigen Änderungen im Paragrafenteil der neuen Weiterbildungsordnung mit großer Mehrheit und nach Genehmigung durch die Behörde für Wissenschaft und Gesundheit konnte die neue Weiterbildungsordnung zum 1. Juni 2005 in Kraft treten.

Die Kammerversammlung verabschiedete zum Facharzt für Innere und Allgemeinmedizin eine Resolution bei zwei Gegenstimmen sowie fünf Enthaltungen. Das Plenum verwies hierin das Thema an die Bundesärztekammer zurück und forderte eine bundeseinheitliche Lösung für den Facharzt für Innere Medizin und Allgemeinmedizin.

Weiter beschloss die Kammerversammlung einstimmig einen Antrag auf Änderung der zurzeit geltenden Weiterbildungsordnung. In Paragraf 4 der WBO werden die Sätze 4 und 5 gestrichen mit der Folge, dass die Verfristungsregelungen für Weiterbildungszeiten wegfallen.

Ärztliche Fortbildung

Dr. Carsten Leffmann, Leiter der Fortbildungsakademie der Ärztekammer Hamburg, berichtete der Kammerversammlung über die Entwicklungen der 2004 eingeführten Fortbildungspflicht. 2005 wurde ein Elektronischer Informationsverteiler (EIV) bei der Bundesärztekammer beschlossen, in dem künftig alle Fortbildungsveranstalter ihre Veranstaltungen samt Teilnehmerinnen und Teilnehmer elektronisch melden, um in der Folge die Daten an die einzelnen Landesärztekammern weiterzuleiten. Zur administrativen Bewältigung der Fortbildungspflicht berichtete Leffmann, dass 2005 alle Hamburger Ärztinnen und Ärzte eine Fortbildungsnummer sowie eine Karte mit Barcode erhalten haben, durch die Punktekonto bei der Kammer elektronisch geführt werden können. Stets aktualisierte Informationsblätter – herunterzuladen auf der Homepage der Ärztekammer - konnten dem Informationsbedarf der Kollegen Rechnung tragen.

Regularien – Satzungsgemäße Aufgaben

Die Aufgaben der Kammerversammlung sind Wahlen, Nachwahlen, Besetzung von Ausschüssen, Prüfungskommissionen und der Delegierten für den Deutschen Ärztetag. Die Kammerversammlung beschloss die Besetzung des Ausschusses Grundrechte: Dr. Michael Reusch (Menschenrechtsbeauftragter der Ärztekammer Hamburg), Professor Dr. Winfried Kahlke (Didaktik der Medizin, UKE), Dr. Axel Gehl (Medizinaldirektor am Institut für Rechtsmedizin, UKE), Pastorin Fanny Dethloff (Flüchtlingsbeauftragte der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche) sowie Rainer Biskup, (ehemaliger Präsident des Verwaltungsgerichts Hamburg), Dr. Frank Ulrich Montgomery und Dr. Christine Schroth der Zweite. Der Ausschuss soll sich mit Themen im Kontext von Polizeirecht und Justiz befassen. Hierzu gehören beispielsweise Art und Umfang der medizinischen Betreuung in Abschiebehaf oder Probleme bei der Begutachtung der Rückführungsfähigkeit von Ausländern.

Jahresabschluss der Ärztekammer Hamburg

Zu den Aufgaben der Kammerversammlung gehört es, die Jahresabschlüsse und Haushaltspläne der Ärztekammer Hamburg und des Versorgungswerkes zu beraten. 2003 war im Haushaltsplan 2004 ein Defizit von 257.850 Euro voraus kalkuliert, die Bilanz für das abgelaufene Geschäftsjahr wies am Ende einen Fehlbetrag von rund 243.000 Euro aus. Donald Horn, kaufmännischer Geschäftsführer der Ärztekammer, stellte fest, dass damit das Jahresergebnis 2004 punktgenau den Haushaltsplan abbilde, und der Ausgleich des Fehlbetrages über die Betriebsmittelrücklage erfolgen müsse, so wie es das Plenum im vergangenen Jahr bereits beschlossen habe. Die Gewinn- und Verlustrechnung für 2004 zeige, dass die Einnahmen aus den Ärztekammerbeiträgen erstmals leicht zurückgingen. Der kontinuierlich steigende Arbeitsaufwand in fast allen anderen Abteilungen konnte nur deshalb mit dem ausgewiesenen Personalstand bewältigt werden, weil die wöchentliche Arbeitszeit in 2004 von 38,5 auf 40 Stunden heraufgesetzt wurde. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle verzichteten auf einen Gehaltsausgleich für die umgerechnet rund 4.500 zusätzlichen Arbeitsstunden. Am Ende stellte die Kammerversammlung einstimmig den Jahresabschluss fest und entlastete den Vorstand – ebenfalls einstimmig bei Enthaltung der Betroffenen.

Haushaltsplan 2006

Mit umfassenden Sparmaßnahmen soll im kommenden Jahr ein ausgeglichener Haushalt bei gleichem Hebesatz erreicht werden. Donald Horn erläuterte, dass trotz leicht steigender Mitgliederzahlen für das kommende Jahr nicht mit steigenden Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen zu rechnen sei. Neben Änderungen in der Gebührenordnung wird in der Beitragsordnung künftig ein einkommensunabhängiger Mindestbeitrag in Höhe von 60 Euro für alle Pflichtmitglieder eingeführt. Dr. Arnim Horn, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, lobte in seinem Bericht die Vorschläge des Vorstands zu Einsparmöglichkeiten im Haushalt. Die Kammerversammlung verabschiedete einstimmig den vorgelegten Haushaltsplan sowie die Beibehaltung des Hebesatzes von 0,6 Prozent.

Versorgungswerk

Einstimmig ohne Enthaltungen verabschiedete die Kammerversammlung mehrere Änderungsvorschläge zum Versorgungsstatut. Nachteile für Mitglieder, die zwischenzeitlich aus dem Versorgungswerk ausgeschieden waren, werden künftig vermieden, indem für sie bei Wiedereintritt der ursprüngliche Multiplikator gilt. Außerdem wird klargestellt, dass Überbrückungsgeld wie ärztliches Einkommen zu behandeln ist. Des Weiteren werden die Zuzahlungen zur Vorziehung der Altersrente ohne Abschlag abgeschafft, da sie zu Problemen beim Wechsel zu einem anderen Versorgungswerk führen können. Stattdessen wird eine freiwillige Höherversorgung bis zum doppelten Satz des Höchstbeitrages neu eingeführt, damit steuerliche Vorteile des Alterseinkünftegesetzes voll ausgeschöpft werden können.

Im Jahresbericht informierte Dr. Torsten Hemker, Vorsitzender des Verwaltungsausschusses des Versorgungswerkes, das Plenum über die Entwicklung des Versorgungswerkes. Die Zahl anwartschaftsberechtigter Mitglieder stieg im Geschäftsjahr 2004 auf rund 11.180, die Zahl der Leistungsempfänger auf mehr als 2200. Der Buchwert der Kapitalanlagen stieg 2004 erstmals auf über zwei Milliarden Euro. Wie in den letzten beiden Jahren wird deshalb die Zinsschwankungsreserve weiter aufgefüllt, weitere zehn Millionen Euro werden für die zu erwartende Längerlebigkeit zurückgestellt. Da die Renditen festverzinslicher Wertpapiere weiter zurückgegangen sind, nähert sich die vom Versorgungswerk erzielbare Rendite immer mehr dem Rechnungszins von vier Prozent. Das Zinsniveau wird sich laut Hemker auf diesem niedrigen Niveau einpendeln, daher erwartet er künftig niedrigere Zinserträge und rechnet mit einer Absenkung des Rechnungszinses. Die Renten steigen im kommenden Jahr statutgemäß um 0,36 Prozent. Die Rentenanwartschaften werden wie im vergangenen Jahr um 0,5 Prozent erhöht. Einstimmig ohne Enthaltungen stimmten die Ärzteparlamentarier für die Anpassungen.

Aus der Arbeit des Vorstands

Der Vorstand ist das Exekutivorgan der Ärztekammer Hamburg und führt die Geschäfte. Er trifft Entscheidungen in allen wichtigen Angelegenheiten der Kammer auf der Grundlage von Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, Fachkommissionen und sonstigen Gremien der Kammer. Gesetzliche Grundlage für die Aufgaben des Vorstandes sind die Bestimmungen des § 27 des Hamburgischen Ärztegesetzes.

Im Jahr 2005 war der am 09.12.2002 neu gewählte Vorstand das dritte Jahr der vierjährigen Legislaturperiode im Amt. Er setzte sich wie folgt zusammen:

Dr. Michael Reusch (Präsident)

Dr. Klaus-Otto Allmeling (Vizepräsident)

Dr. Christa Becker-Weißkamp

Prof. Dr. Christoph Lindner

Dr. Hanno Scherf

Dr. Eberhard Schulze

Dr. Michael Zinke

Der Vorstand trat im Berichtsjahr zu elf ordentlichen Sitzungen und zwei Sondersitzungen zusammen.

Wahrnehmung satzungsgemäßer Aufgaben

In den Sitzungen werden regelmäßig Entscheidungen zu Angelegenheiten der ärztlichen Weiter- und Fortbildung, der Arzthelferinnen-Ausbildung, der Durchführung der Berufsordnung sowie der Qualitätssicherung getroffen. Ferner berät der Vorstand berufspolitische, rechtliche und ethische Fragen, die zur ärztlichen Berufsausübung von grundsätzlicher Bedeutung sind. Zudem bereitet er die Sitzungen der Kammerversammlung vor und sorgt dafür, dass Beschlüsse des Legislativorgans der Kammer umgesetzt werden.

Wahrnehmung der Berufsaufsicht

In jeder Sitzung befasste sich der Vorstand anlassbezogen mit diversen Einzelfällen, in denen Kammermitglieder mit dem Vorwurf einer ärztlichen Berufspflichtverletzung konfrontiert wurden. Bestätigte sich dieser Vorwurf, entschied der Vorstand über die Durchführung eines berufsgerichtlichen Vorermittlungsverfahrens und zu gegebener Zeit unter Umständen über den Antrag auf Eröffnung eines Berufsgerichtsverfahrens beim Hamburgischen Berufsgericht für die Heilberufe. Im Berichtsjahr befasste sich der Vorstand rund 100 Einzelfällen.

Sparhaushalt

In Anbetracht der sich verschlechternden Einkommen von Ärztinnen und Ärzten ging 2005 auch das Beitragsaufkommen der Ärztekammer Hamburg erstmals zurück. In einer Sondersitzung diskutierte der Vorstand die finanzielle Lage der Ärztekammer und beschloss, im Haushalt für 2006 Sparmaßnahmen im personellen Bereich sowie die notwendige Gebührenanpassungen und Änderungen in der Beitragsordnung vorzusehen. Weiter wurde beraten, inwiefern Ärzte und Patienten sich finanziell am Schlichtungsverfahren für Arzthaftpflichtfälle beteiligen könnten und ob für die Patientenberatung wieder eine gebührenpflichtige Telefonnummer eingeführt wird.

Themen im Jahr 2005

In nahezu jeder Sitzung befasste sich der Vorstand mit aktuellen Aspekten der Gesundheitspolitik. Hierbei standen die sich stark verschlechternden Arbeitsbedingungen für Ärztinnen und Ärzte in Arztpraxen und Kliniken im Zentrum. Weitere Themen waren die noch nicht genehmigte neue Weiterbildungsordnung, der Facharzt für Innere Medizin und Allgemeinmedizin, die Berufsaufsicht über juristische Personen und über Ärzte beim Medizinischen Dienst der Krankenversicherung, sowie die weitere Umsetzung der vom Gesetzgeber eingeführten Fortbildungspflicht für Ärzte. Der Vorstand diskutierte ferner die Novellierung des Polizeigesetzes, Brechmitteleinsätze, Integrationsverträge und den EBM 2000plus, der im April eingeführt wurde.

Genehmigungsverfahren der neuen Weiterbildungsordnung

Wie in den Vorjahren beschäftigte sich der Vorstand mit der noch nicht genehmigten neuen Weiterbildungsordnung (WBO), die im Dezember 2003 von der

Kammerversammlung verabschiedet worden war. Der Kammerpräsident informierte den Vorstand regelmäßig über den Stand des Genehmigungsverfahrens. In zahlreichen Gesprächen mit der Behörde für Wissenschaft und Gesundheit (BWG) wurden die Hinderungsgründe für eine rasche Genehmigung erklärt. Hintergrund hierfür war der Aspekt, dass es laut EU-Recht einen einheitlichen Allgemeinmediziner in Deutschland geben muss. Durch die Genehmigung der Weiterbildungsordnung in Bayern wurde mit dem neu eingeführten Facharzt für Innere und Allgemeinmedizin ein drohendes Vertragsverletzungsverfahren durch die EU erneut ausgelöst, das die einzelnen Länder von der Genehmigung der Weiterbildungsordnungen abhält. Der Vorstand beriet diverse Möglichkeiten zur Lösung des Problems und entschied, der Kammerversammlung eine ergänzende Bestimmung in der WBO zur Entscheidung vorzulegen, wonach die Facharztbezeichnung „Facharzt für Innere Medizin und Allgemeinmedizin“ nur in der Form „Facharzt für Allgemeinmedizin“ geführt werden darf. Die BWG genehmigte die WBO im Mai und mit Veröffentlichung im Hamburger Ärzteblatt konnte sie im Juni in Kraft treten.

Als einen weiteren Schritt zur Verhinderung des Vertragsverletzungsverfahrens ist der Facharzt für Allgemeinmedizin in das Hamburger Ärztegesetz (HÄG) aufgenommen worden. Hieraus resultierte zum einen die Frage, ob dieser Facharzt zum Erwerb der Facharztbezeichnung „Innere Medizin und Allgemeinmedizin“ auf der Grundlage der Übergangsbestimmungen der neuen WBO zur Prüfung zugelassen werden kann. Der Vorstand diskutierte diese Frage eingehend und kam einstimmig zu dem Schluss, dass auch der Facharzt für Allgemeinmedizin nach dem HÄG hinreichend qualifiziert ist, um zur Prüfung zugelassen zu werden. Zum anderen beschäftigte den Vorstand die Frage, inwiefern der Facharzt für Allgemeinmedizin nach dem HÄG Zusatzweiterbildungen erwerben darf. Bei den Voraussetzungen zur Erlangung einer Zusatz-Weiterbildung handelt es sich um die regulären Bestimmungen der neuen WBO, so dass es beim Erwerb einer Zusatzqualifikation einer Basisqualifikation bedarf. Die Grundqualifikationen des Facharztes nach dem HÄG und dem weitergebildeten Facharzt sind nicht vergleichbar, so dass auf Grundlage dieser Rechtsauffassung der Vorstand beschloss, die Zugangsvoraussetzungen für Fachärzte nach dem HÄG restriktiv auszulegen und eine Gleichstellung nicht vorzunehmen.

Der Vorstand diskutierte ferner in einer Sondersitzung, ob in Hamburg der Facharzt für Innere Medizin und Allgemeinmedizin wieder eingeführt werden sollte. Er beschloss, zunächst die Gremien der Bundesärztekammer damit zu befassen. Dieser Beschluss wurde im Juni des Jahres erneut bekräftigt.

Einen Grundsatzbeschluss fasste der Vorstand zur Kursweiterbildung in der Allgemeinmedizin. Er beschloss einstimmig, dass eine bereits absolvierte 240-stündige Kursweiterbildung Allgemeinmedizin in vollem Umfang als Äquivalent zur 80stündigen Kursweiterbildung im Rahmen der fünfjährigen Weiterbildung Allgemeinmedizin anzuerkennen ist.

Qualitätssicherung in der Weiterbildung

Der Vorstand befasste sich eingehend mit der Qualitätssicherung in der Weiterbildung. Er bemängelte das Fehlen von belastbaren Zahlen und Daten und beauftragte den Ausschuss Qualitätssicherung damit, die realen Bedingungen der Weiterbildung zu recherchieren. Der Vorstand befasste sich ferner mit den Quali-

tätssicherungsmaßnahmen im Landesbetrieb Krankenhäuser, die seit Beginn des Jahres von Asklepios geführt werden. So soll im LBK professionelles Einstellungsmanagement, Kompetenzerfassung und –skalierung sowie ein Rotationsmanagement die Qualität in der Weiterbildung sichern. Der Vorstand beriet über das Vorhaben und hält es von Seiten der Kammer für unterstützenswert.

Hamburgisches Kammergesetz für die Heilberufe (HmbKGGH)

Der Vorstand befasste sich im Berichtsjahr erneut mit dem Entwurf des Hamburgischen Kammergesetzes für die Heilberufe (HmbKGGH). Mit der Behörde für Wissenschaft und Gesundheit (BWG) war zu klären, über welche angestellten Ärzte die Kammer die Berufsaufsicht führt. Derzeit obliegt sie der Kammer für die angestellten Ärzte im UKE, dem LBK und dem Bernhard-Nocht-Institut, nicht aber über die Ärzte im MDK, im Sozialpsychiatrischen Dienst und in anderen Behörden. Der Vorstand beschloss nach Diskussion, in dieser Frage vorerst keine Änderung für das HmbKGGH vorzuschlagen.

Anders entschied der Vorstand bei der Frage der Berufsaufsicht über die juristischen Personen. Durch die letzte Novelle der Berufsordnung ist nun die Ausübung der ambulanten ärztlichen Tätigkeit in der Form der juristischen Person des Privatrechts möglich. Hier bestand Regelungsbedarf im HmbKGGH, da die Kammermitgliedschaft dieser juristischen Personen im Gesetz nicht verankert ist. Der Vorstand beschloss, der Kammerversammlung eine so genannte eingeschränkte Mitgliedschaft für diese juristischen Personen im HmbKGGH vorzuschlagen, so dass in der Folge die Berufsaufsicht der Kammer zwangsläufig greift.

Privatbehandlung von GKV-Patienten

Nach rechtlicher Prüfung beschloss der Vorstand im Hamburger Ärzteblatt darauf hinzuweisen, dass bei der Privatbehandlung von gesetzlich Krankenversicherten nach den Bestimmungen des Bundesmantelvertrages / Ärzte ein schriftlicher Behandlungsvertrag geschlossen werden muss.

Weitergabe von MRT-Bildern mittels CD-ROM

Der Vorstand diskutierte die gegenwärtig übliche Handhabung, Patienten MRT-Bilder nicht auf Folien, sondern auf CD-ROM mitzugeben. Zwar regelt die Röntgenverordnung die Weitergabe von Röntgenaufnahmen, nicht aber die von MRT-Aufnahmen. Aus Sicht des Vorstands bestehen standes- und wettbewerbsrechtliche Bedenken bei einer ausschließlichen Weitergabe per CD-ROM. Er beschloss, dass die Weitergabe in einer für den weiterbehandelnden Arzt geeigneten Form zu erfolgen hat.

Reform der beruflichen Schulen in Hamburg

Der Senat betreibt die Reform der beruflichen Schulen mit Nachdruck, wobei die Wirtschaft größeren Einfluss auf das Konzept der berufsbildenden Schulen einfordert. Da in der für die Gesundheitsberufe zuständigen Staatlichen Schule für Gesundheitspflege aus Sicht der Ärztekammer kein sichtbarer Reformbedarf zu konstatieren ist, beschloss der Vorstand, die Rolle der Lehrer zu stärken. Zugleich bestimmte er im Rahmen bescheidener Einflussmöglichkeiten Vertreter

der Ärztekammer für den Vorstand der Schule. Der Vorstand berief Dr. Stöver-Ramien.

Tod eines Mädchens wegen Vernachlässigung

Im März starb ein 7jähriges Mädchen in Hamburg durch Vernachlässigung. Der tragische Tod empörte weit über Hamburg hinaus, viele Fragen der Aktivitäten von Behörden und zuständigen Institutionen blieben offen. Um zukünftig solche Fälle zu verhindern, gründete die Behörde für Soziales und Familie eine Projektgruppe „Informierte Jugendhilfe“. Der Vorstand klärte die Frage, inwiefern Bestimmungen zur ärztlichen Schweigepflicht einer möglichen Meldung durch den Arzt entgegenstellen. Nach rechtlicher Prüfung beschloss der Vorstand, dass die derzeitige Rechtslage zur Meldung über die Kindeswohlgefährdung ausreichend ist, entschied aber zugleich, durch Organisation von Fortbildungen und entsprechenden Veröffentlichungen im Hamburger Ärzteblatt Ärzte über die Sachlage zu informieren.

Erfassung von Hundebissverletzungen

In Hamburg wurden in den vergangenen Jahren immer wieder Menschen durch Hunde verletzt – im Fall des sechsjährigen Volkan mit tödlichem Ausgang. Um für die Bissverletzungen statistische Grundlagen zu erlangen, beschloss der Vorstand in Kooperation mit der Tierärztekammer, Bissverletzungen von Tieren an Menschen zu erfassen und dazu ein Fragebogen zu entwickeln.

Besetzung von Ständigen Kommissionen

Der Vorstand berief Dr. Klaus Beelmann, Ass. Jur. Gabriela Luth und Dr. Frank Ulrich Montgomery in die neu gegründete Ständige Kommission „Europäische Angelegenheiten“.

Arbeitskreis Hepatitis C-Infektionen

Der Vorstand stimmte der Gründung eines Arbeitskreises Hepatitis C-Infektionen zu. Der Arbeitskreis soll nach Möglichkeiten zur Verhinderung der Ausbreitung von Hepatitis C-Infektionen suchen.

Jüdische Ärzte

Der Präsident informierte über Gespräche mit dem neu gegründeten Verein jüdischer Ärzte. Der Vorstand befürwortete, dass die Ärztekammer eine Gedenkfeier für die ermordeten und vertriebenen jüdischen Ärzte während des Nationalsozialismus organisiert, die ggf. mit der Veröffentlichung des Buches von Anna von Villiez über die Schicksale jüdischer Ärzte verbunden werden kann. Zugleich sollte ein sichtbares Zeichen des Gedenkens im Ärztehaus geschaffen werden.

Gesundheits- und Berufspolitik in Hamburg

Polizeigesetz

Der Geschäftsführende Arzt unterrichtete den Vorstand über die erfolgreichen Gespräche mit der Behörde für Inneres. Durch Intervention der bereits im Jahr 2001 aktiven Allianz aus Ärztekammer, Rechtsanwälten, Deutschem Journalis-

tenverband bleibt der Vollschutz des Berufsgeheimnisses auch in der novellierten Fassung des Polizeigesetzes erhalten.

Brechmittel

Da in Bremen ein 35jähriger Mann nach einem erzwungenen Brechmitteleinsatz verstorben war, bekräftigte der Vorstand den Beschluss der Kammerversammlung aus dem Jahr 2002, nach dem die gewaltsame Vergabe von Brechmitteln abzulehnen ist.

Hanseatischer Tisch

Der Präsident unterrichtete den Vorstand darüber, dass die Ärztekammer Hamburg 2005 Gastgeber für den Hanseatischen Tisch war, einem jährlich stattfindenden Treffen zu gesundheitspolitischen Fragen. In einer Diskussionsrunde diskutierten Vertreter von Hamburger Organisationen des Gesundheitswesens über die Arzneimittelversorgung in Hamburg.

Ärzteproteste

Im August fand ein Protesttag der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Hamburger Arztpraxen statt, der auf die sich stark verschlechternde wirtschaftliche Situation in den Arztpraxen aufmerksam machen wollte. Der Vorstand der Ärztekammer Hamburg solidarisierte sich öffentlich mit den Protestierenden.

Influenzapandemieplan

Aufgrund der Warnung der WHO und des Robert-Koch-Instituts vor einer Influenzapandemie befasste sich der Vorstand mit diesem Thema und beschloss, Fortbildungsveranstaltungen für Ärzte anzubieten sowie sich an den Vorbereitungen der Behörde für Wissenschaft und Gesundheit und weiteren Organisationen zum Pandemieplan für Hamburg zu beteiligen.

Stellungnahme des Ausschusses Suchtpolitik

Der Stellungnahme des Arbeitskreises Suchtpolitik über das Hamburger Drogenhilfesystem stimmte der Vorstand zu. In der Stellungnahme hebt die Ärztekammer positiv hervor, dass in Hamburg in den letzten Jahrzehnten ein differenziertes Drogenhilfesystem aufgebaut worden ist. Allerdings deuten Maßnahmen wie die Entfernung von Spritzenautomaten und die drastische Einschränkung der Substitutionsmöglichkeiten ohne ein alternatives Therapieangebot in Hamburger Haftanstalten auf eine politische Kehrtwendung hin. Dieses beobachtet die Kammer mit Sorge, denn das könnte beispielsweise zu einer Zunahme von kostenintensiven Folgeerkrankungen wie Hepatitis und HIV führen. Betrachtet man die Summe derzeitiger drogenpolitischer Maßnahmen des Senats, so steht aus Sicht der Ärztekammer zu befürchten, dass die in den letzten 20 Jahren errungenen Erfolge wieder verloren gehen könnten.

Kooperation mit dem Institut für Weiterbildung

Angesichts des anstehenden Reformbedarfs verschärfen sich die Diskussionen in der Gesundheitspolitik. Die Ärztekammer Hamburg will in der mit dem Institut für Weiterbildung eingegangenen Kooperation ein Forum für konstruktive Diskussionen schaffen. Der Vorstand beschloss, die Kooperation mit dem an den Fachbereich der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften angesiedelten Institut für zunächst ein Jahr einzugehen und dann ein Resümee zu ziehen. Im Berichtsjahr gab es die

Vorbereitungen zur ersten Veranstaltung „Gesundheitspolitik kontrovers“, die zum Thema Arbeitszeit und Krankenhausärzte im Jahr 2006 stattfinden soll.

Ärztestatistik 2005

Die folgende Tabelle schlüsselt alle Ärztinnen und Ärzte, die der Ärztekammer Hamburg am 31.12.2005 angehörten nach Fachgebieten und Tätigkeitsarten auf. Im Vergleich zum Vorjahr 2004 liegt die wesentliche Veränderung im Wegfall des Arztes im Praktikum. Die zum Jahresende 2004 in der Statistik erfassten 500 Ärztinnen und Ärzte im Praktikum finden sich in der Statistik zum Jahresende 2005 in einer deutlichen Zunahme der Ärzte ohne Gebietsbezeichnung mit nunmehr 3885 und damit mit einem Plus von 412 wieder. Dieser Zuwachs von 412 Mitgliedern im Verlauf des Jahres 2005 bei den Ärztinnen und Ärzten ohne Gebietsbezeichnung teilt sich wiederum auf in ein Plus von 121 bei den Mitgliedern ohne ärztliche Tätigkeit und einem Plus von 291 bei den berufstätigen Ärztinnen und Ärzten ohne Gebietbezeichnung, und zwar ausschließlich im Krankenhaussektor mit einem Plus von ebenfalls 291.

Im Vergleich zur Übersicht der Ärztestatistik 2004 gibt es eine weitere Veränderung dadurch, dass die hausärztlich tätigen Allgemeinmediziner und Internisten in der neuen Rubrik Innere Medizin und Allgemeinmedizin (Hausarzt) zusammengefasst wurden.

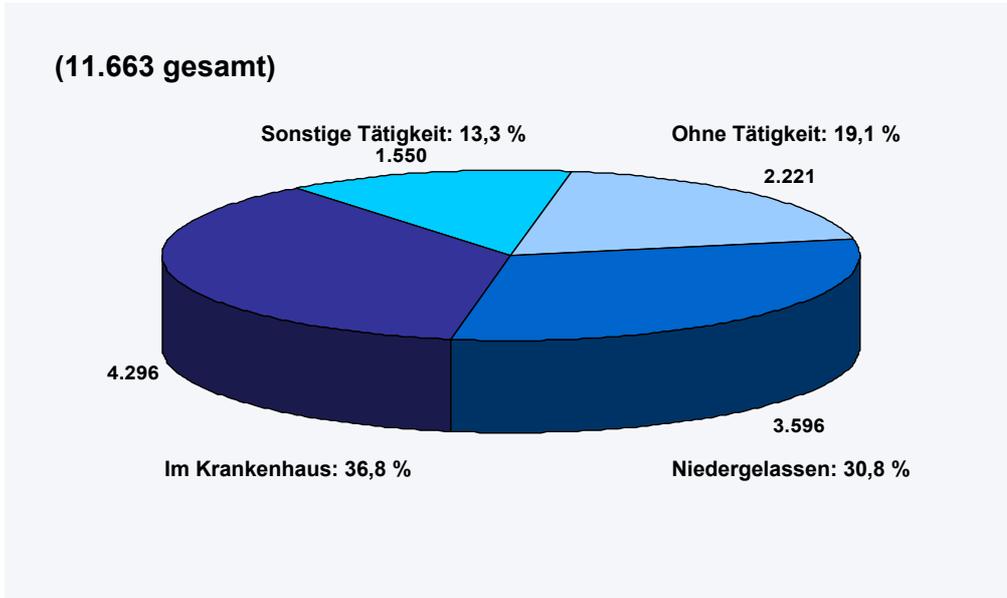
Erfreulich ist der zwar moderate aber immerhin deutlich höhere Nettozuwachs bei der Zahl aller Mitglieder im Jahr 2005 mit plus 161 = 1,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr 2004 mit lediglich plus 58 = 0,5 Prozent. Der höhere Nettozuwachs hat sich allerdings fast ausschließlich aus einer deutlichen Zunahme der Mitglieder ohne ärztliche Tätigkeit gespeist mit einem Plus von 123 = + 6,3 Prozent, während sich bei den Zahlen der Niedergelassenen und Krankenhausärzte lediglich minimale Änderungen ergeben haben.

Ebenfalls nur geringfügigste Verschiebungen haben sich ergeben bei den Zusammensetzungen der Ärztinnen und Ärzten nach Tätigkeitsbereichen, die in den folgenden Torten- und Balkendiagrammen gezeigt werden.

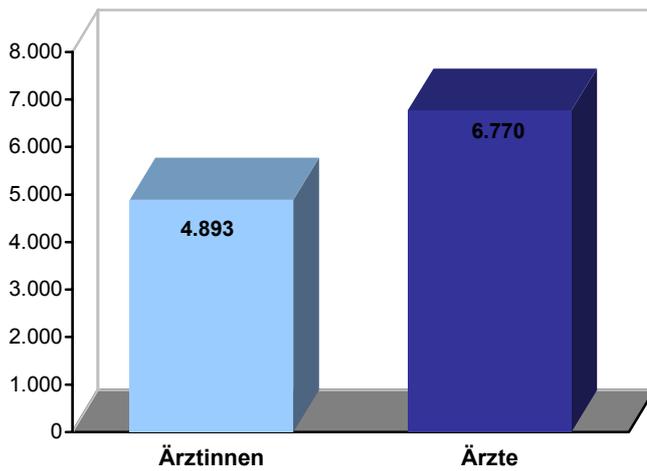
Im Balkendiagramm über die Altersaufteilung aller berufstätigen Ärzte zeigt sich eine leichte Verschiebung mit einer Abnahme der Mitglieder bis zum 29. Lebensjahr von etwa 170, hin zu den höheren Altersgruppen.

| Ärztinnen / Ärzte - Gesamtübersicht nach Fachgebieten und Tätigkeitsarten | | | | | | |
|--|---------------|--------------------------|--------------|----------------|----------------|--------------|
| Stand: 31.12.2005 | | | | | | |
| Gebietsbezeichnungen | Gesamt | ohne ärztliche Tätigkeit | berufstätig | niedergelassen | im Krankenhaus | sonst. tätig |
| <i>ohne Gebietsbezeichnung (einschl. Prakt. Ärztin/Prakt. Arzt)</i> | 3.885 | 879 | 3.006 | 358 | 1.921 | 727 |
| Anästhesiologie | 657 | 87 | 570 | 98 | 429 | 43 |
| Anatomie | 8 | 1 | 7 | --- | 7 | --- |
| Arbeitsmedizin | 161 | 23 | 138 | 20 | 7 | 111 |
| Augenheilkunde | 269 | 62 | 207 | 157 | 36 | 14 |
| Biochemie | 2 | 1 | 1 | --- | 1 | --- |
| Chirurgie | 570 | 93 | 477 | 101 | 321 | 55 |
| Diagnostische Radiologie (*einschließlich: Radiologie und Radiologische Diagnostik) | 299 | 58 | 241 | 87 | 126 | 28 |
| Frauenheilk. u. Geburtshilfe | 602 | 123 | 479 | 310 | 137 | 32 |
| Hals-Nasen-Ohrenheilkunde | 236 | 40 | 196 | 123 | 50 | 23 |
| Haut- u. Geschlechtskrht. | 229 | 46 | 183 | 119 | 27 | 37 |
| Herzchirurgie | 26 | 2 | 24 | --- | 22 | 2 |
| Humangenetik | 11 | --- | 11 | 6 | 3 | 2 |
| Hygiene u. Umweltmedizin | 3 | 1 | 2 | --- | --- | 2 |
| Allgemeinmedizin und hausärztliche Internisten | 1.011 | 201 | 810 | 640 | 37 | 133 |
| Innere Medizin | 1.443 | 271 | 1.172 | 609 | 441 | 122 |
| Kinderchirurgie | 10 | 2 | 8 | --- | 6 | 2 |
| Kinder- und Jugendmedizin | 428 | 83 | 345 | 160 | 138 | 47 |
| Kinder- u. Jugendpsychiatrie und -psychotherapie (*einschließlich: Kinder- u. Jugendpsychiatrie) | 44 | 11 | 33 | 18 | 10 | 5 |
| Klinische Pharmakologie | 5 | 1 | 4 | 1 | 1 | 2 |
| Laboratoriumsmedizin | 52 | 14 | 38 | 21 | 15 | 2 |
| Mikrobiologie u. Infektions-epidemiologie | 41 | 11 | 30 | 5 | 22 | 3 |
| Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie | 77 | 10 | 67 | 46 | 16 | 5 |
| Nervenheilkunde | 230 | 52 | 178 | 88 | 64 | 26 |
| Neurochirurgie | 60 | 7 | 53 | 7 | 44 | 2 |
| Neurologie | 83 | 11 | 72 | 26 | 40 | 6 |
| Neuropathologie | 7 | 2 | 5 | --- | 5 | --- |
| Nuklearmedizin | 24 | 6 | 18 | 10 | 8 | --- |
| Öffentliches Gesundheitswesen | 38 | 14 | 24 | 1 | 1 | 22 |
| Orthopädie und Unfallchirurgie | 273 | 30 | 243 | 168 | 46 | 29 |
| Pathologie | 58 | 8 | 50 | 17 | 28 | 5 |
| Pharmakologie u. Toxikologie | 12 | 4 | 8 | --- | 5 | 3 |
| Phoniatrie u. Pädaudiologie | 9 | --- | 9 | 4 | 4 | 1 |
| Physikal. u. Rehabilitat. Medizin | 36 | 2 | 34 | 15 | 16 | 3 |
| Physiologie | 7 | 1 | 6 | --- | 5 | 1 |
| Plastische Chirurgie | 36 | 2 | 34 | 17 | 13 | 4 |
| Psychiatrie u. Psychoth. (*einschließlich: Psychiatrie) | 254 | 21 | 233 | 93 | 107 | 33 |
| Psychotherapeutische Medizin/Psychosomatische Medizin und Psychotherapie | 210 | 6 | 204 | 176 | 25 | 3 |
| Rechtsmedizin | 14 | 1 | 13 | 1 | 10 | 2 |
| Sportmedizin | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Strahlentherapie | 24 | 2 | 22 | 7 | 14 | 1 |
| Transfusionsmedizin | 33 | 3 | 30 | 3 | 23 | 4 |
| Urologie | 186 | 29 | 157 | 82 | 65 | 10 |
| mit Gebietsbezeichnung | 7.778 | 1.342 | 6.436 | 3.236 | 2.375 | 825 |
| insgesamt | 11.663 | 2.221 | 9.442 | 3.596 | 4.296 | 1.550 |
| Im Vergleich 2004: | 11.502 | 2.098 | 9.404 | 3.516 | 4.330 | 1.558 |
| Veränderungen: | + 161 | + 123 | + 38 | + 80 | - 34 | - 8 |

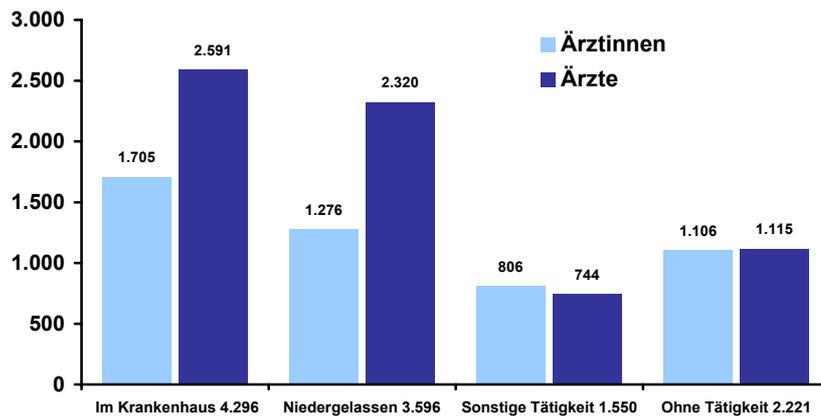
Ärztinnen/Ärzte nach Tätigkeitsbereichen



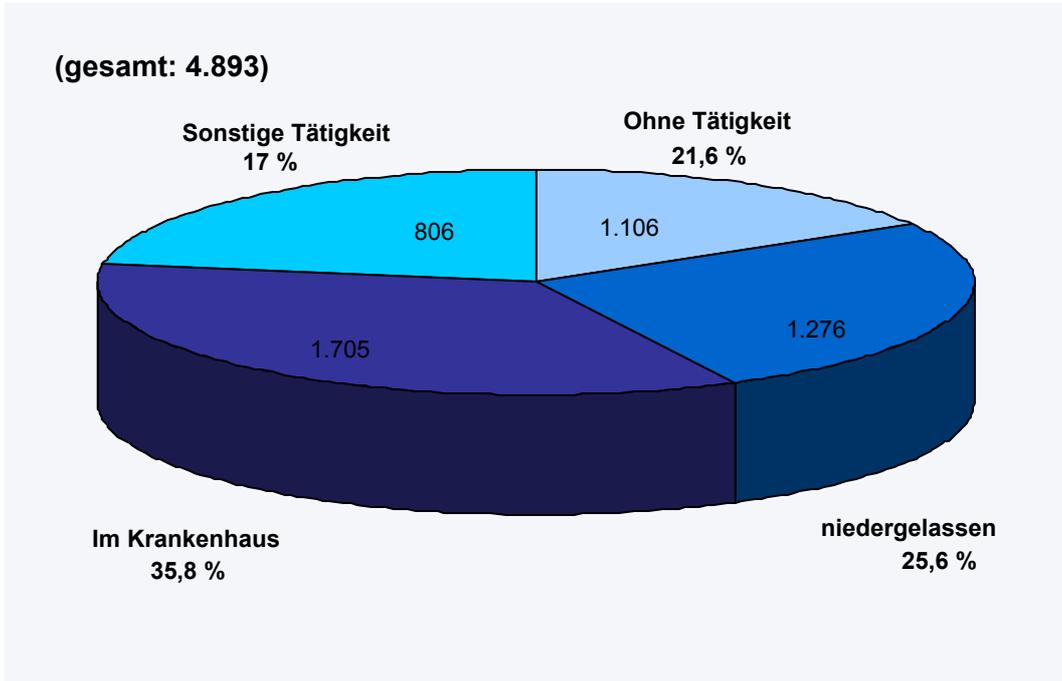
Ärztinnen/Ärzte (gesamt: 11.663)



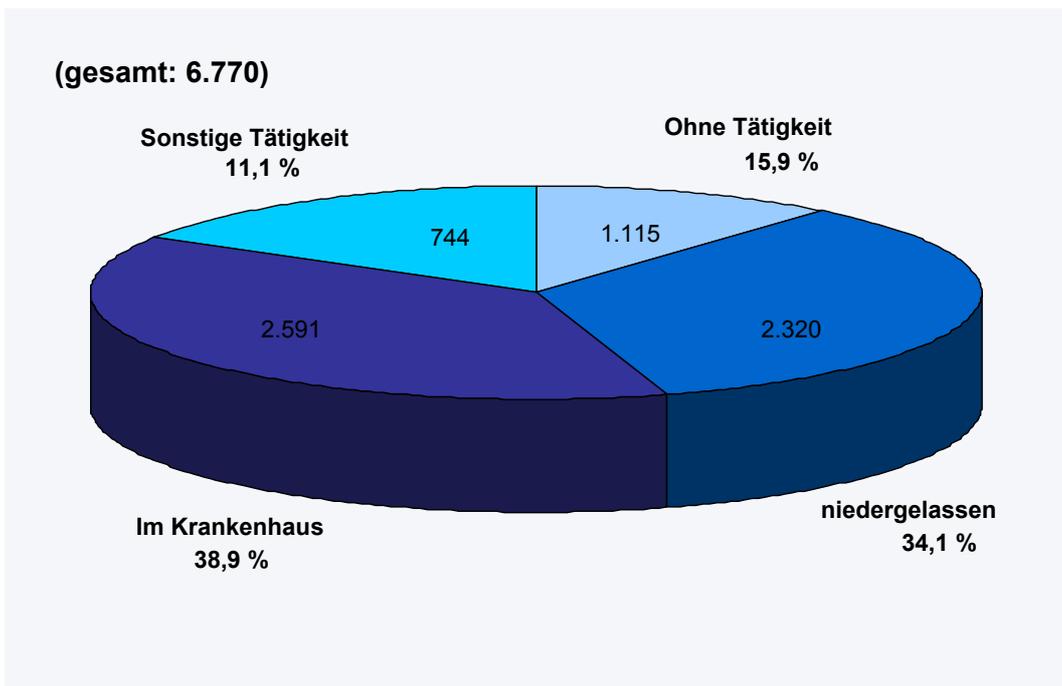
Verhältnis Ärztinnen/Ärzte nach Tätigkeitsbereichen



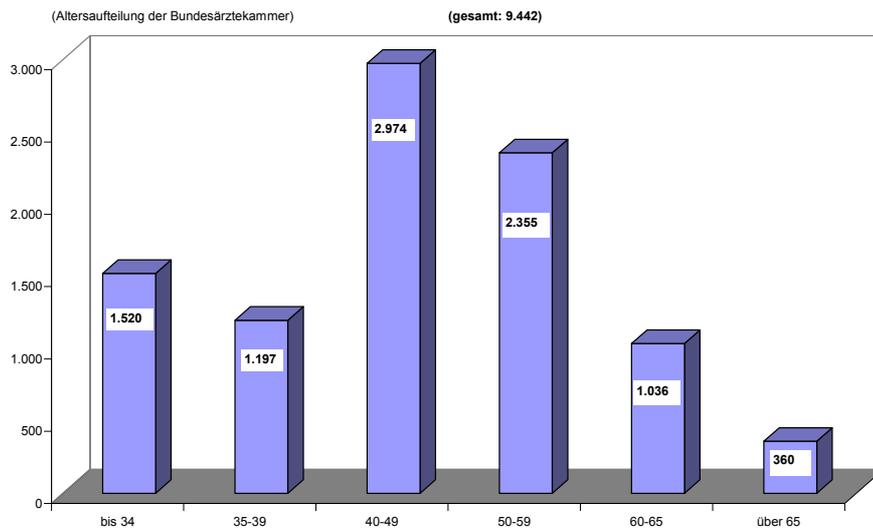
Nur Ärztinnen



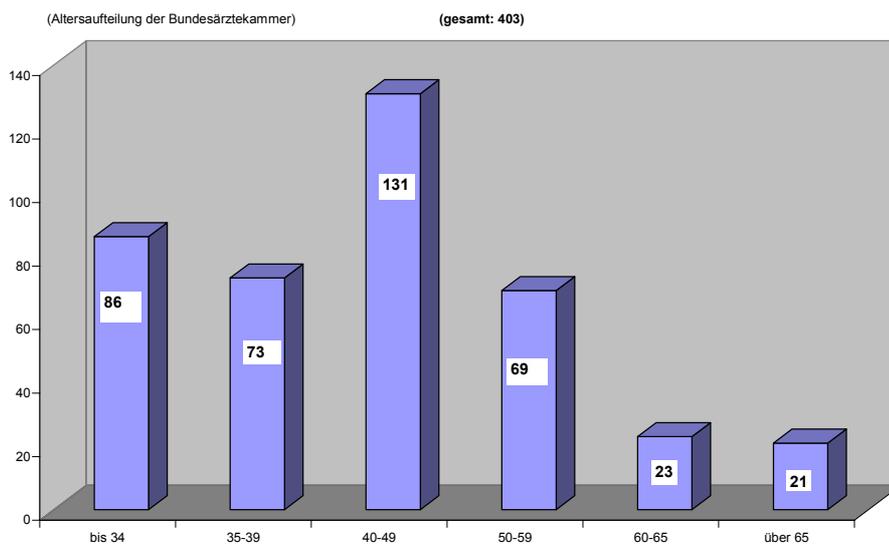
Nur Ärzte



Berufstätig nach Altersgruppen



Arbeitslose Ärztinnen/Ärzte



Gewinn- und Verlustrechnung 2005

Trotz seit Jahren stagnierender Beitragseinnahmen, die in den voran gegangenen Haushaltsjahren zu Unterschüssen im Haushalt der Ärztekammer geführt haben, gelang es im abgelaufenen Haushaltjahr 2005 erstmals wieder, einen Überschuss zu erzielen, auch wenn er mit ca. € 14.000 äußerst moderat war. Das Ergebnis ist aber um so bemerkenswerter, als der Haushaltsvoranschlag trotz sehr knapper Ansätze noch ein Defizit von ca. € 138.000 vorsah und somit der tatsächliche Abschluss um mehr als € 150.000 besser ausfiel als noch im Haushaltsvoranschlag kalkuliert worden war.

Die Sparbemühungen werden auch daran deutlich, dass die Gesamtaufwendungen in 2005 mit insgesamt ca. € 6.000.000 um weniger als € 1.000 über den Ge-

samtaufwendungen des Vorjahres 2004 lagen und den Ansatz des Haushaltsplanes 2005 um ca. € 90.000 unterschritten. Bei den Gesamterträgen gelang eine Ergebnisverbesserung mit einem Plus von ca. € 62.000 gegenüber den Planzahlen in 2005 und mit einem Plus von mehr als € 250.000 gegenüber den Gesamterträgen in 2004 ohne Anhebung des Kammerbeitrages der bekanntermaßen seit Jahrzehnten mit 0,6 Prozent vom Einkommen konstant ist.

Angesichts der unmittelbaren Abhängigkeit der Beitragseinnahmen der Ärztekammer vom Einkommen ihrer Mitglieder wird auch in den kommenden Jahren strenge Haushaltsdisziplin die bestimmende Prämisse für einen dauerhaft ausgeglichen Haushalt sein.

| Aufwendungen | TEuro (gerundet) |
|--|-----------------------------|
| Personalkosten einschl. Akademie, Personalnebenkosten, Altersversorgung | 3.608 |
| Beiträge (BÄK/ Qualitätssicherung) | 376 |
| Ärztliche Fortbildung (Akademie – ohne Personalkosten) | 356 |
| Entschädigung an Mitglieder (Aufwandsentschädigung, Vertreterkosten, Sitzungsgelder und Übergangsgelder) | 265 |
| Weiterbildung/ Ausbildung von Arzthelferinnen | 98 |
| Hauskosten | 61 |
| Abschreibungen (Geschäftsausstattung, EDV, Bücherei, Gebäude) | 196 |
| Büromieten | 221 |
| Sonstige Sachkosten (Büromaterial, Porto, Telefon Drucksachen u. ä.) | 303 |
| Reisespesen/ Fahrtkosten | 55 |
| Berufsgericht | 25 |
| Schlichtungsstelle | 83 |
| Sonstiges | <u>353</u> |
| | <u>6.000</u> |
| Erträge | |
| Kammerbeiträge | 4.196 |
| Gebühren (Weiterbildung, Arzthelferinnen, Röntgenstelle, Ethik-Kommission) | 764 |

| | |
|-----------------------------|--------------|
| Seminargebühren (Akademie) | 640 |
| Kapitalanlagen/ Zinserträge | 53 |
| Sonstige Erträge | <u>361</u> |
| | <u>6.014</u> |
| Überschuss | <u>14</u> |

Ärztliche Weiterbildung

Im Juni 2005 trat die neue Weiterbildungsordnung der Hamburger Ärzte und Ärztinnen in Kraft, nachdem sie von der aufsichtsführenden Behörde genehmigt wurde. Wie bereits in den Vorjahren konnte eine deutliche Zunahme der telefonischen und persönlichen Anfragen verzeichnet werden, wobei durch das Inkrafttreten der neuen Weiterbildungsordnung die Anzahl dieser Anfragen in der zweiten Jahreshälfte noch weiter anstieg. Die Weiterbildungsabteilung ist telefonisch zu folgenden Sprechzeiten zu erreichen:

| | |
|--------------------|------------------|
| Montag und Freitag | 8.30 – 12.00 Uhr |
| Mittwoch | 8.30 – 18.00 Uhr |

Die Weiterbildungsabteilung befindet sich in der Heinrich-Hertz-Straße 125 (Ecke Humboldtstraße), 1. Stock, 22083 Hamburg. Fax: 040 / 22 80 2 – 495.

Neben den Weiterbildungsprüfungen und den so genannten Gleichwertigkeitsprüfungen (gemäß §§ 3 und 10 Bundesärzteordnung (BÄO)) finden hier auch die Beratungen von Kammermitgliedern statt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Weiterbildungsabteilung sind an allen Tagen auch außerhalb der oben genannten telefonischen Sprechzeiten persönlich erreichbar. Um eine vorherige Terminvereinbarung wird jedoch gebeten, um unnötige Wartezeiten zu vermeiden. Auf der Homepage der Ärztekammer Hamburg findet sich unter der Rubrik „Ärztliche Weiterbildung“ neben der derzeit noch geltenden alten Weiterbildungsordnung (vom 01.04.1996 i.d.F. vom 07.05.2001) auch die neue Weiterbildungsordnung (vom 21.02.2005 i.d.F. vom 22.08.2005). Die Liste der in Hamburg zur Weiterbildung befugten Ärztinnen und Ärzte kann ebenso herunter geladen werden, wie diverse Antragsformulare (beispielsweise: Zulassung zur Prüfung, Zeitenbestätigung, Fachkunde im Strahlenschutz). Erstmals finden sich unter der Rubrik „Ärztliche Weiterbildung“ auch häufig gestellte Fragen zur Weiterbildung nebst den entsprechenden Antworten (sog. FAQ).

Eine deutliche Zunahme konnte im Berichtsjahr erneut insbesondere bei den Anträgen auf Bestätigung der formalen Anrechenbarkeit von Tätigkeiten (sog. Zeitenbestätigungen) verzeichnet werden. Diese Anträge werden hauptsächlich bezogen auf das Gebiet Allgemeinmedizin gestellt. Die daraufhin von der Weiterbildungsabteilung gefertigten Zeitenbestätigungen sind – im Rahmen des Förderprogramms – abschließend bei der KVH vorzulegen. Insgesamt zirka 90 solcher Anträge wurden im Berichtsjahr – teilweise mit Anhörung von Fachbeisitzerin – abschließend bearbeitet.

Weiterbildungsausschuss

Dem Ständigen Weiterbildungsausschuss gehörten im Berichtsjahr 15 ehrenamtliche Ärztinnen und Ärzte als Ständige Mitglieder an, die von der Kammerversammlung gewählt wurden:

Dr.med. Bruno Schmolke (Vorsitzender)
Frau Dr.med. Christa Becker-Weißkamp
Dr.med. Hans-Jürgen Bohnhoff
Dr.med.Dr.med.dent. Wolfgang Busch (Stellv. Vorsitzender)
Dr.med. Utz Garbe
Dr.med. Adib Harb
Dr.med. Dirk Heinrich (Stellv. Vorsitzender)
Dr.med. Ernst Krasemann
Ingolf Resa
Frau Dr.med. Renate Sechtem
Prof.Dr.med. Ulrich Schwedes
Dietrich Willemsen
Kai Zbieranek
Dr.med. Michael Zinke

Der Ausschuss berät und beschließt über Weiterbildungsfragen von prinzipieller Bedeutung. Im Berichtsjahr fand eine Sitzung des Ständigen Weiterbildungsausschusses statt. In dieser Sitzung wurde im Wesentlichen über den sog. Paragrafenteil der neuen Weiterbildungsordnung diskutiert und zusammenhängend damit über notwendige Änderungen und Ergänzungen in diesem Abschnitt. Noch im Berichtsjahr befassten sich sowohl der Vorstand als auch die Kammerversammlung mit diesen Änderungen und Ergänzungen, die inzwischen auch abschließend von der aufsichtsführenden Behörde genehmigt wurden.

Über Anträge und Anfragen in Weiterbildungsangelegenheiten berät der Geschäftsführende Weiterbildungsausschuss. Der Ausschuss besteht aus sechs stimmberechtigten Mitgliedern (Vorsitzender oder Stellv. Vorsitzender und fünf weitere Mitglieder des Ständigen Weiterbildungsausschusses), die regelmäßig in alphabetischer Reihenfolge aus der Gruppe der 15 Mitglieder des Ständigen Weiterbildungsausschusses geladen werden. Der Geschäftsführende Ausschuss ist beschlussfähig mit drei stimmberechtigten Mitgliedern.

Der Geschäftsführende Weiterbildungsausschuss beriet im Berichtsjahr in insgesamt 11 Sitzungen über problematische Anträge auf Zulassung zur Prüfung in Gebieten etc., die Anrechnung von Teilabschnitten sowie insbesondere über die Anerkennung von Auslandstätigkeiten auf die Weiterbildung. Mit insgesamt 133 schriftlicher Anfragen und Anträge befasste sich der Geschäftsführende Weiterbildungsausschuss, die das Referat „Ärztliche Weiterbildung“ unter Zugrundelegung der Bestimmungen der Weiterbildungsordnung nicht eindeutig beantworten konnte. Die Beantwortung solcher Fragen erfordert stets die Ausübung von Ermessen.

Der Geschäftsführende Weiterbildungsausschuss berät auch über Anträge auf Weiterbildungsbefugnisse in Gebieten, Schwerpunkten und Zusatz-Weiterbildungen/Bereichen sowie für Spezielle Weiterbildungen und Fachkundenachweise für angestellte und niedergelassene Ärzte und spricht Empfehlungen für den Vorstand der Ärztekammer Hamburg aus. Im Berichtsjahr gingen insgesamt 303 Anträge (153 Krankenhausärzte / 14 Institutsärzte / 136 niedergelassene Kassenärzte) auf Erteilung einer Weiterbildungsbefugnis ein. 5 Anträge wurden von den Antragstellern wieder zurückgezogen.

Den Anträgen von Leitenden Krankenhausärzten und Leitenden Ärzten anderer Einrichtungen wurde im Berichtsjahr in insgesamt 106 Fällen im vollen zeitlichen Umfang und in 7 Fällen im eingeschränkten zeitlichen Umfang stattgegeben. 4 Anträge wurden abgelehnt. Darüber hinaus empfahl der Weiterbildungsausschuss, 74 Anträgen auf Erteilung einer Weiterbildungsbefugnis von niedergelassenen Kassenärzten in vollem Umfang stattzugeben, 7 Anträge konnten nur im eingeschränkten zeitlichen Umfang stattgegeben werden. 3 Anträge wurden abgelehnt. In 35 Fällen war vor einer abschließenden Entscheidung eine Begehung der Weiterbildungsstätte durch eine Kommission, bestehend aus zwei Fachbeisitzern des jeweiligen Gebietes oder Schwerpunktes sowie einem Ständigen Mitglied des Weiterbildungsausschusses, erforderlich. Hierbei werden die Weiterbildungsmöglichkeiten vor Ort in Augenschein genommen und bewertet.

Neben den bereits entschiedenen Anträgen liegen weitere 97 Anträge auf Erteilung einer Weiterbildungsbefugnis von Krankenhaus- und niedergelassenen Ärzten vor, die im Verlauf des Berichtsjahres aufgrund unvollständiger Antragsunterlagen, fehlender Fachbeisitzervoten oder noch nicht stattgefunder Begehung der Krankenhausabteilung bzw. Praxis nicht abschließend bearbeitet oder in den Gremien beraten werden konnten.

Ein weiterer Grund für noch nicht abschließend bearbeitete Anträge auf Erteilung einer Weiterbildungsbefugnis liegt durch das Inkrafttreten der Weiterbildungsordnung der Hamburger Ärzte und Ärztinnen vom 21.02.2005 i.d.F. vom 22.08.2005 im Sommer 2005 vor. Die 42 vorliegenden Anträge auf Erteilung einer Weiterbildungsbefugnis auf der Grundlage der neuen Weiterbildungsordnung können erst bearbeitet werden, wenn die Fachbeisitzerkonferenzen für ein bestimmtes Gebiet, einen Schwerpunkt oder eine Zusatz-Weiterbildung entsprechende Kriterien erarbeitet haben, die dem Weiterbildungsausschuss und dem Vorstand der Ärztekammer zur abschließenden Beurteilung vorgelegt werden. Im ersten Halbjahr 2006 werden daher zirka 40 Fachbeisitzerkonferenzen stattfinden.

In einer Fachbeisitzerkonferenz beraten die gewählten Fachbeisitzer grundsätzliche Fragen der Weiterbildung zu ihrem Fach. Die Sitzungen dieser Konferenz werden vom Vorsitzenden bzw. seinem Stellvertreter des Ständigen Weiterbildungsausschusses oder dem Geschäftsführenden Arzt der Ärztekammer oder dem Sprecher der Fachbeisitzerkonferenz geleitet. Die Beratungsergebnisse sind Beschlussempfehlungen für den Weiterbildungsausschuss.

Im Berichtsjahr fanden für die nachstehend genannten Gebiete, Schwerpunkte, Speziellen Weiterbildungen und Zusatz-Weiterbildungen eine oder mehrere Fachbeisitzerkonferenzen statt:

- Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie (2 x)
- Gastroenterologie
- Orthopädie und Unfallchirurgie
- Palliativmedizin
- Anästhesiologie / Spezielle Anästhesiologische Intensivmedizin

Hier wurden beispielsweise Kriterien für den zeitlichen Umfang einer Weiterbildungsbefugnis erarbeitet oder eine Einschätzung vorgenommen, ob Weiterbildungsinhalte noch in der vorgegebenen Form realistisch absolviert werden können.

Im Berichtsjahr fand auch eine Sitzung der Vorsitzenden der Prüfungsausschüsse statt. Auf dieser Sitzung wurden unter anderem Probleme beim Prüfungsverlauf erörtert, Erfahrungen ausgetauscht und auf die Besonderheiten der neuen Weiterbildungsordnung eingegangen und sich daraus ergebende Fragen diskutiert.

Gleichwertigkeitsprüfungen (gem. §§ 3 und 10 BÄO)

Die Behörde für Wissenschaft und Gesundheit (BWG) überprüft die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes von Antragstellern im Approbationsgewährungs- und Berufserlaubnisverfahren auf der Grundlage des § 3 Abs. 2 und § 10 der Bundesärzterordnung (BÄO). Wenn die Gleichwertigkeit in einzelnen Ausbildungsabschnitten nicht ausreichend nachgewiesen werden kann, die objektiven Voraussetzungen aber ansonsten vorliegen, wird auch der Kenntnisstand der Antragsteller überprüft. Die Ärztekammer bestellt hierfür auf der Grundlage einer Vereinbarung mit der BWG eine Sachverständigenkommission, die sich im Interesse einer einheitlichen Auslegung und Anwendung der genannten Bestimmungen der BÄO in Zweifelsfällen gutachterlich äußert. Diese gutachterliche Empfehlung erfolgt auf der Grundlage eines Fachgesprächs der Sachverständigenkommission mit dem Antragsteller, im Rahmen der sog. Gleichwertigkeitsprüfung. Im Berichtsjahr führte die Ärztekammer Hamburg an 8 Prüfungstagen insgesamt 15 Gleichwertigkeitsprüfungen durch, von denen 13 erfolgreich absolviert wurden.

Weiterbildungsprüfungen

Der Prüfungsausschuss der Ärztekammer Hamburg nimmt die Weiterbildungsprüfungen in Gebieten, Schwerpunkten, Bereichen bzw. Zusatz-Weiterbildungen, für die Speziellen Weiterbildungen und die Fachkunden ab. Diesem Ausschuss gehören zwei Fachbeisitzer mit der entsprechenden Bezeichnung sowie ein Prüfungsausschussvorsitzender an, der die zu prüfende Weiterbildungsbezeichnung nicht besitzen muss. Im Jahr 2005 wurden an 41 Prüfungstagen insgesamt 674 Weiterbildungsprüfungen zur Erlangung einer Weiterbildungsbezeichnung durchgeführt. Gegenüber dem Berichtsjahr 2004 (614 Prüfungen) ist damit ein Anstieg der Weiterbildungsprüfungen festzustellen.

Facharztprüfungen

Von insgesamt 284 Prüfungen zur Erlangung einer Gebietsbezeichnung bestanden sechzehn Kandidaten die Prüfung nicht. Dies entspricht einer Durchfallquote

von 4,1 % (Tabelle 1). Im Vergleich mit dem Vorjahr zeigt sich hier eine Abnahme der Durchfallrate von 1,2 %.

Schwerpunktprüfungen

Im Berichtsjahr wurden 59 Prüfungen in den einzelnen Schwerpunkten (Tabelle 2) durchgeführt. Hier haben alle Kandidaten die Prüfungen bestanden.

Bereichs- bzw. Zusatz-Weiterbildungsprüfungen

Es wurden 196 Prüfungen in den verschiedenen Bereichen bzw. Zusatz-Weiterbildungen abgehalten (Tabelle 3). Hier haben 8 Kandidaten die Prüfung nicht bestanden. Dies entspricht einer Durchfallquote von 4,1 % (2004: 5,8%).

Prüfungen in der Speziellen Weiterbildung

Ebenso wurden 25 Prüfungen zur Erlangung einer Speziellen Weiterbildung (Tabelle 4) durchgeführt. Hier hat ein Kandidat die Prüfungen nicht bestanden.

Fachkundeprüfungen

Im Berichtsjahr wurden zudem 10 Prüfungen zur Erlangung einer Fachkunde (Tabelle 5) durchgeführt. Hier haben ebenfalls alle Kandidaten die Prüfungen bestanden.

Von den im Berichtsjahr insgesamt durchgeführten 674 mündlichen Prüfungen wurden damit Prüfungen nicht bestanden. Das entspricht einer gesamten Durchfallquote von 3,7 %.

Im Rahmen der Amtshilfe wurden für die Ärztekammer Bremen jeweils eine Prüfung in den Schwerpunkten Rheumatologie (im Gebiet Orthopädie), Kinderkardiologie und Gynäkologischen Endokrinologie und Reproduktionsmedizin sowie in der Zusatz-Weiterbildung Kinder-Rheumatologie durchgeführt.

Widerspruchsausschuss

Der Widerspruchsausschuss wird tätig, wenn Prüfungsteilnehmer gegen das Nichtbestehen einer mündlichen Prüfung und/oder die erteilten Auflagen zur ergänzenden Weiterbildung Widerspruch erheben. Der Widerspruchsausschuss setzt sich zusammen aus zwei Fachbeisitzern des jeweiligen Gebietes, Schwerpunktes oder Bereiches sowie einem Ausschussvorsitzenden, der nicht im Besitz der entsprechenden Bezeichnung sein muss. Die rechtsaufsichtsführende Behörde (Behörde für Wissenschaft und Gesundheit) kann ein beratendes Mitglied für den Widerspruchsausschuss bestimmen.

Der Widerspruchsausschuss beriet im Jahre 2005 über vier Widersprüche, von denen drei zurückgewiesen wurden. Einem Widerspruch wurde stattgegeben.

Über andere Widersprüche in Weiterbildungsangelegenheiten berät der Widerspruchsausschuss in erweiterter Zusammensetzung. Es handelt sich hierbei um Widersprüche gegen Nichtanerkennung eines Weiterbildungsabschnittes, Nichtanerkennung einer Weiterbildungsbezeichnung nach Übergangsbestimmungen, Nichterteilung einer Weiterbildungsberechtigung und Nichtzulassung zur mündlichen Prüfung zum Erwerb einer Weiterbildungsbezeichnung.

Als Ständige Mitglieder gehörten dem Erweiterten Widerspruchsausschuss im Berichtsjahr vier Ärztinnen und fünf Ärzte an:

Dr.med. Horst Lorenzen (Vorsitzender)

Frau Katharina Bischoff

Dr.med. Eckhard von Bock und Pollach

Frau Dörte Collatz

Dr.med. Hans-Joachim Funke

Frau Dr.med. Dr.dent. Uta Hammer

Dr.med. Hans Ramm (Stellvertretender Vorsitzender)

Frau Dr.med. Christine Schroth der Zweite

Frau Dr.med. Rita Trettin

Zu den Beratungen des Erweiterten Widerspruchsausschusses werden neben den Ständigen Mitgliedern in der Regel zwei Fachbeisitzer aus dem jeweiligen Gebiet, Schwerpunkt oder Bereich hinzugezogen.

Im Berichtsjahr tagte der Erweiterte Widerspruchsausschuss sechsmal. Im Verlauf seiner Sitzungen beriet er über insgesamt 13 Widersprüche gegen Ablehnungen, die die Ärztekammer in Weiterbildungsahngelegenheiten ausgesprochen hatte.

Zwei Widersprüchen wurde im vollen Umfang abgeholfen. In sieben Fällen wurde die erstinstanzliche Entscheidung bestätigt, was eine Ablehnung des Widerspruches bedeutet. Vier Widersprüchen konnte teilweise abgeholfen werden.

PPP-Ausschuss

Die Mitglieder dieses Ausschusses setzen sich aus den gewählten Sprechern der Fachbeisitzerkonferenzen der Gebiete Kinder- und Jugendpsychiatrie und –psychotherapie, Psychiatrie und Psychotherapie, Psychotherapeutische Medizin sowie aus den Bereichen Psychoanalyse und Psychotherapie zusammen. Zwei Sprecher des jeweiligen Gebietes und Bereiches (Zusatzweiterbildung) werden in den PPP-Ausschuss gewählt. Zu seinen Hauptaufgaben gehört die kontinuierliche Erörterung wichtiger Fragen aus der Weiterbildung in den P-Fächern.

In diesem Jahr befasste sich der PPP-Ausschuss unter Beteiligung der Fachbeisitzer aus allen P-Gebieten und den Zusatzweiterbildungen in zwei Sitzungen speziell mit der Neuregelung der Richtlinien für die Erteilung der Weiterbildungsbefugnis für die Durchführung der Selbsterfahrung/Lehrtherapie im psychotherapeutischen Teil der Weiterbildung in den Gebieten Kinder- und Jugendpsychiatrie und –psychotherapie, Psychiatrie und Psychotherapie, Psychotherapeutische Medizin (lt. neue WBO Psychosomatische Medizin und Psychotherapie) sowie für die Zusatzweiterbildungen Psychoanalyse und Psychotherapie.

Fachkunde Strahlenschutz

Im Berichtsjahr haben 180 Ärzte/Ärztinnen auf Antrag den Fachkundenachweis „Strahlenschutz“ für die Anwendung von Röntgenstrahlen am Menschen in der Medizin zur Diagnostik von der Ärztekammer erhalten. Des Weiteren wurden 82 Bestätigungen für Ärzte/Ärztinnen ausgestellt, die die Fachkunde bereits vor Inkrafttreten der jetzt gültigen Röntgenverordnung besaßen.

Darüber hinaus bescheinigte die Ärztekammer einem Arzt die Fachkunde im Strahlenschutz bei der Anwendung von offenen radioaktiven Stoffen in der Medizin nach den Bestimmungen der Strahlenschutzverordnung.

Statistik der ärztlichen Weiterbildung

Tabelle 1: Im Jahre 2005 durchgeführte Prüfungen in Gebieten

| Gebiet | bestanden | nicht bestanden | Gesamt |
|--|------------|-----------------|------------|
| Allgemeinmedizin | 121 | 7 | 128 |
| Anästhesiologie | 38 | - | 38 |
| Arbeitsmedizin | 10 | 1 | 11 |
| Augenheilkunde | 7 | - | 7 |
| Diagn. Radiologie/ Radiologische Diagnostik | 7 | - | 7 |
| Chirurgie | 24 | - | 24 |
| Frauenheilk. u. Geburtshilfe | 7 | - | 7 |
| Hals-Nasen-Ohrenheilkunde | 8 | - | 8 |
| Haut- u. Geschlechtskrankh. | 9 | - | 9 |
| Herzchirurgie | 1 | - | 1 |
| Humangenetik | 1 | - | 1 |
| Innere Medizin | 49 | 4 | 53 |
| Innere und Allgemeinmedizin | 2 | - | 2 |
| Kinder- und Jugendmedizin | 16 | - | 16 |
| Kinder- u. Jugendpsychiatrie und -psychotherapie | 4 | - | 4 |
| Laboratoriumsmedizin | 1 | - | 1 |
| Mikrobiologie u. Infektionsep. | 1 | - | 1 |
| MKG-Chirurgie | 6 | - | 6 |
| Nervenheilkunde | 1 | - | 1 |
| Neurologie | 14 | 1 | 15 |
| Neuropathologie | 1 | - | 1 |
| Orthopädie | 5 | - | 5 |
| Orthopädie und Unfallchirurgie | 3 | - | 3 |
| Pathologie | 1 | - | 1 |
| Physikalische und Rehabilitative. Medizin | 1 | 2 | 3 |
| Psychiatrie | 9 | 1 | 10 |
| Psychiatrie und Psychoth. | 3 | - | 3 |
| Psychotherapeutische Med. | 5 | - | 5 |
| Rechtsmedizin | 2 | - | 2 |
| Strahlentherapie | 1 | - | 1 |
| Urologie | 10 | - | 10 |
| GESAMT | 368 | 16 | 384 |

Tabelle 2: Prüfungen in Schwerpunkten (2005)

| Schwerpunkt/Teilgebiet | bestanden | nicht bestanden | Gesamt |
|--|-----------|-----------------|-----------|
| Gefäßchirurgie | 2 | - | 2 |
| Thoraxchirurgie | 1 | - | 1 |
| Unfallchirurgie | 5 | - | 5 |
| Endokrinologie | 1 | - | 1 |
| Gastroenterologie | 7 | - | 7 |
| Hämatologie und Internistische Onkologie | 3 | - | 3 |
| Kinder-Hämatologie und -Onkologie | 4 | - | 4 |
| Kardiologie | 9 | - | 9 |
| Nephrologie | 4 | - | 4 |
| Pneumologie | 2 | - | 2 |
| Kinderkardiologie | 3 | - | 3 |
| Neonatologie | 2 | - | 2 |
| Neuropädiatrie | 9 | - | 9 |
| Neuroradiologie | 3 | - | 3 |
| Forensische Psychiatrie | 4 | - | 4 |
| GESAMT | 59 | - | 59 |

Tabelle 3: Im Jahre 2005 durchgeführte Prüfungen in Bereichen / Zusatz-Weiterbildungen

| BEREICH | bestanden | nicht bestanden | Gesamt |
|--|-----------|-----------------|--------|
| Akupunktur | 8 | - | 8 |
| Allergologie | 14 | - | 14 |
| Andrologie | 4 | - | 4 |
| Ärztliches Qualitätsmanagement | 2 | - | 2 |
| Diabetologie | 2 | 1 | 3 |
| Flugmedizin | 1 | - | 1 |
| Geriatric | 1 | - | 1 |
| Hämostaseologie | 5 | - | 5 |
| Handchirurgie | 4 | - | 4 |
| Homöopathie | 7 | - | 7 |
| Kinder-Endokrinologie und Diabetologie | 6 | - | 6 |
| Kinder-Nephrologie | 3 | - | 3 |
| Kinder-Rheumatologie | 2 | - | 2 |
| Magnetresonanztomographie - fachgebunden | 1 | - | 1 |
| Manuelle Medizin/ Chirotherapie | 9 | 1 | 10 |
| Notfallmedizin | 1 | - | 1 |
| Naturheilverfahren | 5 | 2 | 7 |

| | | | |
|-----------------------------------|------------|----------|------------|
| Palliativmedizin | 8 | - | 8 |
| Phlebologie | 1 | - | 1 |
| Physikalische Therapie | 3 | - | 3 |
| Plast. Operationen | 6 | - | 6 |
| Proktologie | 7 | - | 7 |
| Psychoanalyse | 1 | - | 1 |
| Psychotherapie | 6 | - | 6 |
| Rettungsmedizin | 52 | 4 | 56 |
| Schlafmedizin | 5 | - | 5 |
| Stimm- und Sprachstörungen | 1 | - | 1 |
| Spezielle Schmerztherapie | 5 | - | 5 |
| Sportmedizin | 4 | - | 4 |
| Sozialmedizin | 12 | - | 12 |
| Suchtmedizinische Grundversorgung | 2 | - | 2 |
| GESAMT | 188 | 8 | 196 |

Tabelle 4: Im Jahre 2005 durchgeführte Prüfungen für die Speziellen Weiterbildungen

| Spezielle Weiterbildungen | bestanden | nicht bestanden | GESAMT |
|---|------------------|------------------------|---------------|
| Klinische Geriatrie (Innere Medizin) | 2 | - | 2 |
| Klinische Geriatrie (Psychiatrie u. Psychotherapie) | - | 1 | 1 |
| Spez. Anästhesiol. Intensivmed. | 10 | - | 10 |
| Spez. Geburtshilfe u. Perinatalmed. | 2 | - | 2 |
| Spez. HNO-Chirurgie | 1 | - | 1 |
| Spezielle Molekularpathologie | 1 | - | 1 |
| Spez. Neurologische Intensivmedizin | 4 | - | 4 |
| Spez. Operative Gynäkologie | 1 | - | 1 |
| Spez. Pädiatrische Intensivmedizin | 1 | - | 1 |
| Spez. Urologische Chirurgie | 2 | - | 2 |
| GESAMT | 24 | 1 | 25 |

Tabelle 5: 2004 durchgeführte Prüfungen für die Fachkunden

| Spezielle Weiterbildungen | bestanden | nicht be- standen | GESAMT |
|---|------------------|------------------------------|---------------|
| Fachkunde Ärztliches Qualitätsmanagement | 3 | - | 3 |
| Fachkunde Suchtmedizinische Grundversorgung | 7 | - | 7 |
| GESAMT | 10 | - | 10 |

Ärztliche Fortbildung

Die Fortbildungsakademie organisiert weiterhin mit acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (bei insgesamt sechs Vollzeitstellen) hauptsächlich das Vortrags- und Seminarprogramm der Ärztekammer nach entsprechenden Vorgaben der Fortbildungsausschüsse und des Vorstandes. Neben diesen Aufgaben ist die Akademie für die Anerkennung und Punktbewertung von Veranstaltungen Dritter im Rahmen der gesetzlichen Fortbildungsverpflichtung für die Ärzteschaft zuständig. Die weiterhin zunehmenden Anträge auf Anerkennung von Fortbildungsveranstaltungen können bei gleich bleibender Personalstärke nur mithilfe einer neuen Software bewältigt werden. Da entsprechende Produkte auf dem freien Markt nicht verfügbar sind, wurde Mitte 2005 die Entwicklung einer umfassenden Softwarelösung in enger Zusammenarbeit mit der IT-Abteilung beschlossen. Erste Module, wie eine neue Veranstaltungsverwaltung und elektronische Punktekonten für die Kammermitglieder, sind längst erfolgreich im Einsatz, ein Internetportal und weitere Automatisierungen sind bereits in Vorbereitung.

Die Fortbildungsakademie führt seit Jahren die Geschäfte für die APH (Arbeitsgemeinschaft für integrative Psychoanalyse, Psychotherapie & Psychosomatik Hamburg e.V.), die in Kooperation mit der Ärztekammer Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen in der Psychotherapie anbietet. In 2005 ist die Geschäftsführung für die HFH (Hausärztliche Fortbildung Hamburg) dazugekommen. Die Kernkompetenz der Fortbildungsakademie im Veranstaltungsmanagement konnte auf diese Weise erfolgreich auch als Dienstleistung für Dritte angeboten werden.

Es ist geplant, in der Fortbildungsakademie ein Qualitätsmanagementsystem einzuführen. Als eine der Abteilungen der Ärztekammer Hamburg mit den meisten "Kundenkontakten" soll die Ausrichtung auf die Ansprüche und Bedürfnisse der Kammermitglieder noch mehr fokussiert werden.

Fortbildungsausschuss

Im Berichtsjahr gehörten dem Ausschuss 26 ehrenamtliche Ärztinnen und Ärzte als Mitglieder an, die von der Kammerversammlung gewählt wurden:

Dr. Hanno Scherf (1. Vorsitzender)
 Dr. Dirk Heinrich (2. Vorsitzender)
 Prof. Dr. Christian Arning

Dr. Gerd Bandomer
Dr. Detlef Bartelt
Dr. Christa Becker- Weißkamp
Prof. Dr. Martin Carstensen
Günther van Dyk
Dr. Friedrich Flohr
Dr. Hans Joachim Funke
Dr. Hans Victor Grüber
Dr. Antje Haag
Dr. Adib Harb
Dr. Hannelore Heuchert
Prof. Dr. Winfried Kahlke
Dr. Carlos Keller
Dr. Christina Kühler-Obarius
Prof. Dr. Jochen Kußmann
Dr. Ulrich Müllerleile
Prof. Dr. Andreas Raedler
Dr. Hans Ramm
Dr. André Rensch
Dr. Arnold Rimpau
Dr. Bruno Schmolke
Prof. Dr. Hans-Joachim Seitz
Dr. Rita Trettin

Fortbildungsverpflichtung gemäß Sozialgesetzbuch

Mit Inkrafttreten der Novelle des Sozialgesetzbuches Anfang 2004 verpflichtet der Gesetzgeber Vertragsärzte gemäß § 95 d und Fachärzte im Krankenhaus nach § 137 SGB V zur Fortbildung, deren Nachweis alle fünf Jahre zu erbringen ist. Bei Nichterfüllung drohen den Vertragsärzten Sanktionen in Form von Kürzungen des Honorars aus der Vergütung vertragsärztlicher Tätigkeit.

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat im Dezember 2005 nunmehr auch eine "Vereinbarung zur Fortbildung der Fachärzte im Krankenhaus" herausgegeben. Abweichend von den Regelungen für Vertragsärzte sind Fachärzte im Krankenhaus gehalten, 150 der 250 Fortbildungspunkte in fünf Jahren „fachspezifisch“ zu erwerben. Die entsprechende Bestätigung soll durch die Ärztlichen Direktoren der Krankenhäuser erfolgen.

Alle relevanten Bestimmungen, wie Fortbildungsordnung (FBO) oder Gesetzestexte sind im Wortlaut über das Internet unter www.aerztekammer-hamburg.de abrufbar. Ebenso Merkblätter und Formulare für Veranstalter von Fortbildungsmaßnahmen und für die Beantragung des Fortbildungszertifikates durch Kammermitglieder, die unter anderem auf Ergebnissen entsprechender Arbeitsgruppen bei der Bundesärztekammer basieren.

Im Herbst 2005 wurden bundesweit durch die Landesärztekammern Fortbildungsausweise an ihre Mitglieder ausgegeben. Diese enthalten die so genannte "Einheitliche Fortbildungsnummer" (EFN) mit der - im Zusammenspiel mit einer ebenfalls einheitlichen Veranstaltungsverwaltung - über einen zentralen Server bei der Bundesärztekammer die flächendeckende elektronische Erfassung des Besuchs von Fortbildungsveranstaltungen in Deutschland möglich wird.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Antragszahlen zur Anerkennung von Fortbildungsveranstaltungen.

| Antragszahlen zur Anerkennung von Fortbildungsveranstaltungen | 2003 | 2004 | 2005 |
|--|-------------|-------------|-------------|
| Anerkannt | 559 | 1129 | 1564 |
| Abgelehnt | 76 | 69 | 46 |
| Anträge insgesamt | 635 | 1198 | 1610 |

Die Anzahl der Ablehnungen und Widersprüche hat weiter abgenommen, da die Bewertungskriterien angesichts der Fortbildungsverpflichtung und Erhöhung der Punktzahl gelockert wurden (Widersprüche in 2003: 22, in 2005: 12).

Kurse und Seminare

| Veranstaltungsjahr | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 |
|---------------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Kurse und Seminare | 129 | 147 | 140 | 129 | 112 | 133 | 120 |
| Teilnehmerzahl | 2.836 | 2.881 | 2.664 | 2.467 | 2.240 | 2.409 | 2.156 |

Schulungen im Rahmen der Disease-Management-Programme (DMP)

In den Anlagen zu den DMP-Verträgen ist der Besuch von entsprechenden Fortbildungsveranstaltungen für die teilnehmenden Ärztinnen und Ärzte vorgesehen. Diese werden als Serviceleistung für die KV mit vom Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland (ZI) geschulten Referenten von der Fortbildungsakademie der Ärztekammer Hamburg angeboten.

DMP Diabetes

Im Berichtsjahr wurden zwölf Schulungen für den Themenbereich Diabetes Typ II durchgeführt:

- drei 19-stündige Seminare „Schulung nicht insulinpflichtiger Patienten“
- drei 19-stündige Seminare „Schulung insulinpflichtiger Patienten“
- sechs 15-stündige Seminare „Hypertonieschulung“

Die Seminare werden von Ärzten und Arzthelferinnen bzw. Diätassistentinnen oder Ernährungsberaterinnen besucht, die im praktischen Teil von Lehrverhaltenstrainerinnen in Form von Rollenspielen in kleinen Gruppen geschult werden. Die Seminare wurden von insgesamt 215 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht.

DMP Brustkrebs

Zum Thema Brustkrebs wurde das im Dezember 2004 gestartete Angebot von umfassenden, achtstündigen Fortbildungen in 2005 durch zwei weitere Veranstaltungen komplettiert, sodass weit über 200 Kolleginnen und Kollegen den im

Vertrag geforderten inhaltlichen Fortbildungsumfang problemlos absolvieren konnten. Die letzten Veranstaltungen wurden auch von Ärzten aus Bremen und Schleswig-Holstein besucht. Das Programm wurde von insgesamt 20 überwiegend Hamburger Expertinnen und Experten gestaltet, die auf Honorarzahungen verzichtet hatten. So war es möglich diese Veranstaltungen für eine sehr geringe Teilnahmegebühr anzubieten.

DMP Koronare Herzkrankheit

Entsprechende Veranstaltungen werden in 2006 angeboten.

Vortragsveranstaltungen

| Teilnehmerzahlen in den Veranstaltungen in | 2003 | 2004 | 2005 |
|--|--------------|--------------|--------------|
| Ärztlicher Verein | 1.103 | 1.393 | 778 |
| Biologisch-Naturwissenschaftliche Sektion | 126 | 477 | 279 |
| Sonderveranstaltungen | 610 | 829 | 732 |
| Gesamt | 2.145 | 2.863 | 1.789 |

Übersicht der Gesamtnutzung des Fortbildungsangebotes der Fortbildungsakademie 2005

| Veranstaltungen | Anzahl der Veranstaltungen | Anzahl der Teilnehmer |
|---|----------------------------|-----------------------|
| Vortragsveranstaltungen für Ärzte | 24 | 1.789 |
| Kurse und Seminare für Ärzte | 120 | 2.156 |
| Fortbildungsveranstaltungen für Arzthelferinnen | 61 | 1.088 |
| Gesamt | 205 | 5.033 |

Hausärztliche Fortbildung Hamburg, HFH

In gemeinsamer Initiative haben das Institut für Allgemeinmedizin am Universitätsklinikum Eppendorf, der Hausärzterverband Hamburg, der Verein Hausärztlicher Internisten Hamburg, die Gesellschaft für Allgemeinmedizin und Familienmedizin sowie die Fortbildungsakademie der Ärztekammer ein neues Fortbildungscurriculum für Hausärzte entwickelt.

Ziel war es, den Hamburger Hausärzten ein unabhängiges und evidenzbasiertes, aufeinander abgestimmtes, von Hausärzten organisiertes, für alle Hausärzte erreichbares und bezahlbares Fortbildungsprogramm über 5 Jahre anzubieten, das auf die hausärztliche Arbeitsweise zugeschnitten ist und moderne didaktische Verfahren anwendet. Die Geschäftsführung obliegt der Fortbildungsakademie. Besonderheit ist ein so genanntes Abonnementssystem, mit dem die regelmäßige Teilnahme nicht nur gesichert, sondern auch preislich attraktiv ist. An den ersten fünf Veranstaltungen zu den Themenschwerpunkten „Geriatric, COPD, KHK,

Schlaganfall und Antibiotikatherapie“ haben über 800 Ärztinnen und Ärzte teilgenommen.

Ärzteverzeichnis

Das Ärzteverzeichnis ist die Anlaufstelle für Ärztinnen und Ärzte, die sich bei der Ärztekammer an-, um- oder abmelden. Dort erhalten die Mitglieder vielfältige Informationen und Auskünfte zu allen Bereichen des Meldewesens.

Die Anmeldung bei der Ärztekammer kann schriftlich oder persönlich erfolgen. Zu den Anmeldeformalitäten gehören das Ausfüllen eines Meldebogens und die Vorlage der Originalurkunden sowie eines Ausweises. Bei einer Erst-Anmeldung erfolgt dies in der Regel persönlich. Wird bereits bei einer anderen Ärztekammer eine Meldeakte geführt, werden die Unterlagen dort angefordert, so dass auch eine schriftliche Anmeldung üblich ist. Die persönlichen und beruflichen Daten eines jeden Mitgliedes werden elektronisch erfasst und für die ärztlichen Urkunden und Meldebögen eine Meldeakte angelegt. Wechselt ein Mitglied in einen anderen Kammerbereich, wird die Meldeakte an die zuständige Ärztekammer weitergeleitet.

Im Jahre 2005 haben sich bei der Ärztekammer Hamburg 815 Ärztinnen und Ärzte angemeldet und 766 abgemeldet. Die hauptsächliche Aufgabe des Ärzteverzeichnisses besteht in der Verwaltung des gesamten Datenbestandes, auf den auch andere Abteilungen der Ärztekammer Zugriff haben. Damit die aktuellen Daten eingepflegt werden können, sind die Mitarbeiterinnen auf die Informationen ihrer Mitglieder angewiesen. Da dies häufig versäumt wird, sind Nachforschungen und umfangreiche Schriftwechsel erforderlich. Die Mitteilung über die Veränderung der persönlichen oder beruflichen Daten kann telefonisch, schriftlich oder per Email erfolgen. Jedes Mitglied erhält auf Wunsch einen Arztausweis, der internationale Gültigkeit besitzt. In erster Linie handelt es sich hierbei um einen Mitgliedsausweis. Bis zum 31.12.2005 konnten damit aber auch Medikamente in den Apotheken erworben werden. In 2005 wurde der bundesweit gültige Fortbildungsausweis eingeführt. Auch dieser wird im Ärzteverzeichnis ausgestellt. Für Mitglieder werden im Ärzteverzeichnis als weiterer Service Urkunden auf Wunsch beglaubigt und so genannte „certificates of good standing“ beispielsweise für berufliche Tätigkeiten im Ausland ausgestellt. Die Veröffentlichungen im Hamburger Ärzteblatt in der Rubrik „Persönliches“ (Geburtstage, Traueranzeigen, Verlust von Arztausweisen) gehören ebenfalls zum Aufgabenbereich des Ärzteverzeichnisses. Des Weiteren werden die Sitzungen der Kammerversammlung in Zusammenarbeit mit dem Kaufmännischen Geschäftsführer von den Mitarbeiterinnen vorbereitet und betreut.

Der Ausschuss „Arbeitsmedizin“ und der Arbeitskreis „Hepatitis C“ werden ebenfalls von den Mitarbeiterinnen des Ärzteverzeichnisses betreut.

Die Mitarbeiterinnen sind auch – wie in jedem Jahr - mit dem Hanseatischen Werbekontor an den Vorarbeiten für die Auflage des Handbuches für das Gesundheitswesen 2005 beteiligt gewesen.

Referat Berufsordnung und Beschwerdestelle

Das Referat Berufsordnung befasst sich mit schriftlichen und mündlichen Anfragen von Mitgliedern der Ärztekammer Hamburg und anderen Personen, wie z.B. Arbeitgebern und Patienten, zu berufsrechtlichen Fragestellungen und bearbeitet schriftliche Beschwerden mit berufsrechtlichem Inhalt.

Im Berichtszeitraum wurden in diesem Referat 677 (2004 = 688) schriftliche Beschwerden über Hamburger Ärzte eingereicht. Von den 638 im Berichtszeitraum abgeschlossenen Beschwerden mit berufsrechtlichem Inhalt betrafen 80 % den niedergelassenen Bereich, 13 % im Krankenhaus tätige Ärzte, rund 3 % Ärzte im Notfalldienst sowie 2 % angestellte Ärzte in öffentlichen Einrichtungen und knapp 2 % Ärzte in sonstigen Einrichtungen.

Die schriftlichen Beschwerden betreffen den Vorwurf einer fehlerhaften Behandlung (219 Fälle) oder andere berufsrechtliche Inhalte. Daneben enthält die Gesamtzahl der schriftlichen Beschwerden 112 (2004 = 79) Fälle, die den Vorwurf einer verzögerten Erstellung von Befundberichten und Gutachten für das Sozialgericht, Versorgungsamt oder andere Einrichtungen zum Inhalt hatten. Hier ergab sich eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr.

Patientenbeschwerden über ärztliche Liquidationen sind hierin nicht enthalten. Diese werden vom Referat Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) bearbeitet.

Zusätzlich wurden 117 (2004 = 270) schriftliche und ca. 2800 telefonische Anfragen mit berufsrechtlichem Inhalt beantwortet. Allgemein handelt es sich sowohl um Anfragen von Kammermitgliedern als auch von Patienten, von denen einige persönlich in der Geschäftsstelle erschienen, um sich beraten zu lassen.

Ergebnis der 2005 abgeschlossenen Beschwerden

Im Berichtszeitraum wurden Beschwerden 638 (2004 = 520) abschließend bearbeitet, davon 53 Beschwerden aus vorausgegangenen Jahren.

Sachverhalte der Beschwerden

Den Ärzten wurden in den im Berichtszeitraum abgeschlossenen Beschwerden folgende Vorwürfe gemacht (Mehrfachnennungen möglich):

| | 2005 (2004) |
|---|--------------------|
| Mangelnde ärztliche Sorgfalt | 26,1 % (25,3 %) |
| Nichterstellung / nicht rechtzeitige Erstellung eines Befundberichtes oder Gutachtens | 13,3 % (14,5%)* |
| unfreundlicher Umgang mit Patienten | 13,1 % (17,0 %) |
| Nichtherausgabe von Patientenunterlagen | 6,4 % (4,4 %) |
| Ablehnung der Behandlung | 5,8 % (7,2 %) |
| Aufklärungsmangel | 5,8 % (4,4 %) |

| | |
|---|---------------|
| Eigene Interessen über das Patientenwohl stellen | 3,8 % (3,1 %) |
| Ärztliche (AU-) Bescheinigung oder Gutachten nicht sorgfältig | 2,9 % (8,2 %) |
| Nichtversorgung eines Notfalls | 2,4 % (1,9 %) |
| Verstoß gegen das Werbeverbot | 2,4 % (4,0 %) |
| Verweigerung von Kassenleistungen und unzulässige Privatliquidation | 2,4 % (2,5 %) |
| Verstoß gegen Kollegialitätsgebot | 2,0 % (1,8 %) |
| Verstoß gegen ärztliche Schweigepflicht | 1,9 % (1,2 %) |
| Dokumentationsmangel | 1,5 % (1,8 %) |
| Zu lange Wartezeit | 1,3 % (1,0 %) |
| Benachteiligung wegen Krankenkassen-Zugehörigkeit | 0,6 % (3,2 %) |
| leichtfertige Verordnung von Medikamenten | 0,6 % (0,9 %) |
| Sexueller Übergriff | 0,5 % (0,4 %) |
| Unzulässiger Verkauf von Waren und Gegenständen | 0,5 % (1,1 %) |
| Verweisung an bestimmte Anbieter von Gesundheitsleistungen | 0,4 % (0,7 %) |
| Sonstiges | 6,2 % (6,3 %) |

* Befundberichts-anforderungen wurden im Jahr 2004 teilweise nicht in die Auswertung der Beschwerdegründe mit aufgenommen. Bei nachträglicher Berücksichtigung der getrennt erfassten Anforderung von Befundberichten ergibt sich für diese Rubrik ein ähnlicher prozentualer Anteil wie im Jahr 2005.

Ermittlungsergebnis

Das Ermittlungsergebnis der in 2005 abgeschlossenen Beschwerden ist aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich:

Anzahl der abgeschlossenen Beschwerden (n= 638) (2004: n=520)

Beurteilung der Ärztekammer:

153 (24,0 %) Beschwerden waren begründet (2004: 103 (19,7%));

44 (6,9 %) Beschwerden teilweise begründet (2004: 61 (11,6 %));

299 (46,9%) Beschwerden waren nicht begründet (2004: 247 (49 %))

142 (22,3%) Beschwerden waren wegen widersprüchlicher Angaben nicht abschließend zu klären (2004: 103 (19,7%)).

Beratung durch den Vorstand der Ärztekammer

Der Vorstand befasste sich mit 74 (2004: 68) Einzelbeschwerden über Hamburger Ärzte und gelangte nach Beratung zu folgenden Ergebnissen:

| Anzahl der Beschwerden Gesamt: 74 (2004: 68) | Beratungsergebnis des Vorstandes |
|---|---|
| 13 (2004: 19) | wurden als nicht begründet angesehen |
| 28 (2004: 21) | wurden als begründet angesehen und eine schriftliche Ermahnung beschlossen |
| 9 (2004: 7) | wurden als teilweise begründet angesehen oder konnten nicht abschließend geklärt werden |
| 3 (2004: 6) | führten zu einem persönlichen Gespräch mit dem Präsidenten oder einem anderen Vertreter der Ärztekammer Hamburg |
| 3 (2004: nicht ermittelt) | führten zu einer Strafanzeige |
| 18 (2004: 15) | führten zur Einleitung berufsgerichtlicher Vorermittlungen |

Berufsrechtliche Überprüfung nach Abschluss eines Strafverfahrens

Erfährt die Ärztekammer nach der Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen von einer strafrechtlichen Verfehlung eines ihrer Mitglieder, wird nach Rechtskraftenerlangung des gerichtlichen Urteils in jedem Einzelfall durch die Ärztekammer geprüft, ob ein so genannter berufsrechtlicher Überhang vorliegt. Wird ein solcher bejaht, können berufsgerichtliche Vorermittlungen eingeleitet und es kann ggf. ein Berufungsgerichtsverfahren beantragt werden. Im Berichtsjahr gingen 20 (2004: 26) Mitteilungen in Strafsachen ein. Eine abschließende Bearbeitung erfolgte nach Abschluss des Strafverfahrens in 19 Fällen (2004: 15). Davon wurden 7 Überprüfungen aus den Vorjahren vorgenommen. In 14 Fällen wurde kein berufsrechtlicher Überhang festgestellt. In 5 Fällen wurde ein berufsrechtlicher Überhang bejaht und es wurden berufsgerichtliche Vorermittlungen eingeleitet.

Bericht des Ombudsmannes

Die Funktion des Ombudsmannes übte im Berichtsjahr Herr Dr. Beelmann, Geschäftsführender Arzt der Ärztekammer Hamburg, aus. Im Berichtsjahr wurde der Ombudsmann vorwiegend zu arbeitsrechtlichen Fragen kontaktiert. Die Probleme erforderten keine aufwändigen Schlichtungsaktivitäten, sondern ließen sich durch Informationen und Gespräche lösen.

Gebührenordnung für Ärzte

Im Berichtsjahr wurden 311 schriftliche Anfragen zur Anwendung der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) an die Ärztekammer Hamburg gerichtet. Bei den Anfragenden handelt es sich um solche von privaten Krankenversicherungen, Beihilfestellen der Länder sowie von Patienten. Zunehmend werden auch Anfragen direkt von Ärzten gestellt, da die privaten Krankenversicherungen oder Beihilfestellen die Rechnungsstellungen nicht akzeptieren. Die meisten Anfragen bezogen sich darauf,

- ob in der GOÄ nicht aufgeführte Leistungen adäquat analog bewertet wurden,
- bestimmte Leistungsziffern nebeneinander berechnungsfähig sind,
- bei Überschreiten der Regelspanne die schriftliche Begründung ausreicht, und
- berechnete Leistungsziffern tatsächlich auch erbracht wurden und/oder medizinisch indiziert waren,
- schwierige Operationen oder so genannte „Außenseitermethoden“ korrekt abgerechnet wurden,
- dass bei GKV-Patienten Privatliquidationen erstellt wurden, ohne das vor Behandlungsbeginn mit dem Patienten ein schriftlicher privatärztlicher Behandlungsvertrag geschlossen wurde.

In 25 Fällen wurden nicht nur wie üblich Stellungnahmen der betroffenen Ärzte erbeten und die Behandlungsunterlagen angefordert, sondern sachverständige Ärzte um eine fachliche Beurteilung gebeten sowie externe Gutachten angefordert.

In einer Vielzahl telefonischer Anfragen von Ärzten, Arzthelferinnen und Patienten wurde darüber hinaus Auskunft zu allen Bereichen der GOÄ erbeten. Teilweise wird die GOÄ-Abteilung auch persönlich von Mitgliedern der Ärztekammer und Patienten aufgesucht, um im persönlichen Gespräch GOÄ-Probleme zu lösen und Fragen zu beantworten.

Ärztliche Stelle Röntgenverordnung - Geschäftsbereich Ärztekammer

Die Einrichtung der Ärztlichen Stelle basiert auf der neuen Vereinbarung, die am 1.7.04 gemäß der Röntgenverordnung (§ 17 a) und der Strahlenschutzverordnung (§ 83) zwischen der Ärztekammer Hamburg, der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg und der Behörde für Wissenschaft und Gesundheit (BWG) geschlossen wurde.

Die Geschäfte der Ärztlichen Stelle werden für niedergelassene Kassenärzte, die Strahlen anwenden, bei der KVH geführt. Die Ärztekammer ist zuständig für Krankenhäuser, Behörden, Firmen und Ärzte, die privatärztlich Strahlen anwenden.

Die Ärztliche Stelle/Ärztekammer finanziert sich aus Gebühren. Für den Bereich Röntgendiagnostik wird eine Jahrespauschalgebühr von 200,- Euro pro Strahler

erhoben. Für den Bereich Nuklearmedizin wurde erstmals in 2005 Gebühren erhoben. Die Jahrespauschalgebühr orientiert sich hier nach der Größe der Einrichtung incl. der Anwendung und liegt im Rahmen von 500,- Euro bis 3.500,- Euro. Für den Bereich Strahlentherapie ist eine Gebührenerhebung ab 2006 vorgesehen.

Die Geschäftsstelle der Ärztlichen Stelle / Ärztekammer befindet sich im Lerchenfeld 14 unter einem Dach mit der Fortbildungsakademie. Eine MTA erledigt alle anfallenden Tätigkeiten (Organisation, Vorbereitung von Prüfsitzungen, Mitgliederbetreuung, Verwaltung etc.). Die Ärztliche Stelle ist in die Abteilung Qualitätssicherung integriert.

Auf Grund von vielen Neuerungen, die sich in Folge der neuen Verordnungen und Richtlinien ergeben haben, war auch in diesem Jahr der Verwaltungs- und Organisationsaufwand deutlich erhöht. Da die Ärztliche Stelle / Ärztekammer derzeit die Geschäfte der gemeinsamen Ärztlichen Stelle führt, wurde je eine Sitzung Radiologische Diagnostik, Nuklearmedizin und Strahlentherapie mit jeweils allen Mitgliedern der Ärztlichen Stelle (von ÄK und KV) organisiert und gestaltet. Für den Bereich Strahlentherapie ergab sich ein erhöhter Aufwand. Hier sind noch ergänzende Abstimmungsprozesse erforderlich und vorgesehen.

Aufgabe der Ärztlichen Stelle ist es, Patientenuntersuchungen und Patientenbehandlungen incl. Unterlagen über die technischen Einrichtungen zu prüfen und ggf. dem Strahlenschutzverantwortlichen und den anwendenden Ärzten Vorschläge zur Verringerung der Strahlenexposition zu machen.

An das Bundesamt für Strahlenschutz müssen die Dosiswerte und die Aktivitätswerte von den diagnostischen Untersuchungen übermittelt werden. Diese Werte sollen für die zukünftige Neufestlegung von Referenzwerten genutzt werden.

Die Tätigkeit der Ärztlichen Stelle richtet sich nach den Vorgaben der Richtlinie "Ärztliche und zahnärztliche Stellen" v. 6.11.03.

Bestandssituation

| Bereich | Betreiber | |
|-------------------|-----------|-----------------------|
| Röntgendiagnostik | 54 | 488 Strahler |
| Röntgentherapie | 1 | 2 Geräte |
| Nuklearmedizin | 7 | 21 Gammakameraköpfe |
| Strahlentherapie | 3 | 7 Linearbeschleuniger |

Prüfungen im Bereich Röntgendiagnostik

Im Berichtsjahr fanden in der Ärztlichen Stelle 4 Sitzungen zur Qualitätsüberprüfung statt (s. Tabelle). Ergänzende Überprüfungen beim Betreiber vor Ort fanden 3 Mal statt. Es zeigten sich Schwierigkeiten in verschiedenen Bereichen, die einen erhöhten Arbeitsaufwand erforderten. Das Fehlen von einzelnen Richtlinien bzw. Änderungen sowie Ergänzungen einzelner Richtlinien führte verschiedentlich zu Unübersichtlichkeit und erschwerte die Arbeit sowohl in der Ärztlichen

Stelle als auch beim Betreiber. Einzelne Betreiber mussten mehrfach an die Vorlage von Unterlagen erinnert werden. Bei einem großen Krankenhaus konnte die Qualitätsprüfung nicht zum Abschluss gebracht werden, da die Vorlage der Patientenuntersuchungen bisher offen blieb.

Weiterhin zunehmend ergeben sich – auch auf Grund neuer Versorgungsformen - Überschneidungen zwischen ÄK u. KV. Die Klärung der Zuständigkeit für die Überprüfung musste abgestimmt werden. In der Klärungsphase ist auch die Zuständigkeit für die Qualitätsprüfungen "digitale Mammographie".

Gesamtübersicht über die Geräteprüfungen

| Betreiber | Strahler | Entwicklung | Bilddok.Sys. | Monitor |
|-----------|----------|-------------|--------------|---------|
| 33 | 54 | 12 | 9 | 8 |

Die rechtfertigende Indikation zur Untersuchung war in den meisten Fällen aus den vorgelegten Unterlagen ablesbar. Es zeigten sich hier auch Verbesserungen in der Dokumentation der rechtfertigenden Indikation. Die Bildqualität war überwiegend befriedigend bis gut. Grundsätzliche Fragen, z.B. zu Behandlungen ESWL, Weitergabe von Röntgenuntersuchungen mittels CDROM, konnten - unter Einbezug verschiedener Fachgremien - einer Klärung zugeführt werden. Erhebliche Probleme wurden bei der Dosisbewertung/-berechnung offenbar. Die vorgelegten Werte waren oftmals nicht nachvollziehbar. Einige Male wurde die Empfehlung zu einer Schulung ausgesprochen. Insbesondere war auch Nachvollziehbarkeit der Dosiserfassung bei den digital gefertigten Untersuchungen nicht immer gegeben. In den Klärungsprozess waren auch einzelne Firmen mit eingebunden. Unklare Dosiswerte waren mit ein Grund, Arbeitsanweisungen abzufragen. Des Öfteren zeigten sich hier Verbesserungsmöglichkeiten. Diskussionspunkt war das Verfahren „Teleradiologie“, dass in Hamburg auch in 2005 nicht angewendet/genehmigt wurde. Zum Teil wurde Teleconsulting durchgeführt.

Geräteprüfungen: Überwiegend ist in den Häusern die Qualitätssicherung gut organisiert. Der Bezug der Qualitätssicherung zum Patientenbetrieb ist aber nach wie vor weiter verbesserungsfähig. Dies fällt insbesondere auf, wenn die Qualitätssicherung nicht selbst von der Röntgenabteilung durchgeführt wird. Prüfungen, die Firmentechniker fertigen, wurden mehrfach beanstandet. Überwiegend setzten die Betreiber die schriftlichen Empfehlungen der Ärztlichen Stelle um. Auch das Beratungsangebot wurde häufig in Anspruch genommen. Meldung an die Aufsichtsbehörde: Vereinzelt war die Aufsichtsbehörde in Klärungsprozesse involviert.

Allgemein: Anfragen und auch Beschwerden, z.B. zu § 28 RöVO (Aufzeichnungen), hier insbesondere die Pflicht zur Weitergabe von Röntgenbildern oder Fragen, die im Zusammenhang mit der Applikation von Kontrastmittel stehen, waren zu bearbeiten.

Prüfungen im Bereich Nuklearmedizin

Im Berichtsjahr fanden in der Ärztlichen Stelle 3 Sitzungen zur Qualitätsüberprüfung statt (s. Tabelle).

Gesamt gesehen wurde jetzt bei allen Betreibern der Diagnostikbetrieb einmal geprüft. Nur bei einem Betreiber ist die Prüfung noch nicht abgeschlossen. Für 2006 ist die Prüfung "Therapie" vorgesehen.

Gesamtübersicht über die Geräteprüfungen

| Betreiber | Gammakamera | Aktivimeter | Meßplatz |
|-----------|-------------|-------------|----------|
| 6 | 7 | 4 | 9 |

Die Dokumentation der rechtfertigenden Indikation war verschiedentlich verbesserungsfähig. Die Bildqualität war überwiegend befriedigend. Bei einem Betreiber wurde ein Gerätedefekt an der Gammakamera vermutet. Die Aktivitätswerte wurden mit den Referenzwerten des Bundesamtes für Strahlenschutz abgeglichen. Wiederum wurde diskutiert, wie mit den Referenzwerten umzugehen ist und in wie weit die vorgegebenen Optimalwerte vernünftig und anwendbar sind. Die technische Qualitätssicherung war teils schwer nachvollziehbar. Der Prüfungsvorgang war nicht ausreichend dokumentiert; eine Bewertung der Ergebnisse war dadurch erschwert oder primär nicht möglich. Zur Unterstützung des Betreibers wurden daher Konstanzformulare zur Verfügung gestellt, die gut angenommen wurden. Eine Fortbildungsveranstaltung wurde angeregt und unterstützt. Bei den Nachprüfungen zeigte sich, dass Verbesserungsvorschläge umgehend umgesetzt, bzw. eingeleitet worden waren. Dies betrifft ergänzende Verbesserungen im Patientenbetrieb sowie auch die Dokumentation der Qualitätssicherung.

Meldung an die Aufsichtsbehörde: In einem Fall wurde bei einem Betreiber zur Klärung die Aufsichtsbehörde eingeschaltet.

Prüfungen im Bereich Strahlentherapie

Nach umfangreichen und auch schwierigen organisatorischen Vorbereitungen konnte im Berichtsjahr bei zwei Betreibern eine Qualitätsüberprüfung durchgeführt werden und erfolgreich zum Abschluss gebracht werden (s. Tabelle).

Die Prüfung erfolgte in zwei Abschnitten. Nach einer aufwändigen Patientenaktenprüfung in der Ärztlichen Stelle wurde bei den Betreibern ein ebenso aufwändiges Audit durchgeführt. Dabei wurden laufende Patientenakten geprüft und eine Abteilungsvisitation durchgeführt. Leitfaden und Prüfbasis ist ein konsensierter, auch überregional angewendeter Abfragekatalog. Die abschließenden Ergebnisse waren zufriedenstellend. Einzelne Optimierungsvorschläge wurden ausgesprochen und gut angenommen. Vorsitzender der Prüfkommision war ein externes Mitglied aus Schleswig-Holstein. Durch den Einbezug des externen Mitglieds, das im laufenden Jahr zusätzlich benannt werden konnte, wurde die Wahrung der Unabhängigkeit unterstützt. Die Prüfungsweise im Allgemeinen, insbesondere aber auch die Besetzung des Prüfungsgremiums war Diskussionsgegenstand mit der Ärztlichen Stelle / KV.

Gesamtübersicht über die Geräteprüfung Strahlentherapie (2 Prüfungen in der Ärztlichen Stelle und 2 Audits)

| Betreiber | Beschleuniger | Zubehör | Ergebnis |
|------------------|---------------|---------|----------|
| Prüfung/Audit: 2 | 7 | 12 | 2 x 1b |

Anmerkung zu: Spalte Zubehör: Hier sind die Geräte Entwicklungsmaschine, Bilddokumentationssystem, CT, Simulator, Gammamed, C-Bogen, die mit geprüft wurden, zusammengefasst aufgeführt. Spalte Ergebnis: Bei zwei Prüfungen wurden geringfügige Mängel festgestellt.

Überregional: Die Ärztliche Stelle Hamburg ist Mitglied der Zentralen Ärztlichen Stelle (ZÄS/ Zentraler Erfahrungsaustausch der Ärztlichen Stellen), die sich 1992 unter dem Dach von Bundesärztekammer und Kassenärztlicher Bundesvereinigung in Köln konstituierte. Es fanden im Berichtsjahr zwei Sitzungen dieses Gremiums statt. Die Zusammenkünfte dienen dem Informationsaustausch und zur Abstimmung der Arbeitsweise.

Mitglieder der Ärztlichen Stelle/ Ärztekammer:

1. Bereich Röntgendiagnostik

Prof. Dr. Hermann Vogel (Vorsitzender), Chefarzt, Radiologie, AK St. Georg

Prof. Dr. Otto Henning Wegener, Chefarzt, Radiologie, AK Altona

Prof. Dr. Gerhard Adam, Direktor, Abt. Rö. Diagnostik UKE

Dr. Renate Michalik-Himmelmann, Chefärztin, Radiologie, AK Eilbek

Stellvertreter:

Prof. Dr. Gerd Witte, Chefarzt, Radiologie, AK Wandsbek

Dr. Wolfhard Lege (ab 11/04), Chefarzt, Radiologie, Klinikum Nord

Dr. Anette Moldenhauer, Chefärztin, Radiologie, Berufsgenossenschaftliches Unfall-KH

Dr. Manfred Siemers, Chefarzt, Radiologie, Albertinen Krankenhaus

Dr. H. Denkhaus (ab 4/02), Chefarzt, Radiologie, Marien Krankenhaus

Prof. Dr. Walter Gross-Fengels (ab 4/02), Chefarzt, Radiologie, AK Harburg

2. Bereich Nuklearmedizin

Prof. Dr. B. Leisner (ab 11/04), Chefarzt Nuklearmedizin AK St. Georg

Stellvertreter

Prof. Dr. Malte Clausen (ab 11/04), Chefarzt Nuklearmedizin, UKE

3. Bereich Strahlentherapie

Prof. Dr. Winfried Alberti (ab 11/04), Chefarzt Strahlentherapie, UKE

Prof. Dr. Eckard Richter (ab 05), bis 05 Chefarzt Strahlentherapie (Lübeck), Externes Mitglied aus Schleswig-Holstein

Stellvertreter

PD Dr. Martin Busch (ab 11/04), Chefarzt Strahlentherapie AK St. Georg

PD Dr. A. Krüll (ab 11/04), Strahlentherapie, UKE

Prof. Dr. V. Rudat (ab 11/04), Strahlentherapie, UKE

4. Bereich Medizinphysikexperten

Prof. Dr. Rainer Schmidt (Bereich SSVÖ) (ab 11/04), Strahlentherapie, UKE

Stellvertreter:

Dr. Lister Strahlentherapie AK St. Georg (bis 10/05)

Dr. Buchert Nuklearmedizin UKE(ab 11/04)

Prof. Mester Nuklearmedizin UKE(ab 11/04)

Herr Hans Scheuerlein (Ingenieur Büro) Nuklearmedizin(ab 11/04)

Dr. rer. nat. H.D. Nagel (Fa. Philips) (RöVO)

Dr. rer. nat. Torsten Frenzel (Arzt, RöVO) (ab 05)

5. Vertreter der Behörde für Wissenschaft und Gesundheit (BWG)

Horst Engelhardt (Bereich RöVO), Amt für Arbeitsschutz

Frau Marita Schnatz-Büttgen (Bereich SSVÖ) (ab 11/04)

Ausbildung für Arzthelferinnen

Die Ärztekammer Hamburg ist nach dem Berufsbildungsgesetz die zuständige Stelle für die Ausbildung im Beruf Arzthelferin/Arzthelfer. Zur Koordination und Erledigung der in diesem Bereich anfallenden Arbeit ist in der Geschäftsstelle ein Referat "Arzthelfer/Innen-Ausbildung" eingerichtet.

Zu den vielfältigen Aufgaben dieses Referates gehört unter anderem die Beantwortung zahlreicher telefonischer, schriftlicher und persönlicher Anfragen zu verschiedenen ausbildungsrechtlichen und tarifrechtlichen Angelegenheiten. Für das Berichtsjahr 2005 sind folgende Arbeitsergebnisse besonders erwähnenswert:

Eintragung der Ausbildungsverhältnisse

2005 sind 296 neue Ausbildungsverträge in das Verzeichnis der Ärztekammer Hamburg eingetragen worden. Im Vorjahr waren es 252 Neueintragungen. Insgesamt bestanden am Jahresende 734 Ausbildungsverhältnisse gegenüber 782 Ende 2004. In 23 % der Fälle kam es im Laufe des Berichtsjahres zu Vertragslösungen.

Prüfungswesen

Im Laufe der Ausbildung ist die Zwischenprüfung und die Abschlussprüfung zu planen, durchzuführen und zu überwachen. Hierfür ist die intensive Zusammenarbeit mit der Staatlichen Schule Gesundheitspflege notwendig. Zuständiger Ausschuss für die Durchführung der Zwischen- und Abschlussprüfung ist der Prüfungsausschuss.

Im Prüfungsausschuss sind neben den von der Kammerversammlung gewählten Ärzten (Arbeitgebervertreter) in gleicher Anzahl Arzthelferinnen (Arbeitnehmer) sowie Lehrer der Staatlichen Schule Gesundheitspflege ehrenamtlich tätig. Folgende Ärztinnen und Ärzte waren im Berichtsjahr im Prüfungsausschuss tätig:

Dr. Rolf Baginski, Facharzt für Innere Medizin
Dr. Gerd Bandomer, Facharzt für Allgemeinmedizin
Dr. Karin Beckmann, Fachärztin für Innere Medizin
Dr. Götz Bandler, Praktischer Arzt
Prof. Dr. Folkert Bode, Facharzt für Innere Medizin
Dr. med. Jacqueline Christ, Fachärztin für Allgemeinmedizin
Dr. Ursula Diestel, Fachärztin für Allgemeinmedizin
Dr. Bernhard Dobrinski, Facharzt für Augenheilkunde
Dr. Christoph-Hayo Faerber, Facharzt für Innere Medizin
Dr. Eckbert Finsterwalder, Facharzt für Frauenheilkunde und Geburtshilfe
Dr. Dirk Heinrich, Facharzt für H-N-O-Heilkunde
Dr. Karin Jückstock, Fachärztin für Allgemeinmedizin
Dr. Ursula Kanzow, Fachärztin für Augenheilkunde
Dr. Bernd Leschhorn, Facharzt für Orthopädie
Dr. Ursula Linn, Fachärztin für Allgemeinmedizin
Dr. Jörg Marben, Facharzt für Allgemeinmedizin
Dr. Ekkehard Müller-Bergen, Facharzt für Orthopädie
Dr. Robert Osterloh, Facharzt für Innere Medizin
Dr. Klaus Peters, Facharzt für Frauenheilkunde und Geburtshilfe
Dr. Hans-Joachim Poetsch, Facharzt für Chirurgie
Dr. Elmar Schäfer, Facharzt für Chirurgie
Dr. Dieter Schulz, Facharzt für Innere Medizin
Herrn Joachim Simon-Schultz, Facharzt für Allgemeinmedizin
Dr. Wolfgang Spallek, Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten
Dr. Hans-H. Stöver-Ramien, Facharzt für Allgemeinmedizin
Dr. Bernd Stolley, Facharzt für Orthopädie
Dr. Regina Tönnis, Praktische Ärztin
Dr. Wolfgang Warther, Praktischer Arzt

Zu den Aufgaben dieses Ausschusses gehört es unter anderem die Prüfungsaufgaben für die schriftliche Zwischen- und Abschlussprüfung auszuwählen. Während die Zwischenprüfung als programmierte Prüfung durchgeführt wird, muss der Prüfungsausschuss die schriftlichen Ergebnisse der Abschlussprüfung selbst feststellen und vor allem die Prüfung im Fach "Praktische Übungen" abnehmen.

Die Durchführung dieses Prüfungsteiles erfordert einen erheblichen organisatorischen und zeitlichen Aufwand, da es sich um eine Einzelprüfung handelt, die je-

weils in einer Arztpraxis über maximal 45 Minuten vor einem drittelparitätisch besetzten Prüfungsausschuss (Arzt/Arzthelferin/Lehrer) abgehalten wird.

2005 wurden insgesamt 221 Zwischenprüfungen abgelegt und 294 Abschlussprüfungen für Auszubildende im Beruf der Arzthelferin abgenommen. Es sind insgesamt 7 Prüflinge bei der Abschlussprüfung durchgefallen. Dies entspricht einer Durchfallquote von 2,4 %.

Überwachung der Ausbildereignung

Die Ärztekammer Hamburg hat als zuständige Stelle für die Ausbildung von Arzthelferinnen neben der Registrierung der Ausbildungsverhältnisse und der Durchführung der vorgeschriebenen Prüfung außerdem die Aufgabe, über die persönliche und fachliche Eignung der ausbildenden Ärzte zu wachen und sicherzustellen, dass die Bestimmungen der Ausbildungsverordnung, des Jugendarbeitsschutzgesetzes und des Manteltarifvertrages eingehalten werden.

Außergerichtliche Einigung bei Streitigkeiten

Nach den Bestimmungen des Ausbildungsvertrages kann die Ärztekammer Hamburg bei auftretenden Streitigkeiten zwischen ausbildendem Arzt und auszubildender Arzthelferin angerufen werden. Die Kammer hat dann die Aufgabe, vor gerichtlichen Auseinandersetzungen ein Schlichtungsgespräch mit dem Ziel der gütlichen Einigung mit den Beteiligten zu führen. Zahlreiche persönliche Beratungsgespräche mit den Ausbilderinnen/Ausbildern oder Auszubildenden wegen aufgetretener Probleme und Konflikte haben stattgefunden.

Auszubildende wie Ausbilder können bei Schwierigkeiten im Ausbildungsverhältnis auch die von der Kammerversammlung gewählten Ausbildungsberater anrufen. Das Amt der Ausbildungsberater haben Frau Dr. med. Ursula Diestel und Frau Petra Marben, Arzthelferin, inne. Von dieser Beratungsmöglichkeit wurde auch in diesem Berichtsjahr mehrfach Gebrauch gemacht.

Aus der Arbeit des Berufsbildungsausschusses

Für alle wichtigen Ausbildungsfragen im Beruf der Arzthelferin ist der Berufsbildungsausschuss zuständiges Kammerorgan. Die Ärztekammer unterhält einen Berufsbildungsausschuss, der drittel-paritätisch aus je sechs Vertretern der Arbeitgeber (Ärzte), der Arbeitnehmer (Arzthelferinnen) und Berufsschullehrer zusammengesetzt ist. Die Mitglieder des Berufsbildungsausschusses werden von der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung für eine Amtszeit von vier Jahren ernannt. Im Berichtsjahr fanden vier Sitzungen des Berufsbildungsausschusses statt. Thema war unter anderem die Neuordnung der Ausbildungsordnung.

Vertreter der Arbeitgeber:

Mitglieder:

Dr. U. Diestel

Dr. B. Dobrinski

Dr. D. Heinrich

Dr. H. Horst

stellvertretende Mitglieder:

Dr. K.-O. Allmeling

Dr. J. Ebeling

Dr. A. Feige

Dr. M. Füner

| | |
|----------------|-----------------------|
| Dr. E. Schäfer | Frau Dr. K. Jückstock |
| Dr. M. Zinke | Dr. K. Peters |

Vertreter der Arbeitnehmer:

| | |
|--------------------|------------------------------|
| Mitglieder: | stellvertretende Mitglieder: |
| Loni Arendt | Sven Ohnesorge |
| Carola Höpfner | Christine Rassmann |
| Gesine Scheunemann | Karen Ritter |
| Petra Marben | Sabine Ziercke |
| Bärbel Jacobs | Petra Gladow |
| Ute Lietz | Silke Behrens |

Vertreter der Lehrer:

| | |
|----------------------|------------------------------|
| Mitglieder: | stellvertretende Mitglieder: |
| Andrea Hinsch | Reinhard Arndt |
| Irmhild Marder | Manuela Bertschis |
| Bernd Wallat | Angelika Eckstein |
| Veronika Walther | Ingrid Loeding |
| Joachim Eschke | Uta Rathmann |
| Maria-Anne Przibilka | Karin Eyring |

Fortbildung für Arzthelferinnen

Hierfür zuständig ist der Fortbildungsausschuss für Arzthelferinnen, der aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Lehrern sowie Vertretern der Kammer und der Kassenärztlichen Vereinigung besteht. Der Fortbildungsausschuss erarbeitete ein umfangreiches Fortbildungsprogramm, welches laufend erweitert wird und auch von Auszubildenden in Anspruch genommen werden kann (s. auch Tätigkeitsbericht der Fortbildungsakademie).

Im Berichtsjahr setzte sich der Fortbildungsausschuss wie folgt zusammen:

| | |
|--------------------------|--|
| Dr. Klaus-Otto Allmeling | (Allgemeinarzt) |
| Dr. Hartmut Horst | (Internist) |
| Dr. Michael Zinke | (Kinderarzt) |
| Petra Marben | (Arzthelferin) |
| Birgit Salzmann | (Arzthelferin) |
| Sven Ohnesorge | (Arzthelfer) |
| Ingrid Loeding | (Lehrerin) |
| Irmhild Marder | (Lehrerin) |
| Barbara Radke | (Ass. der Geschäftsführung der KV Hamburg) |

Abstimmung auf Bundesebene

Die Ärztekammer Hamburg hat in Fragen der Ausbildung zur Arzthelferin Sitz und Stimme in der Ständigen Konferenz "Medizinische Fachberufe" bei der Bun-

des Ärztekammer in Berlin. Im Berichtsjahr nahm dieses Amt Herr Dr. Hartmut Horst wahr. In diesem Gremium werden auf Bundesebene wichtige ausbildungsrechtliche Fragen zwischen den beteiligten Landesärztekammern so weit wie möglich bundeseinheitlich abgestimmt.

Informationen zum Beruf

Auch in diesem Jahr sind sämtliche Anfängerklassen der Einschulungsjahrgänge Februar und August 2005 über den Verlauf der Ausbildung durch die Mitarbeiterin der Arzthelferinnenabteilung informiert worden. Für interessierte Schülerinnen fanden Berufsberatungen und Informationen in Schulen statt.

Patientenberatung

Die Patientenberatung ist eine gemeinsame Einrichtung der Ärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg, die in dieser Kooperation seit 2001 besteht.

Das Beratungsteam besteht aus fünf Ärztinnen und Ärzten (vertreten sind die Fachgebiete Anästhesiologie, Allgemeinmedizin und Innere Medizin; eine der Ärztinnen ist zugleich Psychologin) und zwei Sozialversicherungsfachangestellten (insgesamt 3,5 Planstellen).

Durch die Beratung wird dem kontinuierlich größer werdenden Bedarf an qualifizierten Auskünften in medizinischen und sozialversicherungsrechtlichen Fragen Rechnung getragen. Zudem erfordern die Veränderungen im Gesundheitswesen ein hohes Maß an Informationsarbeit für Patienten und Ärzte. Die Beratung ist kostenlos.

Einen unverändert breiten Raum nehmen Beratungsgespräche ein, denen vordergründig eine einfache Frage oder ein scheinbar klarer Informationsbedarf zugrunde lag, und bei denen sich durch gezieltes Nachfragen eine komplexe Problematik darstellte, die ein ausführliches Gespräch erforderte. Die hohe fachliche Kompetenz des Beratungsteams entlastet die Vertragsärzte und unterstützt ihre Arbeit.

Das Team Patientenberatung ist im Erdgeschoss des Ärztehauses in der Humboldtstraße erreichbar.

„Kunden“ – wer profitiert von der Arbeit der Patientenberatung?

Im Mittelpunkt aller Beratungstätigkeit stehen die Rat suchenden Patienten. Die Tatsache, dass sie sich an die Patientenberatung wenden, erspart oftmals anderen – eigentlich zuständigen Stellen – Arbeit und Zeit. Deshalb werden Patienten gerade von diesen Stellen oftmals gerne an die Patientenberatung verwiesen:

- Niedergelassene Ärzte können Patienten für spezielle Fragestellungen an die Patientenberatung verweisen, wo ihnen Ärzte bzw. Praxen benannt werden. Daneben bietet die Beratungsstelle den Ärzten die Möglichkeit, der Patientenberatung ihre Tätigkeitsschwerpunkte mitzuteilen und anfragenden Patienten weiterzugeben.
- Krankenkassen geben ihren Versicherten immer häufiger wenig belastbare Auskünfte über ihre Leistungen und die Voraussetzungen zu deren In-

anspruchnahme. Selbst in Fragen, die in den Bereich ihrer originären Informationspflichten fallen, werden Versicherte von manchen Krankenkassen regelmäßig an die Patientenberatung verwiesen. Die Patienten wiederum schätzen die unabhängige und fundierte Auskunft, die sie bei ihren Krankenkassen oft vermissen.

- Die Kassenärztliche Vereinigung wird sowohl von den niedergelassenen Ärzten als auch von den Krankenkassen immer wieder als Entscheidungsinstanz dargestellt, von der Versicherte der gesetzlichen Krankenkassen Erläuterungen zu Leistungsentscheidungen einholen sollen. Die Beantwortung oder – entsprechend dem gesetzlichen Auftrag sogar – Zurückweisung dieser Anfragen wird oftmals der Patientenberatung übertragen.

Beratungsinhalte

Im Mittelpunkt der Beratung steht das Angebot für Patienten, die für ihre individuellen Bedürfnisse geeignete medizinische Hilfe zu finden.

Das Team Patientenberatung erläutert Einzelheiten zu Diagnosen und Krankheitsbildern und bietet, ausgehend von Erfahrungen und gesicherten Informationen der Ärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung, Orientierungshilfen im Gesundheitswesen der Hansestadt an. Sie klärt über die Strukturen im Gesundheitssystem und deren Veränderungen auf. Patienten und Ärzte sind auch im vergangenen Jahr mit vielen gesundheitspolitischen Veränderungen konfrontiert worden. Oft bestehen sowohl für die Patienten als auch für die Ärzte Unklarheiten, wie die neuen Bestimmungen umzusetzen sind. Hier leistet die Patientenberatung Aufklärungsarbeit und vermittelt zwischen Arzt und Patient in einzelnen Fällen, bei denen es zu Missverständnissen und Spannungen gekommen ist.

Das Bemühen der Kolleginnen und Kollegen der Patientenberatung bei Schwierigkeiten im therapeutischen und zwischenmenschlichen Bereich zum behandelnden Arzt zurückzuführen dient der Vermeidung unnötiger Arztwechsel und der Stärkung des Arzt-Patientenverhältnisses.

Dabei ist die Beratungsstelle selbstverständlich nicht behandelnd, sondern wegweisend, erläuternd und vermittelnd tätig. Bewertungen oder Empfehlungen werden nicht ausgesprochen. Eine Rechtsberatung kann und darf die Patientenberatung nicht leisten.

Bei schwerwiegenden Problemen informiert die Patientenberatung den Patienten über den Weg zu weiterführenden Angeboten, etwa der Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen oder dem Beschwerdemanagement der Ärztekammer und anderer Organisationen, die sich mit Patientenrechten beschäftigen

Das Beratungsangebot ist ein Beitrag der tragenden Körperschaften zur Umsetzung der Patientencharta (Deklaration von Lissabon der Patientenrechte des Weltärztebundes).

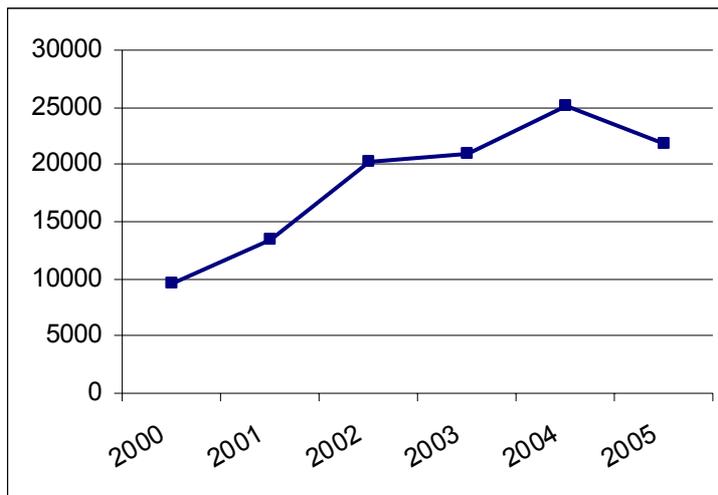
Anzahl der Beratungskontakte

Die Anzahl der Beratungskontakte ist Ausdruck eines erheblichen und offensichtlich wachsenden Bedarfes an Beratung und Wegweisung in den immer komplizierter werdenden Strukturen des Gesundheitswesens. Gleichzeitig wird deutlich,

dass sich in Zeiten knapperer Finanzmittel auch Konflikte zwischen den Beteiligten häufen und Auseinandersetzungen mit größerer Härte geführt werden.

Da die Anzahl der Beratungen eher von den personellen Möglichkeiten der Beratungsstelle als von der Nachfrage abhängt, sind Zahlen nur begrenzt aussagefähig. Sie drücken lediglich die tatsächlich zu Stande gekommenen Beratungskontakte aus. Im Jahr 2005 war es wegen eines personellen Engpasses nicht möglich, die gewohnte Anzahl an Beratungskontakten anzubieten. Die bei weitem größte Anzahl der Anfragen erreichen die Patientenberatung telefonisch. Daneben steht das Team jedoch auch für persönliche Gespräche und für schriftliche Anfragen zur Verfügung.

Beratungskontakte 2000 bis 2005



| 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 |
|-------|--------|--------|--------|--------|--------|
| 9.509 | 13.502 | 20.309 | 20.851 | 25.130 | 21.745 |

Recherche und Informationsverwaltung

Das Team Patientenberatung hat Zugriff auf die Datenbanken der Ärztekammer Hamburg und auf den Überweisungsassistenten der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg. Darüber hinaus verfügt es über eine eigene Datenbank, die im Laufe der Jahre zu einer wichtigen und sehr detaillierten Informationsquelle angewachsen ist. Außerdem ist umfangreiche Fachliteratur zu vielen medizinischen Themen und zum Sozialversicherungsrecht verfügbar.

Für viele Anfragen ist es dennoch erforderlich, im Einzelfall zu recherchieren. Hierfür stehen neben den Mitgliedern und den verschiedenen Fachabteilungen der ärztlichen Körperschaften das Internet, die Bibliothek des Ärztlichen Vereins und die Informationen anderer Beratungsstellen zur Verfügung.

Benennung von medizinischen Sachverständigen

Die Beratungsstelle dient darüber hinaus als Ansprechpartner für Ärzte, Gerichte, Behörden und Versicherungen, um auf Anfrage geeignete medizinische Sachverständige zu benennen. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 379 solcher Anfragen beantwortet, was gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung um zirka 16,6 % entspricht.

Rechtsabteilung

Aufgabe der Rechtsabteilung ist es vor allem, die Organe und Gremien der Ärztekammer Hamburg in allen anfallenden Rechtsfragen zu beraten. Dazu gehören insbesondere der Vorstand, die Kammerversammlung, der Schlichtungsausschuss und der Erweiterte Widerspruchsausschuss. Darüber hinaus sind berufsgerichtliche Vorermittlungen zu führen sowie die Vertretung der Ärztekammer vor dem Verwaltungsgericht und dem Berufsgewicht wahrzunehmen. Ferner bearbeitet die Rechtsabteilung die Änderungen von Satzungen.

Im Berichtszeitraum wurden in 21 Fällen berufsgerichtliche Vorermittlungen neu eingeleitet, davon wurden 7 Verfahren eingestellt. In 7 Fällen musste ein Berufsgewichtsverfahren eingeleitet werden. Abgeschlossen werden konnten 1 Berufsgewichtsverfahren aus dem Jahre 1991, 2 Berufsgewichtsverfahren aus dem Jahre 2002, 1 Berufsgewichtsverfahren aus dem Jahre 2003, 3 Berufsgewichtsverfahren aus dem Jahre 2004 und 2 Berufsgewichtsverfahren aus dem Jahre 2005. In 2005 waren beim Berufsgewicht 6 Berufsgewichtsverfahren anhängig und zwar 4 aus dem Berichtsjahr, 1 aus dem Jahr 2003 und 1 aus dem Jahr 2002.

Die Rechtsabteilung bietet ferner den Mitgliedern der Ärztekammer bei verschiedenen Rechtsproblemen Hilfe und Unterstützung an. So gab es im vergangenen Jahr von Kammermitgliedern 86 Anfragen mit berufsrechtlichem Bezug, 70 allgemeine Anfragen, 5 wettbewerbsrechtliche Anfragen, 2 Mitteilungen der Staatsanwaltschaft in Strafsachen und zahlreiche anderweitige Korrespondenz. Aus der Fortbildungsakademie wurden 11 Fälle vorgelegt, in denen ein Widerspruchsbeseid zum Akkreditierungsbescheid zu erstellen war.

Darüber hinaus beriet die Rechtsabteilung ihre Mitglieder in Vertragsangelegenheiten, unter anderem Praxisübernahmeverträge, Partnerschaftsgesellschaftsverträge und Sonderverzeichnisse. Die Rechtsabteilung hatte des Weiteren zahlreiche Mahnverfahren durchzuführen und einige Handelsregisteranfragen zu beantworten. Zu den schriftlichen Anfragen und Stellungnahmen kommt der regelmäßige Telefonservice hinzu. Es wurden Beratungs- und Vermittlungsgespräche ebenfalls vermehrt in Anspruch genommen. Im Berichtsjahr sind unter Beteiligung der Rechtsabteilung auch Änderungen von Satzungen veranlasst worden.

Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen

Patienten, die eine ärztliche Fehlbehandlung vermuten, können sich direkt an die Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen in Hannover wenden. Die Schlichtungsstelle ist ein Zusammenschluss von neun norddeutschen Ärztekammern, die unabhängig von den Kammern anhand von gutachterlichen Stellungnahmen den Vorwurf eines Behandlungsfehlers überprüft und die Frage eines Schadensersatzanspruches dem Grunde nach beantwortet. Das Verfahren ist für den Patienten gebührenfrei und für alle Beteiligten freiwillig. Die Ärztekammer prüft in einigen Fällen auf Antrag der Patienten nach Abschluss des Schlichtungsverfahrens, ob in dem Behandlungsfehler gleichzeitig ein Verstoß gegen die Bestimmungen der Berufsordnung zu sehen ist.

Seit 2003 erarbeitet die Schlichtungsstelle in Hannover in Zusammenarbeit mit weiteren Gutachterkommissionen und Schlichtungsstellen Prüfkriterien für Gutachter, die eine möglichst einheitliche medizinische Beurteilung ermöglichen sol-

len. Im Jahr 2005 wurden Kriterien für die gutachterliche Beurteilung einer Verletzung des Hauptgallenganges im Zusammenhang mit einer Entfernung der Gallenblase entwickelt.

Aus dem Kammerbereich Hamburg gingen im Jahr 2005 360 Anträge zur Einleitung eines Schlichtungsverfahrens ein. Im Vorjahr waren es 331 Anträge. Auf Hamburg entfielen 2005 9,17% aller eingehenden Anträge (2004: 8,19%). Die Anzahl der schadenersatzpflichtigen Fälle beträgt im Jahr 2004 62 (2003: 59). Im Jahr 2004 haben 57 Ärzte (Vorjahr 53) dem Schlichtungsverfahren widersprochen.

Anteil der Ärztekammer Hamburg

| | 2004 | 2005 |
|--|------------|------------|
| Stand 01.01.2005 | | 341 |
| Eingänge gesamt: | 331 | 360 |
| abgeschlossen: | 366 | 362 |
| Sonstige Erledigungen (Unzuständigkeit, Zurücknahme von Anträgen, Verjährung, Widerspruch durch Antragsgegner) | 99 | 102 |
| Nach Überprüfung: | | |
| Kein Schadenersatz | 208 | 197 |
| Schadenersatzpflichtig | 59 | 62 |
| Zu bearbeiten: Stand 31.12.2005 | | 339 |

Die nachgewiesenen Behandlungsfehler verteilen sich auf folgende Gebiete / Bereiche:

Im Jahr 2004 zeigt sich eine Häufung von Behandlungsfehlern in den operativen Fächern mit Schwergewicht in der Unfallchirurgie mit 11 (Vorjahr 6) sowie Allgemein- und Visceralchirurgie 9 (Vorjahr 5) Fällen. In der Frauenheilkunde wurden 5 (Vorjahr 12), in der Orthopädie 5 (Vorjahr 5) Behandlungsfehler nachgewiesen. In den nicht operativen Fächern wurde in der Inneren Medizin in 4 Fällen (Vorjahr 3) und in der Allgemeinmedizin in 2 Fällen (Vorjahr 6) ein Behandlungsfehler bejaht.

| | Anzahl | |
|--------------------------------|--------|------|
| | 2004 | 2005 |
| Allgemeinmedizin | 6 | 2 |
| Anästhesiologie | 2 | 2 |
| Augenheilkunde | 3 | 0 |
| Plastische Chirurgie | 2 | 2 |
| Gefäßchirurgie | 1 | 2 |
| Allgemein-u. Visceralchirurgie | 5 | 9 |
| Unfallchirurgie | 6 | 11 |

| | | |
|--|-----------|-----------|
| Mund-Kiefer, Gesichtschirurgie | 0 | 2 |
| Neurochirurgie | 3 | 4 |
| Frauenheilkunde | 12 | 5 |
| HNO | 3 | 3 |
| Haut- und Geschl. | 0 | 4 |
| Innere Medizin | 3 | 5 |
| Kinderheilkunde | 2 | 1 |
| Orthopädie | 7 | 5 |
| Radiologie | 3 | 1 |
| Physikalische und Rehabilitative Medizin | 1 | 0 |
| Neurologie | 1 | 1 |
| Psychiatrie und Psychotherapie | 0 | 1 |
| Urologie | 0 | 2 |
| GESAMT: | 59 | 62 |

Auf der einmal im Jahr stattfindenden Sitzung der Ständigen Konferenz Gutachterkommissionen/ Schlichtungsstellen bei der Bundesärztekammer werden die Behandlungsfehler nach Sachverhalt, Häufigkeit und Fachgebiet analysiert, um die daraus gewonnenen Erkenntnisse in der ärztlichen Fortbildung gezielt nutzen zu können. Eine einheitliche statistische Erhebung wird erarbeitet.

2005 fand die Sitzung der Gesellschafterversammlung in Hamburg statt.

Pressestelle

Diese Pressearbeit bot auch im Jahr 2005 die Grundlage für eine effektive Öffentlichkeitsarbeit der Ärztekammer. Als übergeordnetes Ziel gilt es dabei stets, ein positives Bild der Ärzteschaft in die Öffentlichkeit zu transportieren. Dazu ist, insbesondere in Zusammenarbeit mit Medienvertretern, Offenheit, Servicebereitschaft und professionell aufbereitete Information unabdingbar. Auf diese Weise können an den Schnittstellen der Informationsvermittlung positive Eigenschaften wie Glaubwürdigkeit, Aufgeschlossenheit und Kompetenz mit Ärztinnen und Ärzten und deren standespolitischer Vertretung in Verbindung gebracht werden.

Aufgaben der Pressestelle sind die Herausgabe von Pressemeldungen zu kammerrelevanten Themen, Planung, Durchführung und Leitung von Pressekonferenzen, Einladungen zu Hintergrundgesprächen mit Journalisten und selbstverständlich die kontinuierliche Kontaktpflege zu den zahlreichen Redaktionen der aktuellen Medien in Hamburg, aber auch zu überregionalen Pressevertretern und Autoren von Hintergrund-Publikationen. Insgesamt gab die Pressestelle im vergangenen Jahr 20 Pressemeldungen heraus und führte eine Pressekonferenz in Kooperation mit der Hamburgischen Krankenhausgesellschaft (HKG) zur Externen Qualitätssicherung Hamburg (EQS) durch.

Täglich gibt die Pressestelle Auskunft zu medizinischen oder gesundheitspolitischen Themen, vermittelt Ärztinnen und Ärzte als spezielle Interviewpartner für Print, Hörfunk und Fernsehen und wird von Journalisten als kompetenter An-

sprechpartner genutzt. Die Mehrzahl der Anfragen betraf in diesem Jahr die Folgen der Gesundheitsreform für Ärzte und Patienten. Von Bedeutung für die Öffentlichkeitsarbeit ist darüber hinaus die Pflege von kollegialen Kontakten zu PR-Partnern anderer Einrichtungen und Verbände im Gesundheitswesen.

Von der Pressestelle verantwortlich betreut wird der Auftritt der Ärztekammer im Internet. Hier wurden 2005 einzelne Bereiche erweitert und dem Informationsbedarf von Ärztinnen und Ärzte angepasst. Neben allgemeinen Informationen über die Ärztekammer als Körperschaft der ärztlichen Selbstverwaltung sind beispielsweise Downloads häufig angefragter Papiere zu finden. Textvorschlag und Erläuterung zur Patientenverfügung zählen dazu, ebenso wie Antragsformulare zur ärztlichen Fort- und Weiterbildung oder das Jahresprogramm der Fortbildungsakademie für Ärzte. Online präsent sind darüber hinaus die neuesten Presseinformationen der Ärztekammer, interessante Veranstaltungen und ausgewählte Artikel aus dem ‚Hamburger Ärzteblatt‘. Im Bereich der Fortbildung, der Weiterbildung und der Berufsordnung sind die Informationen neu strukturiert worden.

Schwerpunktmäßig von der Pressestelle begleitet wird der „Tag der Organspende“. Auf der Altonale informierten die Gesundheitsbehörde, die Bezirke sowie weitere Einrichtungen gemeinsam mit der Ärztekammer Bürgerinnen und Bürger über das Thema Organspende. Die Pressestelle beantwortet außerdem Anfragen zur ärztlichen Sterbebegleitung, Patientenverfügung und anderen Möglichkeiten der Willensäußerung zur Vorsorge bei schweren Erkrankungen.

Der zeitnahen internen Information von Präsident, Vizepräsident und Geschäftsführung dient die tägliche Presseschau. Ein Extrakt daraus wurde den Mitgliedern der Kammerversammlung wöchentlich zugesendet.

Die Pressestelle vertritt die Kammer Hamburg im Rahmen der Bundesärztekammer in der ‚Ständigen Konferenz Öffentlichkeitsarbeit‘, in der ‚Ständigen Konferenz Prävention und Gesundheitsförderung‘ sowie in der Zentralen Redaktionskonferenz „arzt.de“ von Bundesärztekammer und KBV.

Bibliothek des Ärztlichen Vereins

Die Bibliothek des Ärztlichen Vereins (BÄV) hat ihren Sitz im Altbau der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky, Von-Melle-Park 3, 20146 Hamburg, Telefon 44 09 49, Fax 44 90 62, Email: bibliothek@aekhh.de, Internet: www.aekbibl.de. Die Bibliothek ist an folgenden Tagen geöffnet: Montag 10 bis 17 Uhr, Dienstag, Donnerstag, Freitag 10 bis 16 Uhr, Mittwoch 10 bis 19 Uhr.

Nutzung vor Ort

An 252 Öffnungstagen wurde die Bibliothek von 6.494 Lesern vor Ort genutzt.

Ausleihe von Medien

Im Jahr 2005 wurden 12.515 Medien außer Haus entliehen bzw. fristverlängert (plus 11,08 % zu 2004). Die Entleihungen und Fristverlängerungen verteilen sich folgendermaßen auf die Nutzergruppen:

Verteilung der Entleihungen / Fristverlängerungen auf die zehn Nutzertypen:

5.364 an Medizinstudenten
2.312 an ÄK-Mitglieder
1.902 an sonstige Studenten
1.171 an Stadtleser
1.042 an Mitarbeiter der ÄK Hamburg (u. Buchbinder etc.)
481 an auswärtige Ärzte
109 an Lehrende Hamburger Hochschulen
80 an die Fernleihe
45 an befreundete Institutionen (z.B. KHS-Bibliotheken)
9 an Firmen

Vormerkungen auf entliehene Medien: 398

Ausgegebene Leseausweise: 680.

Nutzung der Serviceleistungen

1.898 Zeitschriftenaufsatzkopien wurden per Post, Fax oder Email an Mitglieder der Ärztekammer Hamburg versandt (plus 38,1% zu 2004). 1.678 (88,4%) der Aufsätze wurden von den Kammermitgliedern direkt bei der BÄV bestellt, 220 (11,6%) der Bestellungen erfolgten im Auftrage der Kammermitglieder durch Bibliotheken in Kliniken u.a. Institutionen. Von den Aufsatzkopien stammten 627 (33,03%) aus dem Bestand der BÄV, 862 (45,42%) wurden für die Leser aus anderen Hamburger Bibliotheken und 409 (21,55%) über die Fernleihe bestellt und an die Kammermitglieder gesandt. 43 Medline-Recherchen wurden im Auftrag der ÄK-Mitglieder durchgeführt und versandt. Dies entspricht einem Zuwachs von 104,7% gegenüber 2004. Auf die Homepage der BÄV erfolgten 11.154 Zugriffe. Über den Online-Katalog wurden 2.045 Leihfristverlängerungen vorgenommen.

Etat

2005 stand der Bibliothek ein Erwerbungsstat von € 54.000,- zuzüglich € 1.852,93, die aus den Einnahmen durch Ausstellung von Leseausweisen und dem Bücherflohmarkt stammen, für die Beschaffung von Büchern, Zeitschriften, CD-ROMs und Loseblattsammlungen, sowie für das Einbinden und Restaurieren des Bestandes zur Verfügung.

Bestand

Im Jahr 2005 hatte die Bibliothek einen Gesamtzugang von 2.727 Medien (Bücher, Zeitschriftenbände, Fortsetzungswerke, CDs und Videos); davon wurden 554 Bände durch Kauf erworben. 2.173 Bände wurden aus Schenkungen übernommen. Der Wert der Schenkungen liegt bei rund 21.100,- €. Der Bibliotheksbestand umfasste am Jahresende 124.573 Bände. Die Bibliothek hält 190 Zeitschriftentitel im Abonnement, davon 81 Freiabonnements im Wert von rund 5.300,- €.

Bibliotheksausschuss

Der Bibliotheksausschuss der Ärztekammer hat beratende Funktion und ist das Bindeglied zwischen Kammervorstand und Bibliothek.

Mitglieder des Bibliotheksausschusses:

PD Dr. med. habil. Hergo Schmidt (Vorsitzender)

Prof. Dr. med. Manfred Dallek (Stellvertr. Vorsitzender)

Dr. med. Klaus-Otto Allmeling

Frau Elisabeth Bach

Prof. Dr. med. Fritz Balzereit

Dr. med. Michael Goerig

Dr. med. Hinrich Sudeck

Frau Dr. med. Birgit Wulff

Schwerpunktt Themen der beiden Sitzungen im letzten Jahr waren Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit, Erweiterung der Serviceleistungen und Bestandsaufbau.

Förderverein „Freunde und Förderer der Bibliothek des Ärztlichen Vereins e.V.“, FFB

Der FFB wurde 1998 auf Initiative des Bibliotheksausschusses gegründet und hat sich den Erhalt der wertvollen Bestände zur Aufgabe gemacht. Im Jahr 2005 betragen die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden sowie dem Verkauf von Doubletten 10.446,68 €. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 311 stark beschädigte Bücher aus dem historischen Altbestand restauriert. Die Ausgaben hierfür beliefen sich auf 8.088,29 €.

Kommissionen der Ärztekammer Hamburg

Ethik-Kommission der Ärztekammer Hamburg

Im Jahre 2005 hat die Ethik-Kommission (EK) fünfzehn Mal getagt. Aufgrund der bereits im August 2004 in Kraft getretenen Novelle des Arzneimittelgesetzes und der zugehörigen umfangreichen Rechtsverordnung wurde auch im Jahre 2005 die monatliche Tagungsfrequenz aufgegeben und nunmehr der Antragslage angepasst.

Im Berichtsjahr wurden der EK 150 Studien zur Primärbegutachtung vorgelegt. Hierbei handelt es sich um Studien, die unter Berücksichtigung des Arzneimittelgesetzes (AMG), des Medizinproduktegesetzes (MPG) und der Berufsordnung (BO) beraten wurden. Die Primärbegutachtungen finden grundsätzlich in einer Sitzung der EK statt. Bei der Prüfung werden die berechtigten Forschungsinteressen des Arztes, aber auch die Interessen des Patienten im Hinblick auf das Nutzen-Risiko-Verhältnis bei der Teilnahme an einer klinischen Prüfung beraten. Dabei sind medizinische, juristische und versicherungsrechtliche Aspekte zu berücksichtigen.

Mit Inkrafttreten der 12. AMG-Novelle am 06.08.2004 und der zugehörigen Rechtsverordnung am 14.08.2004 haben sich der Status und die Funktion der EK grundlegend geändert.

Bisher durfte mit einer klinischen Prüfung eines Arzneimittels bei Menschen nur begonnen werden, wenn diese zuvor von einer nach Landesrecht gebildeten unabhängigen Ethik-Kommission zustimmend bewertet wurde. Soweit keine zustimmende Bewertung der Ethik-Kommission vorlag, durfte mit der klinischen Prüfung begonnen werden, wenn die zuständige Bundesoberbehörde innerhalb von 60 Tagen nach Eingang der Unterlagen nicht widersprochen hat.

Nach § 40 (1) der 12. AMG-Novelle darf mit der klinischen Prüfung eines Arzneimittels bei Menschen nur noch begonnen werden, wenn die zuständige Ethik-Kommission diese nach Maßgabe des § 42 Abs. 1 zustimmend bewertet hat und die zuständige Bundesoberbehörde (hier BfArM) diese nach Maßgabe des § 42 Abs. 2 genehmigt hat. Ethik-Kommissionen sind somit Bestandteil eines Verwaltungsaktes geworden.

Daher wurden in der 12. AMG-Novelle zur Konkretisierung des von den EK anzuwendenden Verfahrens folgende Versagensgründe definiert, die eine Ablehnung einer klinischen Prüfung erlauben:

- a. Die vorgelegten Unterlagen sind auch nach Ablauf einer dem Sponsor gesetzten angemessenen Frist zur Ergänzung unvollständig.
- b. Die vorgelegten Unterlagen entsprechen nicht dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis, insbesondere die klinische Prüfung ist ungeeignet, den Nachweis der Unbedenklichkeit oder Wirksamkeit eines Arzneimittels zu erbringen.
- c. Die nach § 40 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 bis 9, Abs. 4 und § 41 geregelten Voraussetzungen sind nicht erfüllt.

Von Forschern aus dem Universitätskrankenhaus Eppendorf wurden 42 Studien, von Auftragsfirmen 84, aus Krankenhäusern des Landesbetriebes oder Gemeinnützigen Krankenhäusern 7, von weiteren universitären Einrichtungen 12 und von niedergelassenen Ärzten 5 Studien zur Erstberatung übersandt.

Im Berichtsjahr wurden seitens der anfragenden Forscher drei Studien zurückgezogen. Eine Studie wurde seitens des Antragstellers abgebrochen. Eine weitere Studie wurde unterbrochen.

Zusätzlich zu diesen Erstbegutachtungen wurden 103 Multicenterstudien zur Nachbegutachtung im alten Verfahren übersandt. Hierbei handelt es sich um Studienvorhaben, die bereits in einem anderen Bundesland von der für den dortigen Versuchsleiter zuständigen Ethik-Kommission vor Inkrafttreten der 12. AMG-Novelle geprüft und mit einem positiven Votum versehen wurden. Im Hinblick auf hiesige Gegebenheiten (Qualifikation des Prüfarztes in Hamburg, Wahrung der Rechte und Pflichten der hier einzubeziehenden Patienten) erfolgt ein verkürztes Prüfverfahren. Diese Arbeit wird auf der Grundlage der Geschäftsordnung der EK vom Vorsitzenden und der Geschäftsführerin der EK erledigt. Zusätzlich wurden 216 Multicenterstudien im Mitberatungsverfahren gemäß 12. AMG-Novelle votiert.

Weiter wurden im Jahre 2005 Forscher bei der Durchführung von 75 epidemiologischen Studien durch die Ethik-Kommission beraten.

Wie in den vorhergehenden Jahren wurden von der Geschäftsstelle zahlreiche telefonische sowie persönliche Beratungen von Ärzten durchgeführt, die sich anlässlich der Planung eines Forschungsvorhabens Rat suchend an die EK wandten. Ferner erkundigten sich einige potentielle Studienteilnehmer, denen die Teilnahme an einer wissenschaftlichen Untersuchung unterbreitet worden war.

Anfragen an die Ethik-Kommission sind gebührenpflichtig. Die Gebührenordnung wurde daher im Mai dem erhöhten Aufwand der Kommission im Zuge der 12. AMG-Novelle umfassend angepasst.

Mit Inkrafttreten des Hamburgischen Kammergesetzes für Heilberufe am 21. Dezember 2005 erfolgte die landesrechtliche Anpassung in Bezug auf die Funktion und Aufgaben der Ethik-Kommission.

Der Vorsitzende der EK nahm im Juni und November 2005 an den Tagungen des Arbeitskreises Medizinischer Ethik-Kommissionen in Berlin teil. Die Tagesordnungen dieser Sitzungen befassten sich im Berichtsjahr vorrangig mit den veränderten Aufgaben und der neuen Arbeitsweise der EK durch Inkrafttreten der 12. AMG-Novelle.

Der Ethik-Kommission gehören folgende Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder an:

Prof. Dr.med. Thomas Weber Vorsitzender, Arzt für Nervenheilkunde

Prof. Dr.med. Frank Ulrich Beil, Internist

Prof. Dr.med. Gritta Janka-Schaub, Kinderärztin

Priv.-Doz. Dr.med. Thomas Klöss, Anästhesist

Prof. Dr.med. Jochen Kussmann, Chirurg

Prof. Dr.med. Ingrid Moll, Hautärztin

Prof. Dr.med. Rainer H. Böger, Pharmakologe

Dr. med. Elke Kaminsky, Medizin. Humangenetikerin

Dipl.-Ing. Carola Selke, Medizintechnikerin

Stellvertreter: Prof. Dr.Ing. Eberhard Appel, Medizintechniker (bis Juli 2005)

Dr. jur. Jürgen Daniels, Jurist

Stellvertreter: Dr.jur. Joachim Dreyer, Jurist

Prof. Dr.jur. Michael Köhler, Jurist

Prof.Dr.rer.nat. Regine Kollek, Geistes-/Sozialwissenschaftlerin.

Herma Purwin, Krankenschwester i.R.

Christian Judith, Bürgervertreter

Ingrid Körner, Bürgervertreterin

Weiterhin gehören der Ethik-Kommission seit dem 01.04.2001 folgende Ärzte als stellvertretende Mitglieder an:

Prof. Dr. med. Walter Fiedler, Internist

Prof. Dr. med. Bernd Hüneke, Gynäkologe

Prof. Dr. med. Ulrich Schwedes, Internist

Die Stellvertreterfunktion für die hauptamtlichen ärztlichen Mitglieder wird nicht personen-bezogen ausgeübt, sondern erfolgt nach einer internen Regelung der Ethik-Kommission bei Bedarf.

Zudem wurden aufgrund der geltenden Strahlenschutzverordnung vom Juli 2001 und der revidierten Röntgenverordnung vom 01.07.2002 zwei Strahlenschutz-sachverständige berufen.

Diese sind:

Prof. Dr. med. Hans-Peter Heilmann

Dr. med. Otto Pohlentz

Geschäftsführung: Dr. S. Schrum, Ärztekammer Hamburg

Kommission Reproduktionmedizin

Die Kommission Reproduktionsmedizin (KRM) hat im Berichtsjahr insgesamt 176 Anträge (12 mehr als 2004) auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung gemäß den „Richtlinien zur Durchführung der assistierten Reproduktion“ bearbeitet. Von den vorgelegten Anträgen wurden 29 zur Durchführung einer künstlichen Befruchtung mit Spendersamen und 147 für nicht verheiratete Paare oder bei Paaren vor der geplanten Eheschließung gestellt. Bei 75 dieser 147 Anträge für nicht verheiratete Paare sollte aus medizinischen Gründen eine Intrazytoplasmatische Spermatozoeninjektion (ICSI) zur Anwendung kommen.

Der KRM gehören folgende Mitglieder an:

Prof. Dr. med. W. Braendle (Vorsitzender), Frauenklinik UKE

Prof. Dr. med. M. Carstensen, Albertinen-Krankenhaus

Dr. med. E. Finsterwalder, niedergelassener Gynäkologe

Dr. med. E. Ruttmann, i. R.

Gabriela Luth, Justitiarin der Ärztekammer Hamburg

Geschäftsführung: Dr. S. Schrum, Ärztekammer Hamburg

Kommission Lebendspende

Im Berichtsjahr waren von der „Kommission Lebendspende“ (KL) 51 Anträge zu bearbeiten (11 mehr als in 2004). Die KL prüft, ob die Einwilligung in die Organspende freiwillig erfolgt und ob das Organ Gegenstand verbotenen Handelstreibens nach § 17 Transplantationsgesetz ist.

Von den 51 Anträgen betrafen 27 Anträge eine geplante Nieren-Lebendspende und 24 eine geplante Splitleber-Lebendspende. Bei dem jüngsten Organempfänger handelte es sich um einen 5 Tage alten Säugling, der älteste Organempfänger war 76 Jahre alt. 37 Patienten waren Deutsche oder dauerhaft in Deutschland lebend, 14 Patienten kamen aus dem Ausland zur Transplantation nach Hamburg.

Im Einzelnen spendeten:

| | |
|----|---|
| 24 | Elternteile für ein Kind |
| 6 | erwachsene Kinder für Vater oder Mutter |
| 5 | Geschwister für ein Geschwister |
| 3 | Ehefrauen für Ehemänner |
| 2 | Cousine für Cousine/Cousin |
| 2 | Ehemann für Ehefrau |
| 9 | nicht verwandte |

Die Anträge auf Durchführung einer Leberlebendspende bedürfen auf Grund des kritischen Gesundheitszustandes des Patienten / der Patientin einer unverzüglichen Bearbeitung, was ein hohes Engagement der Kommissionsmitglieder und der Geschäftsstelle der KL erfordert. Für Eilfälle, das heißt im Falle einer aus medizinischer Indikation unverzüglich notwendig werdenden lebensrettenden Transplantation (bei fehlendem Organangebot über Eurotransplant) muss die KL jederzeit zur Prüfung und Entscheidungsfindung zur Verfügung stehen. Eilanträge wurden innerhalb 24 Stunden oder kürzer erledigt, ansonsten betrug der Bearbeitungszeitraum bei Leberspenden im Mittel 10 Tage, bei Nierenspenden im Mittel 14 Tage.

Der Kommission Lebendspende gehören folgende Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder an:

| | | |
|--|---|--|
| Gruppe der Ärzte | | |
| Mitglied: Prof. Dr. F. Riedel, Altonaer Kinderkrankenhaus | 1. Stellvertreter Prof. Dr. G. Neumann, Marienkrankenhaus | 2. Stellvertreter Prof. Dr. A. Raedler, Asklepios Westklinikum Hamburg |
| Gruppe der Juristen: | | |
| Mitglied: Gabriela Luth Justitiarin der Ärztekammer Hamburg | 1. Stellvertreter* Sven Hennings Rechtsanwalt, Justitiar der Zahnärztekammer Hamburg | 2. Stellvertreter Nina Rutschmann Rechtsreferentin der Ärztekammer Hamburg |
| Gruppe der Psychologen | | |
| Mitglied Dr. med. Birgitta Rütth- Behr, Ärztin für psychotherapeutische Medizin | 1. Stellvertreter Dr. med. Ingrid Andresen- Dannhauer, Ärztin für psychotherapeutische Medizin | 2. Stellvertreter Dr. med. Dörte Niemeyer, Ärztin für psychotherapeutische Medizin |
| | 3. Stellvertreter Hans-Peter Krüger, Arzt für Psychotherapeutische Medizin | 4. Stellvertreter Dr. med. Heinrich H. Fried, Arzt für Psychotherapeutische Medizin |
| Geschäftsführung: Dr. Silke Schrum | | |

Ausschüsse und Arbeitskreise

Ausschuss „Ärztinnen“

Der Ausschuss „Ärztinnen“ hat sich im Berichtsjahr zu einer Sitzung zusammengefunden. Hauptthema dieser Sitzung war die Planung und Durchführung eines Wiedereingliederungskurses nach einer beruflichen Pause in den Arztberuf.

Hinsichtlich der Durchführung eines Wiedereingliederungskurses hat der Ausschuss im Juni des Berichtjahres eine schriftliche Bedarfsumfrage bei 676 Ärztinnen und Ärzten, die derzeit aufgrund einer Familienpause, Arbeitslosigkeit oder aus anderen Gründen nicht ärztlich tätig waren, durchgeführt.

166 Antworten gingen dem Ausschuss zu. Ein entsprechender Bedarf war mit dieser Erhebung eindeutig nachgewiesen, so dass der Ausschuss zu der Auffassung gelangte, dass für das Jahr 2006 ein Wiedereingliederungskurs durch die Fortbildungsakademie geplant und angeboten werden sollte.

Wie auch in den vergangenen Jahren hat der Ausschuss die Ergebnisse des Deutschen Ärztetages und der Ständigen Konferenz „Ärztinnen“ der Bundesärztekammer mit großem Interesse verfolgt und diskutiert.

Mitglieder des Ausschusses:

Frau Dr. Koßmann (Vorsitzende)

Frau Dr. Schmidt (stellvertretende Vorsitzende)

Frau Dr. Ambor

Frau Dr. Ansay

Frau Dr. Heuchert

Frau Dr. Huggett

Frau Dr. Recker

Frau Sybille Schulz

Frau Dr. Sechtem

Frau Dr. Schroth der Zweite

Frau Wedekind

Ständige Gäste:

Frau Chudziak (Behörde für Soziales und Familie – Referat Gleichstellung)

Frau Dr. Fehling

Ausschuss „Zusammenarbeit von Ärzten mit Selbsthilfegruppen“

Der Ausschuss ist im Berichtsjahr zu 3 Sitzungen zusammengekommen. Seit 1991 führt der Ausschuss der Ärztekammer Hamburg für die Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Selbsthilfegruppen in enger Kooperation mit KISS bzw. de-

ren Träger, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Hamburg e.V. (Fachbereich Selbsthilfeförderung), Selbsthilfe-Foren durch.

2005 hat die Ärztekammer Hamburg gemeinsam mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband zum 12. Selbsthilfe-Forum eingeladen. Das Selbsthilfe-Forum fand am 14.09.2005 statt und legte in diesem Jahr den Schwerpunkt auf die Kooperationsformen und -möglichkeiten zwischen niedergelassenen Ärzten und Selbsthilfegruppen.

Ziel des Selbsthilfe-Forums ist vor allem der Austausch im Gespräch zwischen Ärzten und Selbsthilfegruppen. Außerdem gab es bei der Veranstaltung praktische Informationen für die Ärzte über Selbsthilfegruppen und andere Organisationen, wie auch umgekehrt die Selbsthilfegruppen die Situation der Ärzte kennen lernen konnten.

Vorträge der Asthma-Selbsthilfegruppe Nord, der Selbsthilfegruppe MCS (Multiple Chemical Sensitivity) und der Selbsthilfegruppe nach Krebs und der mit ihnen kooperierenden Ärzte standen auf dem Programm. Insgesamt war die Veranstaltung sehr gelungen, es gab rege Diskussionen. Gute Kooperationskontakte konnten direkt auf der Veranstaltung geknüpft werden. Leider wurde aber auch wieder ein „altes“ Problem deutlich: Die Beteiligung seitens der Ärzte war nicht sehr groß.

Im Ausschuss wurden die Anregungen des Selbsthilfe-Forums aufgenommen. Insbesondere wird daran gearbeitet, dass der Informationsbedarf der Selbsthilfegruppen befriedigt wird. Auch müssen den Patienten bessere Informationshilfen bei der Suche nach Ärzten mit spezifischen Schwerpunkten und Kompetenzen gegeben werden. Ein Referat aus der KV Hessen zur Kooperation vor Selbsthilfegruppen mit ärztlichen Qualitätszirkeln und ein entsprechendes Beispiel aus Hamburg (MCS) haben den Ausschuss veranlasst zu prüfen, inwieweit solche Kooperationen intensiviert werden können.

Die Mitglieder des Ausschusses im Berichtsjahr waren:

Prof. Dr. Dr. Alf Trojan (1. Vorsitzender)

Dr. Martin Dirksen-Fischer (2. Vorsitzender)

Frau Dr. Angelika Heege

Frau Dr. G. Sommer-Barthmeyer

Dr. Hans-Jürgen Bohnhoff

Dr. Jens Bruder

Günther v. Dyk

Dr. Stefan Hentschel

Dr. Dietmar Lorenz

Dr. Ulrich Müllerleile

Dr. Fritz Reinecke

Prof. Dr. Peter Schmidt-Rhode

Dr. Volker Scotland

Arbeitskreis Hepatitis-C-Infektionen

Der Vorstand der Ärztekammer Hamburg hatte am 11. April 2005 auf Wunsch der Doctores Klaus Behrendt und Jochen Brack beschlossen, einen Arbeitskreis „Hepatitis-C-Infektionen“ - zunächst befristet für ein Jahr - zu gründen.

Ein Hauptziel des Arbeitskreises soll die Intensivierung eines regionalen Netzwerkes mit Beteiligung des Klinikums Nord und des UKE sein. Einbezogen werden internistische und psychiatrische Kompetenz bei der Behandlung entsprechender Komorbidität. Weitere Ziele sind die Öffentlichkeitsarbeit, um die Bevölkerung, die HCV-Infizierten und Infektionsgefährdete über Prävention und Behandlung zu informieren. Ferner soll eine Kontaktaufnahme mit der Hamburger Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung (HAG) erfolgen, mit dem Ziel Aufklärungsaktivitäten und Veröffentlichungen durchzuführen. Ebenso sollten mit Hilfe von Sozialarbeitern und in der Suchthilfe tätigen Migranten, Drogenabhängige und Arbeitslosenlaufstellen kontaktiert werden, da die Rate der Neuerkrankungen bei sozialen Randgruppen am höchsten ist.

Die konstituierende Sitzung fand am 29.5.2005 statt, hier wurden die genannten Hauptziele noch einmal ausführlich erörtert. Im Berichtsjahr trafen sich die Mitglieder des Arbeitskreises dann noch einmal am 26.10.2005. Im Rahmen der geplanten Aufklärungsaktivitäten wurde anlässlich dieser Sitzung ein Workshop für das Frühjahr 2006 konzipiert.

Der Arbeitskreis setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Herr Dr. Jochen Brack, Arzt für Psychiatrie – Suchtmediziner im Klinikum Nord Ochsenzoll

Herr Dr. Peter Degkwitz, Zentrum für interdisziplinäre Suchtforschung

Herr Dr. Stefan Fenske, Niedergelassener Internist

Herr Rainer Glaser, Niedergelassener Arzt für Allgemeinmedizin

Herr Meyer-Thompson, Arzt in der Drogenambulanz Altona

Herr Dr. Peter Buggisch, Gastroenterologische Abteilung des UKE

Frau PD Dr. Susanne Polywka, Institut für Infektionsmedizin im UKE

Ausschuss Qualitätssicherung

Das ambitionierteste Projekt des Ausschusses, die „Qualitätssicherung in der Weiterbildung“ wurde kontinuierlich weiter vorangetrieben. Inzwischen haben konkrete Verhandlungen mit der Schweizer Ärztevereinigung FMH stattgefunden, das dortige Evaluierungskonzept für die Zufriedenheit und die Bedürfnisabfrage der Weiterbildungsassistenten und Weiterbildungsbefugten für Hamburg zu übernehmen. Eingebunden sind der Weiterbildungsausschuss und die kammernahe Gruppe der "Jungen Ärzte".

Um die Bedeutung der Qualitätssicherung hervorzuheben, ist zukünftig eine jährliche Berichterstattung zum Thema in der Kammerversammlung vorgesehen. Der Vorsitzende des Ausschusses Qualitätssicherung hat im Februar 2005 den Anfang gemacht.

Der Ausschuss hat außerdem eine Analyse der Situation in der gynäkologischen Vorsorge angestoßen und wird dazu eine Erhebung durchführen. Ein entsprechendes Konzept ist in Vorbereitung.

Aktuelle Entwicklungen werden im Ausschuss beraten und kommentiert. So zuletzt auch der "Kammerübergreifende Qualitätsbericht" der Bundesärztekammer, der in 2006 veröffentlicht werden soll. Alle Landesärztekammern waren aufgefordert, entsprechende Darstellungen und Beiträge einzureichen.

Die gesetzlich vorgeschriebenen, externen Qualitätsvergleiche nach § 137 SGB V werden in Hamburg weiterhin von der Landesgeschäftsstelle Qualitätssicherung (EQS) bei der Hamburgischen Krankenhausgesellschaft durchgeführt. Wie immer verweisen wir diesbezüglich auf deren Geschäftsbericht. Die Ärztekammer ist mit Sitz und Stimme im Kuratorium der EQS vertreten und sämtliche Mitglieder ärztlicher Fachgremien der EQS werden von der Ärztekammer vorgeschlagen. Anfang 2006 hat erstmals mit über 100 Teilnehmern eine Landesergebniskonferenz in Kooperation mit den EQS-Vertragspartnern im Hause der Ärztekammer stattgefunden.

Curriculum Qualitätsmanagement im Gesundheitswesen

Das Kursangebot „Curriculum Qualitätssicherung / Ärztliches Qualitätsmanagement“ wird weiterhin einmal jährlich, startend nach den Sommerferien in Kooperation mit quant – Service für das Gesundheitswesen GmbH in der Akademie der Ärztekammer angeboten. In 2005 sind alle bundesweiten Kursanbieter wieder von der Bundesärztekammer nach Berlin eingeladen worden, um das 200-Std.-Curriculum durchzusehen und zu überarbeiten.

Ein von der Ärztekammer Hamburg mit entwickelter 40-Std.-Kurs „QM-Hämotherapie“ ist inzwischen von den Ausschüssen der Bundesärztekammer verabschiedet worden. Dieses Angebot füllt somit die definitorische Lücke klarer Vorgaben zur Qualifikation des Qualitätsbeauftragten gemäß Transfusionsrichtlinien.

Mitglieder des Ausschusses:

Prof. Dr. Martin Carstensen (Vorsitz)
Dr. Wolfgang Wesiack (stellvertretender Vorsitz)
Dr. Christian Arning
Prof. Hanswerner Bause
Dr. Christa Becker-Weißkamp
Dr. Friedrich Hach
Dr. Angelika Koßmann
Dr. Reinhard Laux
Dr. Brigitte Mahn
Dr. Hans Ramm
Dr. Eckhard Stein
Günther van Dyk

Ständige Gäste
Dr. Christof Veit

Arbeitskreis Suchtpolitik

Der Arbeitskreis Suchtpolitik traf sich zu sechs Sitzungen im Berichtsjahr. In den ersten Sitzungen des Berichtjahres ging es schwerpunktmäßig darum, eine Stellungnahme zur Sucht- und Drogenpolitik des Hamburger Senats für den Vorstand der Ärztekammer Hamburg zu erarbeiten.

Positiv hob der Arbeitskreis darin hervor, dass in Hamburg in den letzten Jahrzehnten ein differenziertes Drogenhilfesystem aufgebaut worden sei. Allerdings deuteten Maßnahmen wie die Entfernung von Spritzenautomaten und die drastische Einschränkung der Substitutionsmöglichkeiten ohne ein alternatives Therapieangebot in Hamburger Haftanstalten auf eine politische Wendung hin, die mit Sorge betrachtet wird. Darüber hinaus bemängelten die AK-Mitglieder, dass bislang die aus suchtmedizinischer Sicht wesentlich mehr Menschen betreffende Abhängigkeit von legalen Drogen in der Senatspolitik kaum Erwähnung findet. Für Kinder und Jugendliche ist aus Sicht der AK-Mitglieder ein Angebot zur gezielten Suchtprävention erforderlich.

Ferner empfahl der Arbeitskreis dem Vorstand, den Hamburger Senat aufzufordern, seinen Einfluss für eine bundesweite Förderung der Suchtforschung unter besonderer Berücksichtigung der Suchtprobleme in Metropolregionen geltend zu machen.

In weiteren Sitzungen hat der Arbeitskreis eine Vorlage für den Vorstand zum Erhalt des qualifizierten Alkoholentzuges (QE) im Ev. Krankenhaus Alsterdorf erarbeitet, die zum einen an den Suchtausschuss der Bundesärztekammer übermittelt und zum anderen im Hamburger Ärzteblatt veröffentlicht wurde. Des Weiteren befasste sich der Arbeitskreis mit der Frage, wie eine weitere Integration des Themas Sucht in die Weiterbildungsordnung stattfinden kann.

In einem Vortrag informierten sich die AK-Mitglieder Ende des Jahres über die „Therapie Suchtkranker im Maßregelvollzug“. Das Strafgesetzbuch schreibt vor, dass die Therapie im Maßregelvollzug vor Verbüßen der Haftstrafe stattfinden muss. Deutlich wurde hierbei, dass die Rückfallgefahr in Haft steigt. Sinnvoller wäre es aus Sicht des Arbeitskreises, den Patienten möglichst mit Wohnung, Arbeit und sozialer Einbindung aus der Maßregel entlassen zu können.

Die Mitglieder des Arbeitskreises:

Dr. Klaus Behrendt (Vorsitzender)

Dr. Uwe Verthein (stellvertretender Vorsitzender)

Dr. Ulrich Bloemeke

Dr. Patrick Grzybek

Werner Pietsch

Dr. Sybille Quellhorst

Priv.-Doz. Dr. Dirk Schwoon

Dr. Ingeborg Schlömer

Hermann Schlömer

Dr. Robert Stracke

Dipl.-Psych. Thomas Zeikau

Arbeitskreis Häusliche Gewalt

Im Jahr 2005 fanden insgesamt 3 Sitzungen statt. Der Arbeitskreis befasste sich mit der Gestaltung des Leitfadens „Häusliche Gewalt“, der sich an niedergelassene Ärztinnen und Ärzte richtet. Dabei standen insbesondere redaktionelle Änderungen, Layout, Verteilung und Finanzierung des Leitfadens im Vordergrund. Ein weiterer Schwerpunkt fiel auf die Erarbeitung neuer Aufgaben des Arbeitskreises nach Beendigung der Arbeit am Leitfaden. Der Arbeitskreis wurde um 2 niedergelassene Fachärzte erweitert. 3 Mitglieder mussten die Arbeit im Arbeitskreis aus beruflichen Gründen beenden.

Die Mitglieder des Arbeitskreises:

Dr. Dragana Seifert (Vorsitzende)

Dr. Michael Zinke (stellvertretender Vorsitzender)

Dr. Brigitte Eschler

Dr. Axel Heinemann

Dr. Charlotte Köttgen

Dr. Andreas Krüger

Dr. Sven Anders

Isabel Said

Ausschuss DRG's im Krankenhaus und ihre Folgen in Klinik und Praxis

Der Ausschuss DRG hat im Jahr 2005 vier Mal getagt. Zunächst wurde vom Ausschuss das Thema Medizinische Versorgungszentren ausführlich im Zusammenhang rechtlicher und ökonomischer Aspekte, der Notfallversorgung und der Kooperation mit Hausärzten bearbeitet. In der April-Sitzung berichtete Bärbel Kraus, Geschäftsführerin von medi-convent GmbH, über ihr neues integriertes Versorgungsmodell. Bei mediconvent haben sich niedergelassene Ärzte, Kliniken, Apotheker und soziale Dienste zusammengeschlossen, um gemeinsam die Gesundheitsversorgung zum Nutzen der Patienten zu verbessern.

In einer weiteren Sitzung war Dr. Jörg Weidenhammer, Geschäftsführer der LBK Hamburg GmbH zu Gast und berichtete über das Konzept der LBK Hamburg GmbH bezüglich der Zusammenarbeit mit Einweisern.

Ferner setzte sich der Ausschuss mit den Neuheiten der DRG-Kalkulation auseinander. Für das Jahr 2006 ist geplant, sich mit den abgeschlossenen Verträgen der „Integrierten Versorgung“ zu beschäftigen.

Mitglieder des Ausschusses:

Günther van Dyk (1. Vorsitzender)

Dr. Eckhard von Bock und Polach (2. Vorsitzender)

Dr. Utz Garbe

Dr. Hans Victor Grüber

Dr. Dirk Heinrich

Kai Jensen

Volker Lambert

Prof. Christoph Lindner

Dr. Frank Ulrich Montgomery
Dr. Ulrich Müllerleile
Klaus Schäfer
Dr. Wolfgang Wesiack
Kai Zbieranek

Beitragsprüfungsausschuss

Der Beitragsprüfungsausschuss, der über Anträge auf Beitragnachlass, Beitragsbefreiung, Stundung und Ratenzahlung des Ärztekammerbeitrages 2005 zu entscheiden hat, trat im Berichtsjahr zu einer Sitzung zusammen. In der Sitzung wurden über insgesamt 18 Anträge auf Nachlass, Befreiung oder Stundung des Beitrages beraten und entschieden. 14 Anträge mussten ablehnend beschieden werden. 4 Anträge hatten einen Teilerfolg. Die niedrige Zahl von Anträgen kann als Beleg dafür gewertet werden, dass die Beitragsordnung insgesamt als gerecht angesehen und akzeptiert wird.

Diesem Ausschuss der Ärztekammer gehören folgende Mitglieder an:

Dr. med. Regina Buhl
Dr. med. Peter Calais
Dr. med. Adib Harb
Dr. med. Johann von Preyss
Dr. med. Wolfgang Wesiack

Ausschuss Arbeitsmedizin

Der Ausschuss „Arbeitsmedizin“ berät die Ärztekammer Hamburg bei arbeitsmedizinischen Fragen und Problemen. Im Jahr 2005 fanden drei Sitzungen statt.

Die Fortbildung und Qualitätssicherung in der Arbeitsmedizin waren die Hauptthemen der Sitzungen. Der in 2004 gegründete Qualitätszirkel traf alle zwei Monate zusammen. Auch in 2005 fanden wieder drei Betriebsbegehungen mit Betriebsmedizinerinnen und niedergelassenen Ärzten statt. Diese Veranstaltung fand im Kollegenkreis sehr positive Resonanz. Im März 2005 fand eine erste gemeinsame Fortbildungsveranstaltung mit Ärzten anderer Fachgruppen statt; dieses Mal mit den Augenärzten. Ferner beschäftigte sich der Ausschuss „Arbeitsmedizin“ mit den Auswirkungen geänderter Arbeitsschutzgesetze und Unfallverhütungsvorschriften.

Die Mitglieder des Ausschusses:

Dr. Ulrich Rogall (Vorsitzender)
Dr. Gerd Bandomer (stellv. Vorsitzender)
Prof. Xaver Baur
Dr. Oda Hausmann
Dr. Michael Peschke
Dr. Jens Petersen
Dr. Helmut Wallrabenstein
Dr. Ursula Weinssen

Fachgremium Hämotherapie Richtlinien

Am 18.02.2005 wurde die erste Änderung des Transfusionsgesetzes im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. In der Folge überarbeiteten Bundesärztekammer und Paul-Ehrlich-Institut die "Richtlinien zur Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen und zur Anwendung von Blutprodukten (Hämotherapie)" aus dem Jahr 2000. Diese traten nach Veröffentlichung im Bundesanzeiger am 06.11.2005 in Kraft und führten zu Veränderungen beim Verfahren der Überwachung des Qualitätssicherungssystems durch die zuständige Landesärztekammer. Nunmehr wird bei der Anwendung von Blutprodukten nach Art und Anzahl der in einer Einrichtung angewendeten Präparate unterschieden.

Für Einrichtungen, die ein großes Spektrum der Hämotherapie abdecken, wird die Überwachung des Qualitätssicherungssystems durch die zuständige Landesärztekammer spezifiziert, wohingegen für Einrichtungen, die Blutprodukte nach Art und Anzahl nur eingeschränkt anwenden, zukünftig geringere Anforderungen gelten. In der neuen Hämotherapie-Richtlinie wurde daher die folgende Kategorisierung vorgenommen:

1. Einrichtungen mit ausschließlicher Anwendung von Fibrinkleber und/oder Plasmaderivaten, die nicht zur Behandlung von Hämostasestörungen eingesetzt werden.
2. Einrichtungen, die weniger als 50 Erythrozytenkonzentrate pro Jahr transfundieren und keine anderen Anwendungen von Blutkomponenten oder Plasmaderivaten zur Behandlung von Hämostasestörungen vornehmen.
3. Einrichtungen, die mehr als 50 Erythrozytenkonzentrate pro Jahr transfundieren sowie Blutkomponenten und/oder Plasmaderivate für die Behandlung von Hämostasestörungen anwenden.

Transfundierende Belegärzte gliedern sich in das Qualitätssicherungssystem der belegärztlichen Krankenhausabteilung ein, wenn die Anwendung von Blutprodukten ausschließlich im Rahmen der Belegarztztätigkeit erfolgt.

Eine weitere Änderung in der neuen Hämotherapie-Richtlinie ist die Festschreibung der erforderlichen Qualifikationen und Aufgaben der Qualitätsbeauftragten und Transfusionsverantwortlichen.

Für Einrichtungen, die in die Kategorie 1 fallen, ist aufgrund der geringen Komplexität der organisatorischen Verfahrensschritte bei der Anwendung dieser Plasmaderivate eine Überwachung des Qualitätssicherungssystems nicht erforderlich.

Einrichtungen, die in die Kategorie 2 fallen, müssen der Ärztekammer Hamburg jährlich folgende Unterlagen übersenden:

- a. Nachweis der Qualifikationsvoraussetzung als Transfusionsverantwortlicher (Anlage 1 des beiliegenden Formblatts)
- b. Unterzeichnete Arbeitsanweisungen
- c. Kopie der Meldung an das Paul-Ehrlich-Institut über den Verbrauch an Blutprodukten

Einrichtungen, die in die Kategorie 3 fallen, müssen der Ärztekammer Hamburg jährlich folgende Unterlagen übersenden:

- a. Benennung des Qualitätsbeauftragten
- b. Nachweis der Qualifikation des Qualitätsbeauftragten
- c. Qualitätsbericht (Anlage 2 des beiliegenden Formblatts)

Gemäß Richtlinie 2005 müssen die betroffenen Einrichtungen erstmals zum 01.03.2006 der zuständigen Landesärztekammer die erforderlichen Unterlagen übersenden. Zur Umsetzung der Hämotherapie-Richtlinien im Kammerbereich hat das Fachgremiums Hämotherapie-Richtlinien wie auch in den vorangegangenen Jahren entsprechende Formblätter erarbeitet, um die Umsetzung der neuen Richtlinien für die betroffenen Einrichtungen mit einem realistischen Aufwand zu ermöglichen.

Mitglieder des Fachgremiums:

Herr Prof. Dr. med. A. Poschmann (Vorsitzender)

Herr Prof. Dr. med. P. Kühnl (stellvertretender Vorsitzender)

Frau Dr. med. A. Koßmann

Frau Dr. med. F. Raberg

Herr Dr. med. K. Becker

Herr Dr. med. S. Drescher

Herr Dr. med. Hannemann-Pohl

Ausschuss Grundrechte

Die konstituierende Sitzung des Ausschusses „Grundrechte“ fand am 13. April 2005 statt. 2005 tagte der Ausschuss dreimal. Die Mitglieder diskutierten in den Sitzungen vorwiegend das Thema „Rahmenbedingungen ärztlichen Handelns bei bevorstehender Abschiebung von Patienten“ auf der Grundlage des Kriterien-Katalogs der Bundesärztekammer sowie der Landesärztekammer Nordrhein. Ziel war es, Empfehlungen für die ärztliche Gutachtertätigkeit im Asylverfahren für Hamburger Ärztinnen und Ärzte zu erarbeiten. Mit Blick auf die Flugreisetauglichkeit wurden die „medical guidelines“ der Fluggesellschaften in Ergänzung zum Kriterien-Katalog als hilfreich erachtet. Weitere Themen des Ausschusses waren die gesundheitliche Versorgung von illegal in Hamburg lebenden Menschen ohne Krankenversicherung sowie das Thema „aktive Sterbehilfe“.

Im Ausschuss vertreten

Dr. Michael Reusch (Vorsitz)

Fanny Dethloff (stellvertretender Vorsitz)

Rainer Biskup

Dr. Axel Gehl

Prof. Winfried Kahlke

Dr. Frank Ulrich Montgomery

Dr. Christine Schroth der Zweite

Ausschuss Umweltmedizin

Im Verlauf des Berichtsjahres trat der Ausschuss zu insgesamt drei Sitzungen zusammen. Dabei wurden folgende Themen beraten:

- Präventions-Programm der Bundesregierung: Möglichkeiten für die Umweltmedizin
- Feinstaubproblem – EU-Richtlinie und die deutsche Umsetzung
- Handy-Benutzung bei Jugendlichen und Kindern
- Initiative zur Schaffung eines „Schimmel-Mobiles“ in Norddeutschland
- Bedeutung bzw. Priorität umweltmedizinischer Probleme und dringender Forschungsvorhaben
- 80-Stunden Curriculum Umweltmedizin: Organisation eines neuen Kurses im Hamburg

Der plötzliche Tod des Vorsitzenden des Ausschusses Umweltmedizin machte eine Nachwahl notwendig. Als neuer Vorsitzender wurde Herr Dr. zum Winkel und als stellvertretender Vorsitzender Herr Professor Schmoltd gewählt. Der Ausschuss initiierte eine Sonderveranstaltung zum Gedenken an den prakt. Arzt und Umweltmediziner K.-R. Fabig mit dem Thema „Aktuelles aus der Umweltmedizin“, das am 31.05.2006 stattfinden soll.

Die Mitglieder des Ausschusses:

Karl-Rainer Fabig, Praktischer Arzt (Vorsitz, verstorben am 28.05.2005)

Dr. Gerd Bandomer, Arzt für Allgemeinmedizin und Betriebsmedizin

Dr. Gabriele Buck-Görges, Ärztin für Innere Medizin, Umweltmedizin, Naturheilverfahren, Betriebsmedizin

Dr. Thomas Fenner, Arzt für Mikrobiol. und Infektionsepidemiol., Umweltmedizin

Dr. Eckbert Finsterwalder, Arzt für Frauenheilkunde und Geburtshilfe

Dr. Annette Gäßler, Ärztin für Allgemeinmedizin, Arbeitsmedizin, Umweltmedizin, Rettungsmedizin

Helga Heidbüchel-Braatz, Ärztin für Innere Medizin, Allgemeinmedizin, öffentliches Gesundheitswesen

Dr. Sabine Müller-Bagehl, Ärztin für Arbeitsmedizin, Umweltmedizin

Dr. Norbert Neuburger, Arzt für Innere Medizin, Umweltmedizin

Andreas Respondek, Arzt für Arbeitsmedizin

Dr. Ulrich Rogall, Arzt für Arbeitsmedizin

Prof. Dr. Achim Schmoltd, Arzt für Pharmakologie und Toxikologie

Dr. Thomas Schultek, Arzt für Innere Medizin, Arbeitsmedizin, Umweltmedizin

Günther van Dyk, Arzt, Med. Controlling

Michel Walz, Arzt für Innere Medizin, Umweltmedizin

Dr. Albrecht zum Winkel, (Vorsitz) Arzt für Arbeitsmedizin, Praktischer Arzt, Umweltmedizin

Schlichtungsausschuss

Die Rechtsgrundlagen für die Durchführung eines Schlichtungsverfahrens sind in § 11 des Hamburgischen Kammergesetzes für die Heilberufe vom 14. Dezember 2005 geregelt. An den Sitzungen des Ausschusses nimmt die Justitiarin der Ärztekammer teil, um im Schlichtungsverfahren jederzeit ihren rechtlichen Rat einbringen zu können.

Im Berichtsjahr wurde kein Antrag gestellt.

Die Mitglieder des Ausschusses im Berichtsjahr waren:

Dr. med. Hans-Jürgen Bohnhoff (Vorsitz)

Dr. med. Adib Harb

Dr. med. Bruno Schmolke

Frau Dr. med. Antje Haag (stellv. Beisitzer)

Dr. med. Holger Jens Gellermann (stellv. Beisitzer)

Dr. med. Hinrich Sudeck

Vertreter der Ärztekammer in Gremien der Bundesärztekammer

Es ist die Aufgabe des Vorstands, die Hamburger Vertreter in den Ständigen Konferenzen der Bundesärztekammer zu benennen. Die derzeitige Besetzung mit Hamburger Vertretern ergibt sich aus der nachfolgenden Aufstellung:

| | |
|--|--|
| Deutsche Akademie für Allgemeinmedizin | Dr. Klaus-Otto Allmeling |
| Deutsche Akademie der Gebietsärzte | Dr. Hanno Scherf |
| Deutscher Senat für ärztliche Fortbildung | Dr. Hanno Scherf Dr. Carsten Leffmann |
| Arbeitsgruppe Fortbildungszertifikat des Deutschen Senats für ärztliche Fortbildung | Dr. Carsten Leffmann |
| Finanzkommission der Bundesärztekammer | Dr. Klaus-Otto Allmeling Dr. Adib Harb Dipl.-Vw. Donald Horn |
| Arbeitskreis Mittelfristige Finanzkommission | Dipl.-Vw. Donald Horn |
| Ständige Konferenz (STÄKO) der Rechtsberater | Ass. Gabriela Luth |
| STÄKO „Ärztinnen“ | Dr. Angelika Koßmann |
| STÄKO „Ärztliche Versorgungswerke und Fürsorge“ | Dr. Torsten Hemker Dr. Eberhard Schulze |
| STÄKO „Ärztliche Weiterbildung“ | Dr. Bruno Schmolke Dr. Dirk Heinrich Dr. Klaus Beelmann |
| STÄKO „Zur Beratung der Berufsordnung für die deutschen Ärzte“ | Dr. Klaus Beelmann Ass. Gabriela Luth |
| STÄKO „Betriebsärztliche Versorgung“ | Dr. Ulrich Rogall |
| STÄKO „Vertreter der Geschäftsführungen der Landesärztekammern“ | Dr. Klaus Beelmann |
| STÄKO der Geschäftsführungen und der Vorsitzenden der Ethikkommissionen der Landesärztekammern | Dr. Silke Schrum Prof. Dr. Thomas Weber |
| STÄKO „Gesundheit und Umwelt“ | Karl-Rainer Fabig (bis 05/2005) |
| STÄKO „Gutachterkommissionen / Schlichtungsstellen“ | Dr. Jasper Kiehn |
| STÄKO „Krankenhaus“ | Prof. Dr. Christoph Lindner |
| STÄKO „Medizinische Fachberufe“ | Dr. Hartmut Horst |
| STÄKO „Öffentlichkeitsarbeit“ | Dorthe Kieckbusch/Nicola Timpe |
| STÄKO „Qualitätssicherung“ | Prof. Dr. Martin Carstensen Dr. Carsten Leffmann |

| | |
|--|---|
| STÄKO „Prävention und Gesundheitsförderung“ | Dorthe Kieckbusch/Nicola Timpe |
| Arbeitsgruppe der Influenzapandemiebeauftragten der Landesärztekammern | Dr. Carsten Leffmann Dr. Klaus Beelmann |
| STÄKO „Europäische Angelegenheiten“ | Ass. Gabriela Luth Dr. Klaus Beelmann Dr. Frank Ulrich Montgomery |

Liste der Fachbeisitzer / Prüfer 2005

Vorsitzende

Dr. Karlheinz Adam
 Dr. Klaus Beelmann
 Prof. Jochen Bockemühl
 Dr. Peter Brümmer
 Dr. Ernst Bücken
 PD Dr.K.-H. Damm
 Dr. Heinrich Erdmann
 Dr. Jürgen Furtwängler
 Dr. Helga Grabe
 Prof. Hoppe-Seyler
 Dr. Rolf-Dietrich Jänz
 Dr. Gerd Kruse
 Dr. Anatol Kurme
 Dr. Carsten Leffmann
 Prof. Volker Lehmann
 Prof. Hartmut Liebau
 Dr. Volker Müller
 Prof. Gerd Neumann
 Prof. Georg Neumann
 Dr. Heidi Peters
 Dr. Gerhard Schade
 Dr. Winfried Schulz
 Dr. Hartmut Seidel
 PD Dr. Walter Sietzen
 Dr. Peter Sievers
 Prof. Volker Sill
 Prof. Lothar Swoboda
 Dr. Reinhart Zschaber

Allgemeinmedizin

Dr. Hans-Ulrich Comberg
 Dr. Wolfgang Ewert
 Dr. Michael Funke
 Dr. Sibylle Harkert
 Dr. Markus Hoffmann
 Dr. Günther Hermann Klötzl
 Dr. Barbara Kohlmorgen
 Dr. Hans-Michael Köllner
 Dr. Dietrich Lau
 Dr. Ursula Linn
 Dr. Karl-Christian Münter
 Dr. Frank Neldner
 Dr. Detlef Niemann
 Dr. Bernd Reim
 Dr. Heimo Runge-Maulwurf
 Dr. Wolfgang Schmidt
 Dr. Hans-Marten Schrader
 Dr. Kurt Schröder
 Dr. Gerhard Schulze
 Dr. Ralph-Martin Schwerdt
 Dr. Frank Stüven
 Herr Heinrich Többen
 Dr. Gerhard Weth

Anästhesiologie

Prof. Hanswerner Bause, Asklepios
 Altona
 Herr Heinz-Hugo Berkel, Bundes-
 wehrkrankenhaus
 Dr. Harald Boettcher, Universitätskli-
 nikum HH-Eppendorf

Dr. Cord Busse, Asklepios St. Georg

Dr. Karen Drögemeier, Universitäts-
klinikum HH-Eppendorf

Prof. Wolfgang Chr. Heß, Asklepios
St. Georg

Dr. Joachim Hoitz, Bundeswehr-
krankenhaus

Dr. Nimal Jayaweera, Asklepios
Wandsbek

PD Dr. Thomas Kloess, Asklepios
Harburg

Dr. Dörte Kühnle-Schneider-Affeld,
niedergelassen

Frau Doris Leist, Asklepios Wands-
bek

Dr. Gerd Melichar, Asklepios
Wandsbek

Dr. Hans-Richard Paschen, Ev.
Amalie-Sieveking-Krhs.

PD Dr. Jörg Rathgeber, Alberti-
nenkrankenhaus

Prof. Norbert Rolf, Marienkranken-
haus

Dr. Peter-Michael Schilke, Asklepios
Westklinikum

Dr. Peter Voeltz, Berufsgen. Un-
fallkrhs.

Herr Thorsten Wilde, Asklepios
Wandsbek

Spezielle Weiterbildung: Spe- zielle Anästhesiologische In- tensivmedizin

Prof. Hanswerner Bause, Asklepios
Altona

Dr. Cord Busse, Asklepios St. Georg

Dr. Joachim Hoitz, Bundeswehr-
krankenhaus

PD Dr. Thomas Kloess, Asklepios
Harburg

Dr. Gerd Melichar, Asklepios
Wandsbek

Dr. Hans-Richard Paschen, Ev.
Amalie-Sieveking-Krhs

PD Dr. Jörg Rathgeber, Alberti-
nenkrankenhaus

Prof. Norbert Rolf, Marienkranken-
haus

Dr. Jürgen Schlieve, Asklepios
Wandsbek

Herr Michael Seibel, Ev. Amalie-
Sieveking-Krhs.

Dr. Peter Voeltz, Berufsgen. Un-
fallkrhs.

Herr Thorsten Wilde, Asklepios
Wandsbek

Anatomie

PD Dr. Dietrich Lorke, Universitäts-
klinikum HH-Eppendorf

Prof. Ulrich Mangold, Universitätskli-
nikum HH-Eppendorf

Prof. Cornelia Schulze, Universitäts-
klinikum HH-Eppendorf

Prof. Udo Schumacher, Universitäts-
klinikum HH-Eppendorf

Arbeitsmedizin (gleichzeitig Prüfer für Betriebsmedizin)

Prof. Xaver Baur, Zentra-
linst.f.Arbeitsmedizin

Dr. Martina Bergann, DaimlerChrys-
ler

Dr. Mathias Feindt, Hanni-Körper,
Bergedorf

Dr. Hans-Henning Fries, BP

Dr. Heidrun Hartmann, IAS

Prof. Bernd Hartmann, BauBG
Hamburg

Dr. Birgit Krähe, Beiersdorf

Dr. Ulrich Meldau, HEW
 Dr. Bernd Paulmann, Siemens
 Dr. Wolfgang Paulsen, Exxonmobil
 Central Europe
 Dr. Michael Peschke, Personalamt -
 Personalärztlicher Dienst
 Dr. Volker Pruszkowski, Be-
 rufsg.Arbeitsmed. Dienst
 Dr. Ulrich Rogall, niedergelassen
 Dr. Thomas Schultek, Norddeutsche
 Affinerie
 Dr. Helmut Wallrabenstein, Berufs-
 förderungswerk
 Dr. Ursula Weinszen, Amt f. Arbeits-
 schutz
 Dr. Peter Wrogemann, Deutsche
 Bahn AG

Augenheilkunde

Dr. Gudrun Bischoff, niedergelas-
 sen
 Prof. Matthias Böhnke, niedergelas-
 sen
 Prof. Dietrich von Domarus, Asklepi-
 os Klinik Barmbek
 PD Dr. Kay-Uwe Hamann, niederge-
 lassen
 Dr. Udo Heuer, niedergelassen
 Dr. Jörg-Dieter Hillemann, niederge-
 lassen
 Dr. Joachim Kienast, niedergelas-
 sen
 Prof. Maren Klemm, Universitätskli-
 nikum HH-Eppendorf
 Herr Andreas Meinke, Bundeswehr-
 krankenhaus
 Prof. Gisbert Richard, Universitäts-
 klinikum HH-Eppendorf

Dr. Rüdiger Schwartz, Universitäts-
 klinikum HH-Eppendorf

Prof. Wolfgang Wiegand, Asklepios
 Klinik Nord Campus Heidberg

Dr. Harald Wirt, Asklepios Klinik
 Barmbek

Biochemie

Prof. Reinhard Bredehorst, Universi-
 tätsklinikum HH-Eppendorf

Chirurgie

Prof. Heinz Sigurd Brieler, Bethesda
 AK Bergedorf

PD Dr. Christoph Busch, Universi-
 tätsklinikum HH-Eppendorf

PD. Dr. Arnulf Dörner, Diakonie Kli-
 nikum-BT Alten Eichen

Dr. Gerhard Dost, Bethesda AK Ber-
 gedorf

Herr Harald Friedrich, niedergelas-
 sen

Dr. Hans-Dieter Gartmann-Scharf,
 niedergelassen

Dr. Ursula Grünwald, Bethesda-AK
 Bergedorf

Prof. Kofi de Heer, Diakonie Klini-
 kum-BT Alten Eichen

Dr. Beate Herbig, Diakonie Klinikum-
 BT Alten Eichen

Prof. Jakob Robert Izbicki, Universi-
 tätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Helmut Kortmann, Asklepios
 Altona

Prof. Frank-Erich Lüdtke, Asklepios
 St. Georg

Dr. Klaus Möbius

Dr. Henrik Mondt, Albertinen-Krhs.

Dr. Johannes Pietschmann, niedergelassen

Dr. Bernd-Joachim Rasch, Krhs. Mariahilf

Prof. Klaus Rückert, Asklepios Klinik Nord Campus Heidberg

Prof. Marc-Alberto Sailer, Bethesda AK Bergedorf

Dr. Elmar Schäfer, niedergelassen

Dr. Dr. Michael Scheja, niedergelassen

Dr. Lutz Steinmüller, Asklepios Eilbek

Dr. Wolfgang-Paul Tigges, Asklepios Westklinikum

Prof. Volker Wening, Asklepios Altona

Prof. Carsten Zornig, Israelitisches Krhs.

Schwerpunkt Gefäßchirurgie

Dr. Peter Breuer, Asklepios Wandsbek

Dr. Harald Daum, Asklepios Harburg

Dr. Frank Johnsen, Asklepios Altona

Prof. Helmut Kortmann, Asklepios Altona

Dr. Henrik Mondt, Albertinen-Krankenhaus

Prof. Marc-Alberto Sailer, Bethesda AK-Bergedorf

Dr. Joachim Schneider, Asklepios St. Georg

Dr. Wolfgang-Paul Tigges, Asklepios Westklinikum

Herr Jürgen Westenhoff, Albertinen-Krankenhaus

Schwerpunkt Thoraxchirurgie

PD Dr. Christoph Busch, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Ursula Engel, Asklepios Altona

Prof. Jakob Robert Izbicki, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Christian Kugler, Asklepios Harburg

Schwerpunkt Unfallchirurgie

Prof. Manfred Dallek

Dr. Wolfgang Dehoust, niedergelassen

Prof. Christoph Eggers, Asklepios St. Georg

Dr. Maximilian Faschingbauer, Berufsgen. Unfallkrhs.

Dr. Wolfgang Fenselau, niedergelassen

Dr. Stefan Fuchs, Berufsgen. Unfallkrhs.

PD Dr. Christian Jürgens, Berufsgen. Unfallkrhs.

Dr. Ulf Lütjohann, Marienkrankenhaus

Dr. Hans Werner Kranz, Berufsgen. Unfallkrhs.

Dr. Wolfgang Linhart, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Jürgen Madert, Asklepios St. Georg

Prof. Norbert Michael Meenen, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Johannes Maria Rueger, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Jochem Schmidt, niedergelassen

Prof. Volker Wening, Asklepios Altona

Dr. Martin Wurm, Berufsgen. Unfallkrhs.

Schwerpunkt Visceralchirurgie

Prof. Heinz Sigurd Brieler, Bethesda AK-Bergedorf

PD Dr. Christoph Busch, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

PD Dr. Arnulf Dörner, Diakonie Klinikum-BT Alten Eichen

Dr. Ursula Engel, Asklepios Altona

Prof. Kofi de Heer, Diakonie Klinikum-BT Alten Eichen

Dr. Beate Herbig, Diakonie Klinikum-BT Alten Eichen

Prof. Jakob Robert Izbicki, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Marc-Alberto Sailer, Bethesda AK-Bergedorf

Dr. Lutz Steinmüller, Asklepios Eilbek

Prof. Carsten Zornig, Israelitisches Krankenhaus

Radiologie / Diagnostische Radiologie

Prof. Gerhard Adam, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Herwig Denkhaus, Marienkrankenhaus

Dr. Hans Jürgen Falcke, niedergelassen

Herr Carsten Fünsterer, niedergelassen

Prof. Walter Gross-Fengels, Asklepios Harburg

Dr. Suad Jaganjac, Asklepios Eilbek

Dr. Gerrit Krupski-Berdien, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Rainer Maas, niedergelassen

Dr. Renate Michalik-Himmelmann, Asklepios Eilbek

Dr. Manfred Siemers, Albertinen-Krankenhaus

Dr. Joachim Stegmann, Kinderkrhs Wilhelmstift

Prof. Hermann Vogel, Asklepios St. Georg

Prof. Otto-Henning Wegener, Asklepios Altona

Dr. Ralph Wenzel, niedergelassen

Prof. Gerd Witte, Asklepios Wandsbek

Schwerpunkt Kinderradiologie

Dr. Anno Diemer, Altonaer Kinderkrhs.

Dr. Andreas Leenen, Kinderkrhs. Wilhelmstift

Dr. Joachim Stegmann, Kinderkrhs. Wilhelmstift

Schwerpunkt Neuroradiologie

Dr. Ulrich Grzyska, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Wolfhard Lege, Asklepios Klinik Nord/Heidberg

Dr. Andreas Leppien, Asklepios Altona

Prof. Dr. Hermann Zeumer, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Frauenheilkunde und Geburtshilfe

Dr. Helmut Corterier, Bethesda AK Bergedorf

Dr. Carl-Rüdiger Deichmann, niedergelassen

Dr. Andrea Ehni, niedergelassen

Dr. Martin Frank, Marienkrankenhaus

Dr. Thomas Gent, niedergelassen

Dr. Hans-Heino Hille, niedergelassen

Dr. Dorothee Kimmich-Laux, niedergelassen

Dr. Ingo von Leffern, Asklepios Wandsbek

Prof. Christoph Lindner, Elim Krhs.

Dr. Volker Maaßen, Asklepios Harburg

Herr Andreas Möckel, niedergelassen

Dr. Ekkehart Rueckert, Krankenhaus Mariahilf

Dr. Michael Scheele, Asklepios Klinik Nord Campus Heidberg

Prof. Hans-Peter Scheidel, Marienkrankenhaus

Dr. Hans-Albrecht von Waldenfels, niedergelassen

Dr. Cornelia Windscheid, niedergelassen

Spezielle Weiterbildung: Gynäkologische Endokrinologie und Reproduktionsmedizin

Dr. Gerd Bispink, niedergelassen

Prof. Heinz Günther Bohnet, niedergelassen

Prof. Wilhelm Brändle, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

PD Dr. Michael Graf, niedergelassen

Dr. Annette Kleinkauf-Houcken, niedergelassen

Dr. Katrin Schaudig, niedergelassen

Dr. Martin Seeler, niedergelassen

Spezielle Weiterbildung: Spezielle Geburtshilfe und Perinatalmedizin

Prof. Martin Carstensen, Albertinen-Krhs.

Dr. Wolfram Czopnik, Ev. Amalie Sieveking Krhs.

Prof. Bernhard Hackelöer, Asklepios Klinik Barmbek

PD Dr. Kurt Hecher, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Bernd Hüneke, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Fritz Jänicke, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Christoph Lindner, Elim Krhs.

Dr. Michael Scheele, Asklepios Klinik Nord Campus Heidberg

Prof. Hans-Peter Scheidel, Marienkrhs.

Prof. Peter Schmidt-Rhode, Frauenklinik Barmbek-Finkenau

Haut- und Geschlechtskrankheiten

Dr. Clemens Buck, niedergelassen

Dr. Gabriele Hartmann, niedergelassen

Prof. Peter Höger, Kinderkrankenhaus Wilhelmstift

Dr. Wolfgang Kimmig, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Altfrid Kirchhoff, niedergelassen

Prof. Hartwig Mensing, niedergelassen

Prof. Ingrid Moll, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Karsten Neuber, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Ralf Paus, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Steffen Reimlinger, niedergelassen

Dr. Dieter Reinel

PD Dr. Christian Sander, Asklepios St. Georg

Prof. Volker Steinkraus, niedergelassen

Dr. Rolf Ulrich, Bundeswehrkrankenhaus

Dr. Joachim Weiß, niedergelassen

Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde

Dr. Heike Auffermann, Asklepios Altona

Dr. Eckhardt Biermann, Asklepios St. Georg

Dr. Klaus Domdey, niedergelassen

Dr. Lothar Gramer, Bundeswehrkrankenhaus

Prof. Michael Handrock, Asklepios Klinik Nord Campus Heidberg

Dr. Dirk Heinrich, niedergelassen

Prof. Dr. Wolfgang Kehrl, Marienkrankenhaus

Prof. Rudolf Leuwer

Prof. Manfred Münzel

Dr. Hans-Joachim Proescher, niedergelassen

Dr. Erdmann von Salisch, niedergelassen

Dr. Helfried Schade, Asklepios Klinik Nord Campus Heidberg

Prof. Jobst von Scheel, Asklepios St. Georg

Dr. Nikolaus A. Töpfer, niedergelassen

Dr. Niels Graf von Waldersee, niedergelassen

Herzchirurgie

Dr. Kwaku Ayisi, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Volker Döring, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Stephan Geidel, Asklepios St. Georg

Dr. Mohamed Ismail, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Hans-Joachim Krebber, Krankenhaus Jerusalem

Dr. Peter Marcsek, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Jörg Ostermeyer, Asklepios St. Georg

Prof. Hermann Reichenspurner, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

PD Dr. Friedrich-Christian Riess, Albertinen-Krhs.

Spezielle Weiterbildung: Spezielle Herzchirurgische Intensivmedizin

Dr. Kwaku Ayisi, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Volker Döring, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Friedrich-Christian Riess, Albertinen-Krhs.

Humangenetik (* sind auch Prüfer für den Bereich Medizinische Genetik)

Prof. Andreas Gal *), Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Karsten Held *), niedergelassen

Dr. Elke Kaminsky *), niedergelassen

Dr. Ernst Krasemann, niedergelassen

Dr. Sabine Lüttgen *), Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Hiltrud Marschner-Schäfer *), niedergelassen

Prof. Peter Meinecke*), Altonaer Kinderkrhs.

Hygiene und Umweltmedizin

Prof. Erhard Pfeiffer, Hygienisches Institut

Innere Medizin

Dr. Reinhard Bormann, niedergelassen

Prof. Jörg Braun, Asklepios Wandsbek

Dr. Michael Burlage, niedergelassen

Dr. Olaf Coym, Krhs. Elim

Dr. Jürgen Ebeling, niedergelassen

Prof. Hugo Th. Heidemann, Asklepios Eilbek

Dr. Klaus Korte

Dr. Ann-Kathrin Meyer, Asklepios Wandsbek

Prof. Michael Otte, Asklepios Wandsbek

Prof. Dietmar Scholz, niedergelassen

Prof. Tammo von Schrenck, Bethesda AK Bergedorf

Prof. Ulrich Schwedes, Asklepios Klinik Barmbek

Prof. Roland Scola, Wilhelmsburger Krankenhaus Groß-Sand

Dr. Eckhard Stein, niedergelassen

Dr. Andreas Thiemann, niedergelassen

Dr. Ulrich Wendisch, niedergelassen

Schwerpunkt Angiologie

Dr. Heinz-Hubert Breuer, niedergelassen

Herr Michael Hasfeld, niedergelassen

Dr. Klaus Jaeger, Asklepios Klinik Nord Campus Ochsenzoll

Dr. Björn-Michael Schulenburg, Asklepios Harburg

Schwerpunkt Endokrinologie

Prof. Christoph Bamberger, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Frank-Ulrich Beil, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Matthias Epe, niedergelassen

Dr. Werner Mischke, niedergelassen

Prof. Heinrich Schulte, niedergelassen

Prof. Ulrich Schwedes, Asklepios Klinik Barmbek

Schwerpunkt Gastroenterologie

Dr. Michael Burlage, niedergelassen

Dr. Wolfgang Burmeister, niedergelassen

Dr. Wolfram Garbe, niedergelassen

Prof. Peter Layer, Israelitisches Krhs.

Prof. Dr. Guntram Lock, Albertinen-Krankenhaus

Prof. Michael Otte, Asklepios Wandsbek

Prof. Andreas Raedler, Asklepios Westklinikum

Dr. Klaus Reuter, niedergelassen
 Prof. Tammo von Schrenck, Bethesda AK Bergedorf
 Prof. Dr. Andreas de Weerth, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Schwerpunkt Hämatologie und internistische Onkologie

Dr. Klaus Becker, niedergelassen
 Dr. Dietrich Braumann, Asklepios Altona
 Dr. Siegfried Drescher, niedergelassen
 Prof. Axel-Rainer Hanauske, Asklepios St. Georg
 PD Dr. Nicolaus Kröger, Universitätsklinikum HH-Eppendorf
 Dr. Peter Müller, Asklepios Klinik Nord Campus Heidberg
 Dr. Ulrich Müllerleile, Asklepios Klinik Barmbek
 Dr. Dieter Platz, niedergelassen
 Prof. Norbert Schmitz, Asklepios St. Georg
 Dr. Axel Stang, Asklepios Altona
 Prof. Axel Zander, Universitätsklinikum HH-Eppendorf
 Dr. Wolfgang Zeller, niedergelassen

Schwerpunkt Kardiologie

PD Dr. Matthias Antz, Asklepios St. Georg
 Dr. Carsten Johannes Brockhoff, niedergelassen
 Herr Tushar Dave, Asklepios Altona
 Dr. Christoph Diefenbach, Asklepios Altona
 Dr. Matthias Gasthaus, Ev. Amalie-Sieveking Krhs.

Herr Manfred Geiger, niedergelassen
 Prof. Hugo Heidemann, Asklepios Eilbek
 Dr. Sören Heik, niedergelassen
 Dr. Andreas Hinrichs, niedergelassen
 Prof. Karl-Heinz Kuck, Asklepios St. Georg
 PD Dr. Klaus-Peter Kunze, niedergelassen
 PD Dr. Andreas van de Loo, Marienkrankenhaus
 Prof. Thomas Meinertz, Universitätsklinikum HH-Eppendorf
 Dr. Volker Petersen, niedergelassen
 Dr. Georg Poppele, Ev. Krhs. Alsterdorf
 Dr. Thomas Schröder, niedergelassen
 Dr. Henning Seevers, niedergelassen
 Prof. Paul Spiller

Schwerpunkt Nephrologie

Prof. Folkert Bode, niedergelassen
 Dr. Michael Burlage, niedergelassen
 Dr. Ingo Krenz, niedergelassen
 Dr. Stefan Mees, niedergelassen
 Dr. Winfried Rammé, Asklepios Klinik Barmbek
 Prof. Rolf Stahl, Universitätsklinikum HH-Eppendorf
 Dr. Andreas Stahn, niedergelassen
 Dr. Karl-Otmar Stenger, niedergelassen
 Prof. Friedrich Thaiss, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

PD Dr. Karl Wagner, Asklepios Klinik
Barmbek

Dr. Heinz Wilms, niedergelassen

Schwerpunkt Pneumologie

Dr. Rüdiger Bock, niedergelassen

Prof. Jörg Braun, Asklepios Wands-
bek

Dr. Jürgen Ebeling, niedergelassen

Dr. Jan Fraedrich, niedergelassen

Dr. Jens Grützmacher, niedergelas-
sen

Dr. Andreas Karneier, niedergelas-
sen

Prof. Eckhard Kaukel, Asklepios
Harburg

Dr. Ulrich Kondziella, niedergelassen

Dr. Ulrich Kramer, Asklepios Har-
burg

Dr. Thomas Kurz, Asklepios Altona

Dr. Ralf Oertel, niedergelassen

Dr. Dirk-Christian Patzer, niederge-
lassen

Dr. Christoph Petermann, Asklepios
Harburg

Dr. Tibor Schmoller, niedergelassen

Dr. Stefan Schwarz, Asklepios Har-
burg

Dr. Hartmut Timmermann, niederge-
lassen

Schwerpunkt Rheumatologie (Innere Medizin)

Dr. Volker Petersen, niedergelassen

Dr. Harald Tremel, niedergelassen

Dr. Wolfgang Winter, Asklepios Eil-
bek

Prof. Jürgen Wollenhaupt, Asklepios
Eilbek

Spezielle Weiterbildung: Spe- zielle Internistische Intensiv- medizin

Prof. Jörg Braun, Asklepios Wands-
bek

Dr. Peter Buggisch, Universitätsklini-
kum HH-Eppendorf

Herr Tushar Dave, Asklepios Altona

Dr. Jens Fricke, Asklepios Harburg

Prof. Georg Kreymann, Universitäts-
klinikum HH-Eppendorf

Dr. Matthias Müller-Schulz, Marien-
krankenhaus

Dr. Norbert Ruge, Asklepios Klinik
Nord Campus Heidberg

Prof. Tammo von Schrenck, Bethes-
da AK Bergedorf

PD Dr. Bertram Weiß, Asklepios
Westklinikum

Spezielle Weiterbildung: Klini- sche Geriatrie

Dr. Peter Flesch, Richard-Remé-
Haus

PD Dr. Werner Hofmann, Asklepios
Klinik Nord Campus Ochsenzoll

Prof. Wolfgang Meins, Albertinen-
Haus

Dr. Ann-Kathrin Meyer, Asklepios
Wandsbek

Dr. Michael Michaelis, Albertinen-
Haus

Prof. Wolfgang von Renteln-Kruse,
Albertinen-Haus

Prof. Roland Scola, Wilhelmsburger
Krankenhaus Groß-Sand

Dr. Jutta Wilk, Diakonie-Krankenhaus-BT Bethanien

Kinderchirurgie

Dr. Uwe Hübner, Kinderkrhs. Wilhelmstift

Herr Ryszard Kamzela, niedergelassen

Prof. Wolfgang Lambrecht, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Rüdiger Werbeck, Kinderkrhs. Wilhelmstift

Dr. Gero Wesener, niedergelassen

Kinder- und Jugendmedizin

Dr. Frank Baumann, Krhs. Mariahilf

PD Dr. Jens-Christian Commentz, niedergelassen

Prof. Hans Henning Hellwege, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Christoph Hertzberg, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Frau Prof. Gritta Janka-Schaub, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Petra Kapaun, niedergelassen

Dr. Rudolf Lepler, Kinderkrhs. Wilhelmstift

Dr. Hans-Ulrich Neumann, niedergelassen

Dr. Winfried Oelkers, niedergelassen

Dr. Wolfgang Rebien, niedergelassen

Dr. Bernd Riedel, niedergelassen

Prof. Frank Riedel, Altonaer Kinderkrhs.

Herr Albrecht Römhild, niedergelassen

Dr. Karl Robert Schirmer, niedergelassen

Prof. Nikolaus Stahnke

PD Dr. Norbert Veelken, Asklepios Klinik Nord Campus Heidberg

Dr. Axel von der Wense, Altonaer Kinderkrhs.

Prof. Rolf Willig, niedergelassen

Schwerpunkt Kinderkardiologie

Dr. Christian Beyer, niedergelassen

Dr. Michele Eiselt, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Stefan Renz, niedergelassen

Dr. Katrin Schirmer, Asklepios Klinik Nord Campus Heidberg

Dr. Karl Robert Schirmer, niedergelassen

Prof. Jochen Weil, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Schwerpunkt Neonatologie

Dr. Christoph Beckmann, Kinderkrhs. Wilhelmstift

Dr. Egmont Harps, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Hans Henning Hellwege, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Axel Hennenberger, Kinderkrhs. Wilhelmstift

Dr. Reinhard Laux, Asklepios Klinik Barmbek

Frau Bozena Liedtke, Asklepios Klinik Barmbek

PD Dr. Elisabeth Raedler, Altonaer Kinderkrhs.

Dr. Rainer Süßenguth, Altonaer Kinderkrhs.

Herr Uwe Thiede, Asklepios Klinik Nord Campus Heidberg

Dr. Axel von der Wense, Altonaer Kinderkrhs.

Schwerpunkt Neuropädiatrie

Dr. Ulrike Ancker, niedergelassen

Dr. Burkhard Püst, Kinderkrhs. Wilhelmstift

Dr. Kirsten Stollhoff, niedergelassen

PD Dr. Norbert Veelken, Asklepios Klinik Campus Heidberg

Spezielle Weiterbildung: Spezielle Pädiatrische Intensivmedizin

Dr. Egmont Harps, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Hans Henning Hellwege, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Axel Hennenberger, Kinderkrhs. Wilhelmstift

PD Dr. Elisabeth Raedler, Altonaer Kinderkrhs.

Dr. Rainer Süßenguth, Altonaer Kinderkrhs.

Dr. Axel von der Wense, Altonaer Kinderkrhs.

Kinder-u. Jugendpsychiatrie und -psychotherapie

Dr. Franz Otto Ambrass, niedergelassen

Dr. Silvia Borns, niedergelassen

Dr. Emil Branik, Asklepios Harburg

Herr Bernhard Henke, niedergelassen

Dr. Hans-Dieter Kowerk, niedergelassen

Dr. Kai-Uwe Nöhring

Dr. Reinhard Nolte, niedergelassen

Dr. Ralf Radizi, Krhs. Wilhelmstift

Prof. Peter Riedesser, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Katrin Schümann-Riquelme, niedergelassen

Prof. Michael Schulte-Markwort, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Tobias Wiencke, niedergelassen

Klinische Pharmakologie

Prof. Rainer H. Böger, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Laboratoriumsmedizin

Prof. Rüdiger Arndt, niedergelassen

Prof. Jens Christian Brümmer, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Claus Fenner, niedergelassen

Dr. Kurt Hannemann-Pohl, niedergelassen

Dr. Sieghard Kampf, Marienkrankenhaus

Dr. Carsten Schmidt, niedergelassen

Prof. Herbert Schmitz

Mikrobiologie und Infektions-epidemiologie

Dr. Thomas Fenner, niedergelassen

Prof. Heinz-Hubert Feucht, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Dietrich Mack, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Andreas Sammann, Gesundheitsbehörde Hamburg

Dr. Oliver Sandkamp, niedergelassen

Herrn Ingo Sobottka, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Andreas Wille, Hygienisches Institut

Prof. Hinrik von Wulffen, Asklepios
St. Georg

Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie

Dr. Dr. Volker Ibing, niedergelassen

Prof. Dr. Irene Jend-Rossmann, nie-
dergelassen

Prof. Dr. Reinhard Friedrich, Univer-
sitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Ulrich Konter, niedergelassen

Dr. Dr. Jochem Körholz, Bundes-
wehrkrhs

Prof. Dr. Thomas Kreuzsch, Asklepios
Klinik Campus Heidberg

Dr. Ulrich Reuters, niedergelassen

Dr. Dr. Hans-Günther Rudelt, nie-
dergelassen

Prof. Dr. Rainer Schmelzle, Universi-
tätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Dr. Gerhard Schwartz, niederge-
lassen

Dr. Dr. Reinhard Volkenstein, nie-
dergelassen

Dr. Michael Werner, Asklepios Alto-
na

Neurochirurgie

Prof. Niels Freckmann, Berufsgen.
Unfallkrhs.

Prof. Henning Friedrich

Prof. Eckard Halves

Dr. Mathias Hamann, Asklepios Kli-
nik Campus Heidberg

Dr. Thomas Hinzpeter

Dr. Martin Jakisch, Berufsgen. Un-
fallkrhs.

Dr. Christa Kamm, Berufsgen. Un-
fallkrhs.

PD Dr. Uwe Kehler, Asklepios Altona

PD Dr. Paul Kremer, Asklepios Klinik
Campus Heidberg

Dr. Michael Neuss, Berufsgen. Un-
fallkrhs.

Dr. Luca Papavero, Universitätsklimi-
kum HH-Eppendorf

Dr. Hendrik Tönnies, Asklepios Alto-
na

Prof. Manfred Westphal, Universi-
tätsklinikum HH-Eppendorf

Neurologie

Prof. Dr. Christian Arning, Asklepios
Wandsbek

Dr. Thomas Duwe, Bundeswehr-
krankenhaus

Herr Hartmut Fischer-Düsterhoff,
niedergelassen

Dr. Werner Günther, niedergelassen

Dr. Paul Hinse, niedergelassen

Prof. Lutz Lachenmayer, Asklepios
Klinik Barmbek

PD Dr. Michael Michalik, Senatsamt
für den Verwaltungsdienst

Prof. Axel Müller-Jensen, Asklepios
Altona

Prof. Rudolf Töpper, Asklepios Har-
burg

Dr. Rita Trettin, niedergelassen

Dr. Karl Vogel, niedergelassen

Prof. Peter Vogel, Asklepios St. Ge-
org

Prof. Thomas Weber, Marienkran-
kenhaus

Prof. Cornelius Weiller, Universitäts-
klinikum HH-Eppendorf

Spezielle Weiterbildung: Spezielle neurologische Intensivmedizin

Prof. Lutz Lachenmayer, Asklepios Klinik Barmbek

Prof. Axel Müller-Jensen, Asklepios Altona

Dr. Günther Thayssen, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Rudolf Töpfer, Asklepios Harburg

Prof. Thomas Weber, Marienkrankenhaus

Prof. Cornelius Weiller, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Neuropathologie

PD Dr. Christian Hagel, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Nuklearmedizin

Prof. Karl H. Bohuslavizki, niedergelassen

Prof. Malte Clausen, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Peter Frank, niedergelassen

Dr. Michaela Garn, Asklepios Altona

Prof. Bernhard Leisner, Asklepios St. Georg

Orthopädie

Dr. Andreas Betthäuser, Asklepios Eilbek

Dr. Peter-René Bock-Lamberlin, niedergelassen

Dr. Harm Bredemeier, niedergelassen

Dr. Gerald Eggers-Stroeder, niedergelassen

PD Dr. C.-H. Hartwig, niedergelassen

PD Dr. Achim Hedtmann, Klinik Fleetinsel

Dr. Torsten Hemker, niedergelassen

Dr. Matthias Honl, Asklepios Eilbek

Dr. Jan-Hauke Jens, Asklepios Eilbek

Prof. Bernd Kabelka, niedergelassen

Dr. Rolf-Rainer Lange, niedergelassen

Dr. Carsten Lütten, niedergelassen

Dr. Joachim Niehaus, Bundeswehrkrankenhaus

Dr. Thomas von Rothkirch, niedergelassen

Prof. Wolfgang Rüther, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

PD Dr. Ralf Stücker, Altonaer Kinderkrankenh.

Dr. Ralf Theermann, niedergelassen

Dr. Carsten Timm, niedergelassen

Dr. Lothar Wiesner, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Schwerpunkt Rheumatologie (Orthopädie)

PD Dr. C.-H. Hartwig, niedergelassen

Dr. Marlies Horstmeyer, niedergelassen

Dr. Ursula Rebien, niedergelassen

Prof. Wolfgang Rüther, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Werner Siekmann, Klinik Fleetinsel

Dr. Ralf Theermann, niedergelassen

Pathologie

Prof. Günter Delling, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Joachim Gottschalk, Asklepios Klinik Nord Campus Heidberg

Prof. Klaus Hamper, niedergelassen

Prof. Wilhelm-Wolfgang Höpker, Asklepios Klinik Barmbek

Dr. Rudolf Kopf

Dr. Brigitte Mahn, Asklepios Wandsbek

Prof. Axel Niendorf, niedergelassen

Prof. Wolfgang Saeger, Marienkrankenhaus

Prof. Hansjörg Schäfer, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Sören Schröder, niedergelassen

Prof. Mathias Vierbuchen, Asklepios St. Georg

Dr. Mathias Werner, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Pharmakologie u. Toxikologie

Prof. Thomas Eschenhagen, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Hans-Jürgen Mest, Lilly Forschung GmbH

Phoniatrie und Pädaudiologie

Dr. Sabine Fischer, niedergelassen

Prof. Markus M. Hess, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Marianne Röhrs, niedergelassen

Herr Alexander Swiridoff, niedergelassen

Dr. Graf Niels von Waldersee, niedergelassen

Dr. Thomas Wiesner, Werner-Otto-Institut

Physikalische und Rehabilitative Medizin

Dr. Dr. Helmut Brinkmann, Asklepios Klinik Campus Heidberg

Dr. Rüdiger Brocks, Endo-Klinik

Frau Angela M. Deventer, niedergelassen

Dr. Peter Flesch, Richard-Remé

Herr Jörg Galler, niedergelassen

Dr. Jean-Jacques Glaesener, Asklepios St. Georg

Dr. Antje Materna, niedergelassen

Herr Ronald Wesche, niedergelassen

Frau Sibylle Ziegert, Asklepios Eilbek

Physiologie

Prof. Hobe Schröder, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Jürgen Schwarz, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Plastische Chirurgie

Dr. Hans-J. Bargmann, niedergelassen

Dr. Jutta Böhling, niedergelassen

Dr. Klaus Fischer, Asklepios St. Georg

PD Dr. Dr. Reinhard Gröner, niedergelassen

Dr. Sigrid Hülsbergen-Krüger, niedergelassen

Dr. Klaus Müller, Asklepios Wandsbek

Dr. Irini Panteli, Berufsgen. Unfallkrhs.

Prof. Bernd-Dietmar Partecke, Berufsgen. Unfallkrhs.

Dr. Klaus Wittig, Diakonie-Klinikum-BT Alten Eichen

Psychiatrie und Psychotherapie

Dr. Karl-Heinz Biesold, Bundeswehrkrankenhaus

Dr. Hans-Jürgen Bohnhoff, niedergelassen

Dr. Dietrich Eck, KNO

Dr. Hans-Joachim Funke, Ev. Krhs. Alsterdorf

Prof. Iver Hand (VT), Universitätsklinikum HH-Eppendorf

PD Dr. Michael Kellner (VT), Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Horst Lorenzen, Asklepios Eilbek

Dr. Helmut Peter, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Theo Piegler, Bethesda AK Bergedorf

Dr. Hans Ramm, niedergelassen

Dr. André Rensch, niedergelassen

Prof. Michael Sadre-Chirazi Stark (VT), Asklepios Westklinikum

Dr. Hans Schultze-Jena, niedergelassen

Dr. Wolfgang Seeler, Asklepios Klinik Nord Campus Ochsenzoll

Dr. Walter Sick, Albertinen-Krhs

Dr. Rita Trettin, niedergelassen

Dr. Hans-Peter Unger, Asklepios Harburg

Dr. Claus Waechtler, Asklepios Klinik Nord Campus Ochsenzoll

Herr Klaus E. Weber, niedergelassen

Psychosomatische Medizin und Psychotherapie / Psychotherapeutische Medizin

Prof. Stephan Ahrens (TF), Asklepios Westklinikum

Dr. Sigrid Frerk (TF), niedergelassen

Dr. Volker Friedrich, niedergelassen

Dr. Joachim Grefe, niedergelassen

Dr. Michael Klöpffer (TF), niedergelassen

PD Dr. Ulrich Lamparter (TF), niedergelassen

Dr. Klaus Loebell, niedergelassen

Dr. Beate Martius, niedergelassen

Dr. Andrea Oster, niedergelassen

Dr. Hans Ramm, niedergelassen

Dr. Brigitta RÜth-Behr (TF), niedergelassen

Prof. Michael Sadre-Chirazi Stark (VT), Asklepios Westklinikum

Dr. Renate Sechtem, niedergelassen

Dr. Jutta Seeland, niedergelassen

Dr. Christian Trabandt (VT), niedergelassen

Dr. Michael Trukenmüller, niedergelassen

Frau Jutta Westphal (TF), niedergelassen

Rechtsmedizin

Prof. Ute Lockemann, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Klaus Püschel, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Friedrich Schulz, Gerichtsärztlicher Dienst

Strahlentherapie

Prof. Winfried Alberti, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

PD Dr. Martin Busch, Asklepios St. Georg

Dr. Dettlef Carstens, Asklepios St. Georg

Dr. Ulrich Reichardt, niedergelassen

PD Dr. Volker Rudat, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

PD Dr. Florian Würschmidt, niedergelassen

Transfusionsmedizin

Prof. Ulrich Budde, niedergelassen

Dr. Kurt Hannemann-Pohl, niedergelassen

Dr. Monireh Hohl-Taheri

Dr. Sieghard Kampf, Marienkrankenhaus

Prof. Peter Kühnl, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Alois Poschmann, ZIT

Herr Lutz Schmidt, ZIT

Urologie

Herr Christian Aust, niedergelassen

Prof. Hermann Becker, Marienkrankenhaus

Dr. Stephan Bünz, niedergelassen

Prof. Rainer Busch, Asklepios Eilbek

Prof. Klaus-Peter Dieckmann, Albertinen-Krankenhaus

Dr. Rolf Eichenauer, niedergelassen

Dr. Norbert Fellenberg, niedergelassen

Dr. Gerhart Glaser, niedergelassen

Dr. Michael Hartmann

Dr. Olaf Netzbandt, niedergelassen

Dr. Rudolf Osieka, niedergelassen

Dr. Tobias Pottek, Bundeswehrkrankenhaus

Dr. Elisabeth Spitzenpfeil, niedergelassen

Dr. Walter Wagner, Bundeswehrkrankenhaus

Allergologie

Prof. Xaver Baur, Zentralinstitut für Arbeitsmedizin

Dr. Thomas Grundmann, Asklepios Klinik Altona

Dr. Arend Hartjen, niedergelassen

Dr. Beate Kückmeister, niedergelassen

Prof. Rudolf Leuwer

Dr. Ulrich Machate, niedergelassen

Prof. Ingrid Moll, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Manfred Münzel

Dr. Hans-Joachim Proescher, niedergelassen

Dr. Wolfgang Rebien, niedergelassen

Dr. Dieter Reinel

Prof. Frank Riedel, Altonaer Kinderkrhs.

Dr. Thomas Rutt, niedergelassen

Dr. Joachim Weiß, niedergelassen

Betriebsmedizin (siehe Arbeitsmedizin)

Chirotherapie/Manuelle Medizin

Dr. Martin Buchholz, niedergelassen

Dr. Christian Holtfreter, niedergelassen

Dr. Axel-Joachim Kaden, niedergelassen

Dr. Klaus König, niedergelassen

Dr. Antje Materna, niedergelassen

Dr. Peter Möller, niedergelassen

Dr. Jörg Väterlein, niedergelassen

Herr Ronald Wesche, niedergelassen

Dermatohistologie

Prof. Klaus Hamper, niedergelassen

Prof. Axel Niendorf, niedergelassen

Prof. Wolfgang Saeger, Marienkrankenhaus

Prof. Hansjörg Schäfer, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Sören Schröder, niedergelassen

Prof. Mathias Vierbuchen, Asklepios St. Georg

Diabetologie

Prof. Frank-Ulrich Beil, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Matthias Epe, niedergelassen

Dr. Werner Mischke, niedergelassen

Dr. Franz Rinninger, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Ulrich Schwedes, Asklepios Klinik Barmbek

Prof. Heinrich Schulte, niedergelassen

Flugmedizin

Dr. Edith Antweiler-Ardey, niedergelassen

Dr. Andreas Börger, niedergelassen

Dr. Heinrich Cordes, niedergelassen

Dr. Hans Kraus, niedergelassen

Handchirurgie

Dr. Hans Drees, Asklepios Wandsbek

Dr. Klaus Fischer, Asklepios St. Georg

Dr. Sigrid Hülsbergen-Krüger, niedergelassen

Dr. Klaus Müller, Asklepios Wandsbek

Dr. Rüdiger Neumann, Krhs. Elim

Prof. Bernd-Dietmar Partecke, Berufsgen. Unfallkrhs.

Prof. Johannes M. Rueger, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Hans-Joachim Stammer, Asklepios Wandsbek

Dr. Michael Völlinger, Berufsgen. Unfallkrhs.

Homöopathie

Dr. Elke Brüning, niedergelassen

Dr. Hendrika van Delden, niedergelassen

Frau Svea-Beate Große, niedergelassen

Dr. Klaus Habich, niedergelassen

Dr. Klaus Haller, niedergelassen

Dr. Johann-Dietrich Jaeger, niedergelassen

Frau Dörte Kohlbach, niedergelassen

Herr Curt Kösters, niedergelassen

Frau Elke Olearius, niedergelassen

Dr. Jürgen Rehder, niedergelassen

Dr. Klaus Rentrop, niedergelassen

Dr. Hans Walbaum, niedergelassen

Dr. Matthias Will, niedergelassen

Dr. Marta Zolcsak, niedergelassen

Kinder-Rheumatologie

Dr. Ivan Földvari, niedergelassen

Dr. Elisabeth Weißbarth-Riedel, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Medikamentöse Tumortherapie

Dr. Klaus Becker, niedergelassen

Dr. Dietrich Braumann, Asklepios Altona

Prof. Jörg Braun, Asklepios Wandsbek

Prof. Axel-Rainer Hanauske, Asklepios St. Georg

Prof. Eckhard Kaukel, Asklepios Harburg

Dr. Nicolaus Kröger, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Peter Layer, Israelitisches Krankenh.

Dr. Peter Müller, KNO Campus Heidberg

Dr. Ulrich Müllerleile, Asklepios Klinik Barmbek

Dr. Dieter Platz, niedergelassen

Prof. Norbert Schmitz, Asklepios St. Georg

Dr. Axel Stang, Asklepios Altona

Prof. Andreas de Weerth, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Medizinische Genetik (siehe Humangenetik)

Medizinische Informatik

Dr. Matthias Claussen, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Martin Eckert, Philips Healthcare

Herr Manfred Nast, Bethesda-AK Bergedorf

Herr Thomas Nießen, Blutspendedienst

Dr. Stephan Niestroj, niedergelassen

Dr. Jörg Sahlmann, Asklepios Klinik Nord Campus Heidberg

Naturheilverfahren

Dr. Dr. Helmut Brinkmann, KNO/Heidberg

Dr. Ulrich Dreeßen †, niedergelassen

Herr Jörg Galler, niedergelassen

Dr. Thomas Heitzmann, niedergelassen

Dr. Kamran Maher, niedergelassen

Herr Ernst Ingo Middelhaufe, niedergelassen

Dr. Jürgen Rehder, niedergelassen

Dr. Jörg Reiter, niedergelassen

Dr. Ralph-Peter Schink, niedergelassen

Herr Lutz Witte, niedergelassen

Herr Klaus Wißmeyer, niedergelassen

Phlebologie

Dr. Friedrich Altheide, niedergelassen

Dr. Guido Bruning, Tabea

Dr. Altfried Kirchhoff, Asklepios St. Georg

Dr. Christian Müller, niedergelassen

Dr. Karl-Christian Münter, niedergelassen

Dr. Kay Nienstedt, niedergelassen

Dr. Gabriele Oestmann, niedergelassen

Dr. Karl-Heinz Rätz †, MDK

Dr. Hans-Joachim von Rohr, niedergelassen

Dr. Ingo Schmidt, Klinik Dr. Guth

Physikalische Therapie

Dr. Till Baumgarten, Asklepios Eilbek

Dr. Dr. Helmut Brinkmann, Asklepios Klinik Campus Heidberg

Dr. Maximilian Faschingbauer, Berufsgen. Unfallkrhs

Dr. Jean-Jaques Glaesener, Asklepios St. Georg

Prof. Ekkehard Hille, Asklepios Eilbek

PD Dr. Christian Jürgens, Berufsgen. Unfallkrhs

Dr. Antje Materna, niedergelassen

Plastische Operationen

Dr. Thomas Benkendorf niedergelassen

Dr. Thomas Grundmann, Asklepios Klinik Altona

Prof. Dr. Irene Jend-Rossmann, niedergelassen

Prof. Dr. Wolfgang Kehrl, Marienkrankenhaus

Prof. Rudolf Leuwer

Prof. Manfred Münzel

Dr. Dr. Hans-Günther Rudelt, niedergelassen

Dr. Erdmann von Salisch, niedergelassen

Dr. Helfried Schade, KNO

Prof. Dr. Rainer Schmelzle, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Proktologie

Dr. Erik Brandenburg, niedergelassen

Prof. Arnulf Dörner, Diakonie-Klinikum BT Alten Eichen

Dr. Beate Herbig, Diakonie-Klinikum BT Alten Eichen

Dr. Hans-Martin Richter, niedergelassen

Prof. Marc-Alberto Sailer, Bethesda-AK Bergedorf

Psychoanalyse

Prof. Friedrich-W. Deneke, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Justus Engelhardt, niedergelassen

Dr. Sigrid Frerk, niedergelassen

Dr. Volker Friedrich, niedergelassen

Dr. Joachim Grefe, niedergelassen

Frau Ilse Höcker, niedergelassen

Dr. Edelgard Müller, niedergelassen

Dr. Andrea Oster, niedergelassen

Dr. Birgitte Rüth-Behr, niedergelassen

Dr. Jutta Seeland, niedergelassen

Dr. Bettina Steinberger, niedergelassen

Frau Edith Theux, niedergelassen

Dr. Hans Schultze-Jena, niederge-
lassen

Dr. Hartmut Wegehaupt, niederge-
lassen

Dr. Volker Zentner, niedergelassen

Psychotherapie (TF)

Dr. Klaus Augustin, niedergelassen

Dr. Kristina Frederking, niedergelas-
sen

Dr. Claus Frerk, niedergelassen

Dr. Sigrid Frerk, niedergelassen

Dr. Volker Friedrich, niedergelassen

Dr. Hans-Joachim Funke, Ev. Krhs.
Alsterdorf

Herr Claas Happach, Bethesda AK
Bergedorf

Dr. Dieter Hoppe, niedergelassen

Dr. Michael Klöpffer, niedergelassen

Dr. Beate Martius, niedergelassen

Dr. Andrea Oster, niedergelassen

Dr. Theo Piegler, Bethesda AK Ber-
gedorf

Dr. Hans Ramm, niedergelassen

Dr. Hans Schultze-Jena, niederge-
lassen

Dr. Renate Sechtem, niedergelassen

Dr. Jutta Seeland, niedergelassen

Dr. Rita Trettin, niedergelassen

Dr. Michael Trukenmüller, niederge-
lassen

Psychotherapie (VT)

Prof. Iver Hand, Universitätsklinikum
HH-Eppendorf

Dr. Helmut Peter, Universitätsklini-
kum HH-Eppendorf

Prof. Michael Sadre Chirazi Stark,
Asklepios Westklinikum

Dr. Christian Trabandt, niedergelas-
sen

Herr Klaus-E. Weber, niedergelas-
sen

Rehabilitationswesen

Prof. Wolfgang A. Dauch, Asklepios
Eilbek

Dr. Gerhard Exner, Berufsgen. Un-
fallkrhs.

Dr. Christa Kamm, Berufsgen. Un-
fallkrhs.

Dr. Rainer Marien, niedergelassen

Dr. Helmut Wallrabenstein, Berufs-
förderungswerk

Rettungsmedizin

Dr. Harald Boettcher, Universitätskli-
nikum HH-Eppendorf

Dr. Cord Busse, Asklepios St. Georg

Herr Christian Fortner, Asklepios
Wandsbek

Frau Maria Gerigk

Dr. Joachim Hoitz, Bundeswehr-
krankenhaus

Dr. Stefan Kappus, Berufsgen. Un-
fallkrhs.

PD Dr. Thomas Kloess, Asklepios
Harburg

Dr. Henning Krause, Asklepios Klinik
Barmbek

Dr. Rolf Kretschmer, Asklepios St.
Georg

Dr. Stefan Oppermann, Institut
f. Notfallmedizin

Dr. Hans-Richard Paschen, Ev.
Amalie-Sieveking-Krhs

Dr. Peter Voeltz, Berufsgen. Unfallkrhs.

Herr Torsten Wilde, Asklepios Wandsbek

Dr. Sebastian Wirtz, Asklepios Klinik Barmbek

Röntgendiagnostik - fachgebunden

Prof. Gerhard Adam, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Walter Gross-Fengels, Asklepios Harburg

Dr. Suad Jaganjac, Asklepios Eilbek

Dr. Rainer Maas, niedergelassen

Dr. Renate Michalik-Himmelman, Asklepios Eilbek

Dr. Manfred Siemers, Albertinen-Krankenhaus

Dr. Joachim Stegmann, Kinderkrhs. Wilhelmstift

Prof. Hermann Vogel, Asklepios St. Georg

Prof. Otto Henning Wegener, Asklepios Altona

Sozialmedizin

Dr. Reinhard Jaehn, Personalamt - Personalärztlicher Dienst

Dr. Marie-Luise Kölln, Versorgungsärztlicher Dienst

Herr Michael Meyer-Clement, Gutachter

Dr. Michael Michalik, Personalamt - Personalärztlicher Dienst

Dr. Bernd Schepers, See-BG

Dr. Nina Sonntag, MDK

Spezielle Schmerztherapie

Prof. Helge Beck, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Martin Benkenstein, Marienkrankenhaus

Dr. Harald Boettcher, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Frau Naomie Cayemitte-Rückner, niedergelassen

Dr. Maja Falckenberg, niedergelassen

Dr. Erika Höhne, niedergelassen

Dr. Hanno Jaeger, niedergelassen

Dr. Dietrich Jungck, niedergelassen

Frau Eva S. Jungck, niedergelassen

Dr. Bruno Kniesel, niedergelassen

Dr. Joachim Nitsche, Marienkrhs.

Dr. Clauspeter Pfad, Asklepios Altona

Dr. Lukas Schmitt, niedergelassen

Frau Marion Schölzel, Marienkrankenhaus

Dr. Harald Schottke-Hennings, Marienkrankenhaus

Dr. Matthias Soyka, niedergelassen

Dr. Volker Stein, Asklepios St. Georg

Herr Eberhard Weber, niedergelassen

Herr Dietrich Willemsen, Asklepios Eilbek

Sportmedizin

Herr Peter Benckendorff, niedergelassen

Prof. Klaus-Michael Braumann, FB Sportwissensch.Uni

Dr. Harm Bredemeier, niedergelassen

Dr. Knud Heinert, niedergelassen

Dr. Johannes Holz, niedergelassen

Prof. Bernd Kabelka, niedergelassen

Dr. Jürgen Küchlin, niedergelassen

Dr. Carsten Lütten, niedergelassen

Herr Klaus Schäfer, niedergelassen

Dr. Karl Robert Schirmer, niedergelassen

Tropenmedizin

Prof. Gerd Burchard, BNI

Dr. Georg Gagesch, niedergelassen

Dr. Miklós Hazay, niedergelassen

Dr. Andreas Meyer, niedergelassen

Dr. Hans-M. Schrader, niedergelassen

Dr. Axel Sommer, niedergelassen

Dr. Hinrich Sudeck, BNI

Umweltmedizin

Prof. Xaver Baur, Zentralinstitut f. Arbeitsmedizin

Dr. Gabriele Buck-Görges, niedergelassen

Dr. Dr. Thomas Fenner, niedergelassen

Dr. Annette Gäßler, Airbus Deutschland GmbH

Dr. Mouin Kidess, niedergelassen

Dr. Sabine Müller-Bagehl, Amt f. Arbeitsschutz

Dr. Wolfgang Paulsen, ExxonMobil-Central Europe

Prof. Erhard Pfeiffer, Hygienisches Institut

Dr. Thomas Schultek, Norddeutsche Affinerie

Herr Michel Walz, niedergelassen

Dr. Ursula Weinssen, Amt f. Arbeitsschutz

Dr. Albrecht zum Winkel, niedergelassen

Fachkunde Suchtmedizinische Grundversorgung

Dr. Klaus Behrendt, Asklepios Klinik Nord Campus Ochsenzoll

Dr. Dirk Berzow, niedergelassen

Herr Ulrich Bloemeke, STZ

Dr. Jochen Brack, Asklepios Klinik Nord Campus Ochsenzoll

Dr. Jost Fischer, niedergelassen

Herr Rainer Glaser, niedergelassen

Dr. Margret Jandl, St. Georg

Frau Birgit Lucassen, Asklepios Klinik Nord Campus Ochsenzoll

Dr. Andreas Meyer, niedergelassen

Dr. Frank Oeder, Asklepios Harburg

Dr. Rolf Schmidt, Drogenambulanz

Dr. Klaus Weber, niedergelassen

Dr. Robert Stracke

Fachkunde "Ärztliches Qualitätsmanagement"

Dr. Klaus Beelmann, Ärztekammer HH

Dr. Eckhart Fink

Dr. Carsten Leffmann, Ärztekammer HH

Dr. Norbert Lübke, MDK Hamburg

Dr. Christof Veit, HH Krankenhaus-ges.

Spez. Weiterbildung Spezielle Chirurgische Intensivmedizin

PD Dr. Arnulf Dörner, Diakonie-Klinikum BT Alten Eichen

Frau Maren Schmidt, niedergelassen

Spezielle Weiterbildung: Spezielle Operative Gynäkologie

Prof. Martin Carstensen, Albertinen-Krhs.

Dr. Wolfram Czopnik, Ev. Amalie Sieveking Krhs.

Prof. Fritz Jänicke, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Michael Scheele, Asklepios Klinik Nord Campus Heidberg

Prof. Hans-Peter Scheidel, Marienkrhs.

Prof. Peter Schmidt-Rhode, Frauenklinik Barmbek-Finkenau

Fachkunde Laboruntersuchungen in der Frauenheilkunde u. Geburtshilfe

Prof. Wilhelm Brändle, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Annette Kleinkauf-Houcken, niedergelassen

Prof. Christoph Lindner, Elim-Krhs.

Spezielle Weiterbildung: Spezielle Hals-Nasen-Ohrenchirurgie

PD Dr. Thomas Grundmann, Asklepios Klinik Altona

Prof. Michael Handrock, Asklepios Klinik Nord Campus Heidberg

Prof. Rudolf Leuwer

Dr. Ulrich Machate, niedergelassen

Prof. Manfred Münzel

Dr. Ruth Noppeney, niedergelassen

Dr. Nikolaus A. Töpfer, niedergelassen

Fachkunde: Sigmoido-Koloskopie im Gebiet Innere Medizin

Dr. Jan Brannath, Marienkrhs.

Dr. Joachim Guntau, Albertinen-Krhs.

Dr. Ulrich Wendisch, niedergelassen

Spezielle Weiterbildung: Spezielle neurochirurgische Intensivmedizin

Prof. Niels Freckmann, Berufsgen. Unfallkrhs.

Dr. Martin Jakisch, Berufsgen. Unfallkrhs.

Dr. Christa Kamm, Berufsgen. Unfallkrhs.

Dr. Johannes A. Köppen, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Prof. Manfred Westphal, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Spezielle Weiterbildung: Spezielle Orthopädische Chirurgie

Prof. Jürgen Bruns, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

PD Dr. Birgit Hermann, niedergelassen

Prof. Ekkehard Hille, Asklepios Eilbek

Dr. Dirk Rose, niedergelassen

Prof. Wolfgang Rüter, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Dr. Werner Siekmann, Klinik Fleetinsel

Dr. Ralf Theermann, niedergelassen

Dr. Manfred Thomsen, niedergelassen

Spezielle Weiterbildung: Molekularpathologie

Dr. Lutz Riethdorf, niedergelassen

Prof. Wolfgang Saeger, Marienkrhs.

Spezielle Weiterbildung: Spezielle Urologische Chirurgie

Prof. Hermann Becker, Marienkrhs.

Prof. Klaus-Peter Dieckmann, Albertinen-Krhs.

Stimm-u. Sprachstörungen

Dr. Ingke Andreae, niedergelassen

Herr Henning Brunckhorst, niedergelassen

Dr. Werner Frank, niedergelassen

Dr. Helmut Grossgerge, niedergelassen

Prof. Markus M. Hess, Universitätsklinikum HH-Eppendorf

Herr Alexander Swiridoff, niedergelassen